

forum erwachsenenbildung

Die evangelische Zeitschrift für Bildung im Lebenslauf

Zivilgesellschaft braucht Streitkultur

4/18





Die Deutsche Evangelische Arbeitsgemeinschaft (DEAE) e.V. ist der bildungspolitische Dach- und Fachverband der Evangelischen Erwachsenenbildung. Sie bündelt auf Bundesebene die Kompetenz der Erwachsenen- und Weiterbildung in der Evangelischen Kirche in Deutschland. Die DEAE agiert forschend, verbindend und praxisbegleitend und ist dabei dem Öffentlichkeitsauftrag des Evangeliums und der Bildungsverantwortung der Kirche verpflichtet.

Zu den Stärken der DEAE e.V. gehört, dass sie mit den Kompetenzen und Erfahrungen ihrer Mitglieder arbeitet und diese fördert. Die Mitglieder engagieren sich in Fach- und Projektgruppen, die vor allem vier Themenkomplexe bearbeiten:

- Familie und Generationen,
- Kultur und Zivilgesellschaft,
- Theologie und Religion
- Professionelle Praktiken und Qualifizierung



Das Comenius-Institut, Evangelische Arbeitsstätte für Erziehungswissenschaft e.V., erforscht und bearbeitet Grundthemen evangelischen Bildungshandelns. Die Arbeit ist im nationalen und europäischen Horizont an Entwicklungen der pädagogischen und sozialwissenschaftlichen Disziplinen orientiert und zielt auf die Klärung und Stärkung einer evangelischen Perspektive im Bildungsbereich.

Das Comenius-Institut erforscht, berät und unterstützt evangelische Bildungseinrichtungen und Universitäten durch Wissensgenerierung, Wissenstransfer und Wissensmanagement. Im Spannungsfeld von Erziehungswissenschaft, Theologie und Religionspädagogik bietet es regelmäßig Literatur-Dokumentationen, Online-Literatur-Datenbanken und andere Serviceleistungen an. Studien, Forschungsvorhaben und Kooperationsprojekte werden in der Regel bereichsübergreifend und interdisziplinär durchgeführt. Die Arbeit ist thematisch unterteilt in:

- Arbeitsbereich I: Bildung in Kirche und Gesellschaft
- Arbeitsbereich II: Bildung in der Schule
- Bereichsübergreifendes Projekt: seit 2009 Evangelische Bildungsberichterstattung (EBiB)
- Bereichsübergreifende Themenschwerpunkte: seit 2011 *Inklusion und Inklusive Bildung*, seit 2016 *Zur Zukunft religiöser Bildung in der Schule*
- Zentrale Dienste

Unsere nächsten Themenschwerpunkte:

Ausgabe 1/2019 (erscheint am 04.02.2019)

Gesellschaftliche Transformationen mitgestalten

Wenn Gesellschaftsverhältnisse sich gravierend ändern, wandeln und wenden, helfen Curricular nicht weiter, sie zeugen lediglich von einer verblassenden Bildungstradition. Kurzatmige, trendige Bildungsangebote wiederum werden von solchen Transformationen einfach nur erfasst und bleiben zahnloser Zeitgeist. Darum ist es wichtig, dass sich Anbieter von Erwachsenenbildung keine Curricular verordnen lassen, keine Mantren der Bildungstrends nachbeten, sondern bestimmte gesellschaftliche Potentiale fördern und destruktiven Massendynamiken widerstehen. Transformationen wie die Deutsche Einheit werden dann eher gestaltbar und subjektivierbar beziehungsweise lassen sich als Aufgabe und Neuigkeit erinnern.

Ausgabe 2/2019 (erscheint am 29.04.2019)

Lernkulturen und Emotionen

Im Zuge von Programmplanungen ringt man kaum um die passende Lernatmosphäre. Zuwenig fragt man, welche Ästhetik des Lernorts und der Ankündigung thematisch passt, wie Inhalte emotional zu unterstreichen sind oder auf welche Formen der Begrüßung und Gastfreundschaft wertzulegen ist. Schnell aber entsteht eine Frontstellung zwischen Programmplanung/Sachlichkeit und Ästhetik/Emotionalität: die Rede ist dann von Ästhetisierungen und Emotionalisierungen, zu denen wohl nur Anbieter greifen, die nicht mit Inhalten überzeugen können. Das aber bleibt solange eine Mär, bis empirisch wiederlegt ist, dass Teilnehmende nicht nur Informationsverarbeitungssysteme sind, sondern in erster Linie interessengeleitet, freudig und stolz oder auch mühsam, schweren Herzens und verschämt lernen.

**Wir freuen uns auf Ihre Ideen, Tipps, Artikelvorschläge und Kommentare.
Kontaktieren Sie Frau Jönke Hacker: hacker@comenius.de**

»» Liebe Leserinnen und Leser,

es scheint, als wäre die Zeit, wo unsere Demokratie sich vor allem einer wachsenden Gruppe an „Politikverdrossenen“ gegenüber sah, schon sehr lang her. Es war einmal, zu der Zeit, als Zivilgesellschaft noch per se sympathisch und unstrittig, als ein demokratie-stärkendes Element galt – dieses Märchen ist vorbei und die Erinnerungen daran verblassen schnell. Es war auch selbstgefällig, zu meinen, unsere Demokratie müsse aktiviert werden, wie der Deutsche Michel, dem vor allem sein Dahindämmern droht. Es was technisch und bürokratisch, anzunehmen, unsere Demokratie würde – einmal angeschalten – nur noch breiten gesellschaftlichen Konsens reproduzieren, quasi wie ein Fließband, das nur genügend Strom, Wartung und Verwaltung braucht. Mittlerweile wissen wir wieder besser: Unsere Demokratie fußt auf einem strittigen und immer auch problembehafteten Status quo, und sie ist selbst sogar nur ein historischer Status quo, der sich so wenig von selbst herstellte, wie er sich heute von selbst reproduziert.

Es war nur eine Phase und zwar eine tendenziell irreführende Phase, als Erwachsenenbildungsanbieter vor allem darauf aus waren, dafür zu sorgen, dass politischer Streit nicht einschläfernd wirkt, dass daran nicht immer nur dieselben Bildungsbürger beteiligt sind und dass Kontroversen nicht ausschließlich öffentlichen Massenmedien vorbehalten bleiben. Gegenwärtig ringen die Anbieter damit, wie sie es anstellen können, dass kulturelle und politische Themen nicht zu sehr polarisieren, dass nicht die Bürger/innen im „Grizzly-Modus“ (S. 14), die „Empörten“, bei ihnen auftauchen und wie statt Filterblasen wieder mehr vertrauenswürdigen Wissen öffentlich werden kann. Aber auch das ist noch zu kurz gesprungen. Man führe sich nur vor Augen, wie rasant in den öffentlich-rechtlichen Medien und etablierten Parteien der Ton rauer wird und in welchem Ausmaß alle erdenklichen Hass-, Diskriminierungs- und Angstbotschaften durch die digitale Kommunikationsinfrastruktur befeuert werden. Leicht ist man versucht, sich handfest im Streit zu verwickeln und etwa „Waffengleichheit“ (S. 42) zu fordern, weil es sich so anfühlt, als wäre man nicht bloß mit provozierenden Aussagen, sondern mit einem „zähnefletschenden Bullterrier“ (S. 42) oder dem leibhaftigen „Teufel“ (S. 37) konfrontiert. Wenn der soziale Frieden systematisch unterminiert wird, wenn sich in öffentliche Debatten mehr und mehr kriegerische und apokalyptische Rhetorik einschleicht und soziale Medien da-

für nun mal ganz neue Multiplikationsmöglichkeiten und Vehemenzstufen bieten, dann ist ein Rückzug ins eigene Kleinod, in ein liberales Milieu, in ein kirchliches Schiff oder in einen Offline-Modus, zwar naheliegend, aber kontraproduktiv.

Unsere Ausgabe hält hier dagegen, sie hält es mehr mit Petrus und Johannes, die angesichts der konservativen Hohepriester anrufen, beten: „Und nun, Herr sieh an ihre Drohungen und gib deinen Knechten, dein Wort zu reden mit aller Freimütigkeit (...)“ (Apg. 4.29). Unsere Artikel setzten sich also dafür ein, dass man mutiger wird in seiner demokratischen „Positionierung“ (S. 9), dass man demokratisch beharrlich bleibt und dass man dies nicht nur offline tut. So könnte in der Engagementförderung und Dozentenauswahl eine „Offenlegung der eigenen Wertgrundlagen“ (S. 34) zum Standardrepertoire gehören; die Erwachsenenbildungswissenschaft könnte wachsamer sein, anhand welcher Fragen sie operiert, auf welche „Interessen und Vor-Urteile“ (S. 30–31) sie sich einlässt; in den sozialen Medien könnte viel mehr theologisch versierter „Counterspeech“ (S. 39) zu vernehmen sein. Es sind vor allem Angebote gefragt, die dem zivilgesellschaftlichen Meinungsspektrum und der „Ambivalenz der Zivilgesellschaft“ (S. 22) zugewandt bleibt, ohne in die „Skandalisierung der zivilgesellschaftlichen Kommunikation“ (S. 27) einzusteigen. Der Streit sollte offen und sachlich bleiben, weswegen in der öffentlich finanzierten Erwachsenenbildung die Betonung vor allem auf ihrer „Planungsautonomie“ (S. 35) beziehungsweise auf ihrem Verfahren der „Selbstvergewisserung“ (S. 7) liegt. Und schließlich: von Spielverderbern muss man sich auch nicht zu schnell die Lust am Streiten verderben lassen, man könnte zum Beispiel „mehr Hoffnung für das Netz“ (S. 40) posten.

Eine inspirierende Lesezeit wünscht Ihnen

Steffen Kleint

Steffen Kleint



Dr. Steffen Kleint

Wissenschaftlicher
Mitarbeiter, Comenius-
Institut

Redaktionsleitung forum
erwachsenenbildung

kleint@comenius.de

» **schwerpunkt – Zivilgesellschaft braucht Streitkultur**

Christian Boeser-Schnebel, Ruth Jachertz

Wir brauchen mehr Streit. Argumentationstraining gegen Politikerverdrossenheit
Im Gespräch: Christian Boeser-Schnebel (Universität Augsburg) und Ruth Jachertz
(Bayrischer Volkshochschulverband)..... 14

Streit, also das offene Austragen von Meinungsverschiedenheiten, ist für unsere Demokratie unverzichtbar. Streit hingegen, der feindselig wird, verletzt die demokratische Wertebasis und bedroht unsere Demokratie. Wie können wir lernen, ohne Feindseligkeit zu streiten? Welche Potentiale hat hierbei insbesondere die Erwachsenenbildung? Im Gespräch darüber sind Dr. Christian Boeser-Schnebel von der Universität Augsburg und Ruth Jachertz vom Bayrischen Volkshochschulverband.

Roger Mielke

Resonanzraum der Demokratie – Evangelische Kirche, Werke und Verbände in
Zeiten der Polarisierung 18

Hinter der Diagnose einer „Krise der Demokratie“ und den Phänomenen politischer Polarisierung stehen tiefliegende soziale Wandelungsprozesse, die gegenwärtig vor allem über populistische Politikmuster angesprochen werden. Aber auch die Kirchen und ihre Werke und Verbände sollten Resonanzräume der Demokratie sein, in denen vielstimmige und inklusive Debatten geführt werden können. Die Demokratie lebt von der Auseinandersetzung um politische Grundfragen.

Traugott Jähnichen

Die Digitale Transformation zivilgesellschaftlicher Kommunikation –
Theologisch-sozialethische Perspektiven 23

Die Digitalisierung verändert grundlegend zivilgesellschaftliche Kommunikationsformate. Der Trend zur Emotionalisierung und Skandalisierung mit den „Nebenfolgen“ von „Fake news“ und „hate speech“ fordert zu einer Ethik der Kommunikation heraus. Kirchliche Akteure müssen neben den Standards der Sachlichkeit und Glaubwürdigkeit vor allem der Achtung der „Ehre“ des Nächsten Nachdruck verleihen.

Malte Ebner von Eschenbach

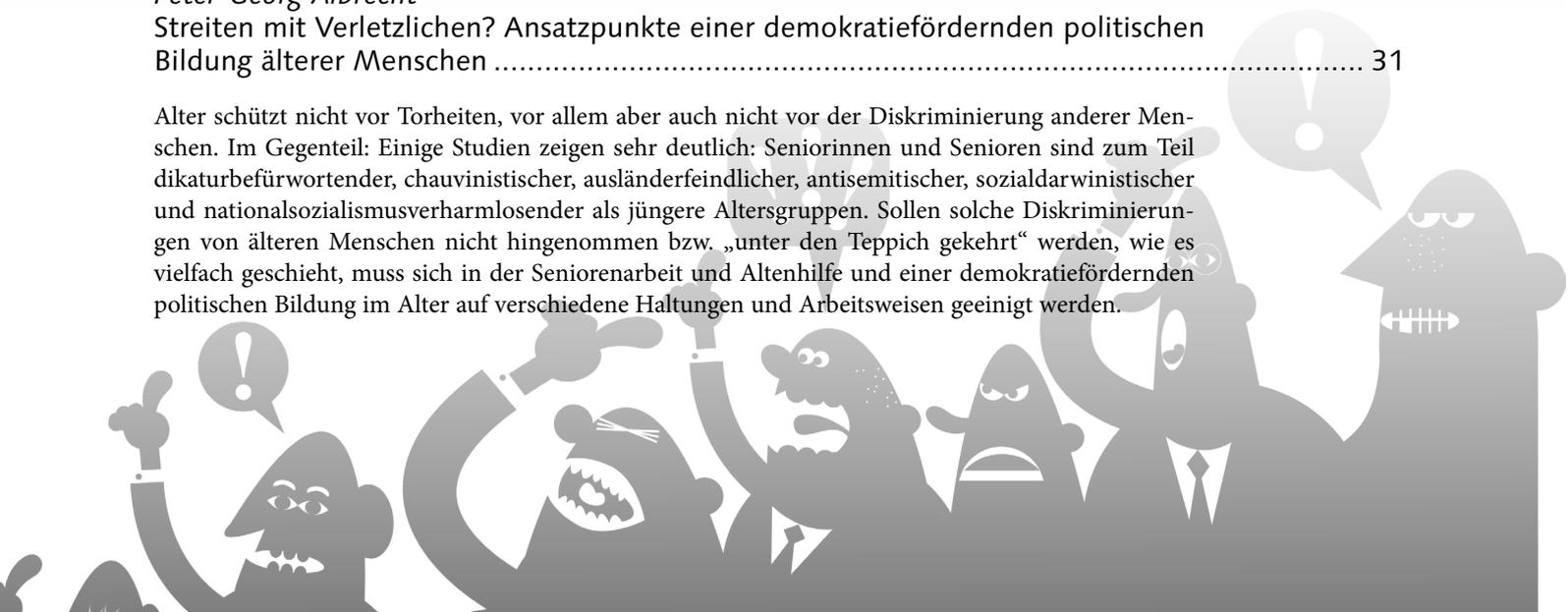
Die gesellschaftliche Dimension wissenschaftlicher Erkenntnispraxis
Überlegungen zur epistemischen Verantwortung in der Erwachsenenbildungswissenschaft 27

Wissenschaftliche Erkenntnispraxis ist keineswegs eine Tätigkeit aus dem sogenannten Elfenbeinturm heraus. Sie besitzt eine gesellschaftliche Dimension, weil sie historisch, politisch, sozial eingebunden ist. Ihre gesellschaftliche Verflochtenheit macht sie sozial wirksam, gleichzeitig ist sie auch anfällig für Instrumentalisierung, wofür der Beitrag sensibilisieren möchte.

Peter-Georg Albrecht

Streiten mit Verletzlichen? Ansatzpunkte einer demokratiefördernden politischen
Bildung älterer Menschen 31

Alter schützt nicht vor Torheiten, vor allem aber auch nicht vor der Diskriminierung anderer Menschen. Im Gegenteil: Einige Studien zeigen sehr deutlich: Seniorinnen und Senioren sind zum Teil dikaturbefürwortender, chauvinistischer, ausländerfeindlicher, antisemitischer, sozialdarwinistischer und nationalsozialismusverharmlosender als jüngere Altersgruppen. Sollen solche Diskriminierungen von älteren Menschen nicht hingenommen bzw. „unter den Teppich gekehrt“ werden, wie es vielfach geschieht, muss sich in der Seniorenarbeit und Altenhilfe und einer demokratiefördernden politischen Bildung im Alter auf verschiedene Haltungen und Arbeitsweisen geeinigt werden.



» **editorial**

Steffen Kleint
Liebe Leserinnen und Leser, 3

» **aus der praxis**

Olaf Dörner, Christoph Damm
Politische Erwachsenenbildung im „Demokratielabor“. Impuls für eine Streitkultur
als Form der rationalen Selbstvergewisserung 6

Petra Schickert, Susanne Feustel
Politische Streitkultur in Quartieren und Gemeinden entwickeln – Kirche
und Zivilgesellschaft gemeinsam 8

Annegret Zander
Route55plus – selbstorganisierte Bildungsarbeit
im ländlichen Hessen 10

Stefan Sigel-Schönig
Wie Kitas, Gemeinden und Erwachsenenbildungswerke gendersensible
Elternbildung initiieren können 12

» **nicht vergessen!**

Petra Herre
Zivilgesellschaft – mehr als ein Sympathiebegriff 35

» **einblicke**

Kristina Herbst
#digitaleZivilgesellschaft – Mit Hoffnung ins Netz 36

Martina Wasserloos-Strunk
Wo die Kultur beim Streiten ein Ende hat 40

Sonja Böhm, Henrik Wolf
Netzgefahren – Vorsicht Liebesbetrug! 42

» **service**

Filmtipps 44

Publikationen 45

Veranstaltungstipps 50

Impressum 54

» Politische Erwachsenenbildung im „Demokratielabor“. Impuls für eine Streitkultur als Form der rationalen Selbstvergewisserung



Prof. Dr. Olaf Dörner

Professor für Erziehungswissenschaft mit dem Schwerpunkt Wissenschaftliche Weiterbildung und Weiterbildungsforschung
Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg



Christoph Damm

Universität der Bundeswehr München
christoph.damm@unibw.de

¹ Damm, C./Ebner von Eschenbach, M./Trumann, J./Kondratjuk, M./Stimm, M./Rosenberg, H./Wagner, F. (2018): Debatten entfachen – ein Forum für kritischen Austausch eröffnen. In: Debatte. Beiträge zur Erwachsenenbildung, (1)1, DOI: <https://doi.org/10.3224/debatte.v1i1.02>, S. 5–14.

² Vgl. Bremer, H./Trumann, J. (2017): Politische Erwachsenenbildung in politischen Zeiten. In: Münk, D./Walter, M. (Hrsg.): Lebenslanges Lernen im sozialstrukturellen Wandel: Ambivalenzen der Gestaltung von Berufsbiografien in der Moderne. Wiesbaden, S. 81–99.

³ Auf Grundlage von Dokumentenanalysen, Gruppendiskussionen, einer standardisierten schriftlichen Befragung und teilnehmender Beobachtungen wurden Projektstruktur und -praxis qualitativ-empirisch analysiert. Die Datenauswertung erfolgte in der Forschungslogik der Dokumentarischen Methode (vgl. Bohnsack, R./Nentwig-Gesemann, I./Nohl, A.-M. (Hrsg.) (2012): Die dokumentarische Methode und ihre Forschungspraxis. 3., aktualisierte Auflage. Wiesbaden) rekonstruktiv, ergänzt

Streitkultur verweist begrifflich auf Streit nach gemeinhin anerkannten und tradierten Regeln. Allgemein geht es bei einem Streit um das Auseinanderprallen unterschiedlicher Meinungen und Deutungen, welche Akteure versuchen, unter Einsatz ihnen zur Verfügung stehender Mittel durchzusetzen. Eine Zivilgesellschaft braucht Streitkultur, weil Auseinandersetzung nach demokratischen Regeln konstitutiv für gesellschaftliche und demokratische Entwicklung ist. Idealerweise geht es bei einer demokratischen Streitkultur auch um Akzeptanz der jeweils anderen Positionen und nicht um Durchsetzung einer Position im Sinne eines Rechtsstreites, der durch eine übergreifende Ordnung geregelt ist. Im Sinne von Jean-François Lyotard können wir auch von einem Widerstreit sprechen, bei dem es um Anerkennung von Perspektivenvielfalt und -diversität geht sowie um deren Verhältnisbestimmung.¹ Als fortlaufender Prozess konstituiert Widerstreit in Form von Diskursen gesellschaftlich notwendige Stellungnahmen, Vergewisserungen und Konsequenzen.

Demokratische Streitkultur wird in demokratiesensiblen Kreisen nicht als Selbstläufer verstanden. Vielmehr müsse sie angesichts gesellschaftlicher Herausforderungen immer wieder neu geschaffen und gepflegt werden. Politische Bildung gilt als staatliche Institution, die mit ihren Angeboten im schulischen und außerschulischen Bereich einen wichtigen Beitrag leiste und leisten solle. Insofern bringen nicht nur gesellschaftliche Entwicklungen jenseits der politischen Bildung Herausforderungen mit sich (etwa niedrige Wahlbeteiligungen, Demokratiedistanz, Politikverdrossenheit), sondern politische Bildung wird auch mit Erwartungen konfrontiert, denen sie nicht entsprechen kann – etwa aufgrund fehlender Ressourcen oder Teilnehmerschaft. Auf beide Probleme wird – typisch für Erwachsenenbildung – re-

agiert mit Maßnahmen zur Verbesserung und Optimierung von Strukturen und Angeboten, so etwa auch in Sachsen-Anhalt mit dem Projekt „Politische Erwachsenenbildung im Praxistest: Zukunftsperspektiven im Demokratie-Labor“ (2014–2017). Ziele waren, einen Diskurs über Zukunftsperspektiven der politischen Bildung in Sachsen-Anhalt zu initiieren und neue Formen der politischen Erwachsenenbildung zu entwickeln, um letztlich neue Ressourcen zu generieren und neue Zielgruppen zu erreichen.

Reaktion auf Krisen

Das Projekt kann als Reaktion auf das verstanden werden, was im wissenschaftlichen wie politischen Diskurs als Krise der Politik und Krise der politischen Bildung diskutiert wird.² Zum einen sei das Vertrauen in Politik nicht im erhofften Maße vorhanden, da Politik sich von großen Teilen des gesellschaftlichen Lebens entfernt habe. Zum anderen befinde sich politische Bildung angesichts stagnierender Teilnehmerzahlen, Mittelkürzungen und Marktdruck selbst in der Krise.

Im Zuge der wissenschaftlichen Evaluation des Projektes (vgl. Dörner/Damm 2017)³ haben wir Ergebnisse gewonnen, die eine Problematik offenbaren, welche unseres Erachtens im wissenschaftlichen, aber auch im politischen Diskurs um politische Erwachsenenbildung kein relevantes Thema ist: Politische Erwachsenenbildung handelt primär auf Andere orientiert (ihre Adressat/innen und Teilnehmer/innen, Politik, Bildung, Kultur, Wirtschaft u. Ä.). Streitkultur wird eingefordert in der Gewissheit und Haltung, dass man sie selbst bereits habe. Inwieweit aber offenbart politische Erwachsenenbildung eine auf sich bezogene Streitkultur?

Zwei Ergebnisse traten besonders hervor: (1) Das im Projekt angestrebte Zusammenwirken von Vertretern anerkannter Träger der Erwachsenenbildung mit Beteiligten anderer gesellschaftlicher Bereiche bedingt unterschiedliche Positionierungen im Feld politischer Erwachsenenbildung: Während Erstere *zentral* die Schaltstellen des Projektes besetzen, sind Letztere *peripher* als Kooperationspartner bei einzelnen regionalen Veranstaltungen eingebunden. Die gewohnten Strukturen institutioneller politischer Erwachsenenbildung werden somit reproduziert. (2) Gleichzeitig wird die Deutung, was als „Politische Erwachsenenbildung“ verstanden wird, entlang von damit zusammenhängenden Ressourcenverteilungen verhandelt. Mehr als inhaltliche Fragen bestimmt dies das Verhältnis der besagten zentralen und peripheren Beteiligten. Zusammenfassend zeigt sich hier eine Fokussierung der Ressourcenfrage in gewachsenen Strukturen.

Streitkultur im Sinne rationaler Selbstvergewisserung

Der Kerngedanke des Projektes war, neue oder andere Formen der Gestaltung von politischer Erwachsenenbildungsarbeit als bisher übliche zu erkunden, ihre Möglichkeiten auszuloten und Innovationspotenziale zu erschließen. Im Fokus lagen Kooperationen von Bildungs- und anderen Einrichtungen, Methoden und Professionalisierung der Erwachsenenbildungsarbeit. Inwieweit können bspw. Erwachsenenbildungseinrichtungen mit zivilgesellschaftlichen oder bürgerschaftlichen Initiativen zusammenarbeiten? Oder welche Möglichkeiten der politischen Erwachsenenbildungsarbeit eröffnen Medientechnologien (Stichworte: Neue, soziale oder digitale Medien)? Welche Qualifizierungen werden für politische Erwachsenenbildungsarbeit benötigt? Die durchgeführten Sondierungsforen stießen bei den Teilnehmer/innen auf überwiegend positive Resonanz. Die Möglichkeit für die Thematisierung und Problematisierung von politischer Bildungsarbeit angesichts von neuen und alten Herausforderungen wurde begrüßt. Und praktiziert wurde eine Streitkultur, deren Kern Austausch und Diskussion ist, die vom Zuhören und Widerspruch belebt ist und die Raum für Reflexionen über gesellschaftliche Zustände und Problem gibt. Allerdings – und damit kommen wir zu unserer eingangs formulierten Frage – hat das Projekt auch eine Dimension, die unausgesprochen bleibt, weil sie nicht ohne weiteres sichtbar und thematisierbar ist. Diese gehört für uns zu einer Streitkultur, die wir hier als *rationale Selbstvergewisserung* verstehen möchten. Sie ist dann gegeben, wenn politische Erwachsenenbildung sich selbst in den Blick nimmt und nach ihrer strukturellen Verantwortung für das fragt, was gelingt und vor allem was nicht.

Mit Blick auf die genannten Auffälligkeiten müssten u. E. zwei Dinge thematisiert werden, wenn

über das Gelingen von politischer Erwachsenenbildungsarbeit nachgedacht wird: Erstens implizieren solche Projekte wie das „Demokratielabor“ die Frage, inwieweit die Zentralität der für politische Erwachsenenbildung zuständigen Institutionen zurückzunehmen bzw. zumindest zur Diskussion zu stellen ist: Inwieweit können bspw. zivilgesellschaftliche Engagements und bürgerschaftliche Initiativen, die in der Regel partikulär ausgerichtet sind, auch als Akteure politischer Erwachsenenbildungsarbeit verstanden werden? Damit verbunden sind auch die Fragen, inwieweit die vielfältigen und vielförmigen Aktivitäten in den sozialen Medien Formen politischer Bildung bzw. politisch bildend sind und wie das Verhältnis zu traditionellen Institutionen ist, die politische Erwachsenenbildung anbieten? Zweitens stellt sich für uns die Frage nach den sich ergebenden (und weniger den zugeschriebenen) Funktionen von solchen Projekten, die aufgrund der beteiligten Akteure mit ihren je unterschiedlichen Handlungshorizonten zu Spannungen führen, welche nicht immer aufgelöst werden können. Es geht dann etwa nicht primär um die ins Zentrum gestellte Sache „Gestaltung und Verbesserung der politischen Bildungsarbeit zum Zwecke der Demokratiefähigkeit“, sondern um Positionierungen und Etablierungen von Akteuren im Feld politischer Erwachsenenbildung und damit verbunden um die Reproduktion von Machtpositionen und Ungleichheit in diesem Feld. Eine solche Streitkultur im Sinne einer rationalen Selbstvergewisserung wäre u. E. eine erste Möglichkeit, um aus der fortwährenden Wiederkehr von Problemwahrnehmung und Optimierungsbestreben auszubrechen.

durch deskriptive und netzwerkanalytische Methoden. Betrachtet wurde ein Zeitraum von 18 Monaten, in dem fünf Sondierungsforen stattfanden. Vgl. Dörner, O./Damm, C. (2017): Bericht zur wissenschaftlichen Evaluation. Politische Erwachsenenbildung im Praxistest: Zukunftsperspektiven im Demokratielabor. Magdeburg: Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg.

» Politische Streitkultur in Quartieren und Gemeinden entwickeln – Kirche und Zivilgesellschaft gemeinsam



Petra Schickert

Kulturbüro Sachsen e.V./
Mobiles Beratungsteam
Mitte-Ost
<https://kulturbuero-sachsen.de>



Susanne Feustel

Kulturbüro Sachsen e.V./
Mobiles Beratungsteam
Mitte-Ost
<https://kulturbuero-sachsen.de>

Das Kulturbüro Sachsen e.V. (KBS) berät seit seiner Gründung 2001 Verwaltungen, Vereine, Bürgerinitiativen und viele andere Organisationen im Umgang mit neonazistischen, rassistischen, antisemitischen und anderen menschenfeindlichen Aktivitäten und bei der Stärkung demokratischer (Alltags-)Kultur. Kirchengemeinden spielten innerhalb unserer gemeinwesenorientierten Arbeit von Beginn an eine große Rolle als Partner/innen, Beratungsnehmer/innen und/oder deutungsmächtige Akteure vor Ort. So überrascht es wenig, dass Mitarbeitende des KBS schon vor über zehn Jahren zusammen mit anderen den Impuls für die Gründung der ökumenischen Arbeitsgruppe *Kirche und Rechtsextremismus in Sachsen*, inzwischen heißt sie *Arbeitsgemeinschaft Kirche für Demokratie und Menschenrechte* (im Folgenden AG Kirche), gaben. Weitere Impulsgeber/innen für die Gründung der AG Kirche waren Mitarbeitende der Evangelischen Erwachsenenbildung Sachsen (EEB). Bis heute stellt die EEB die Struktur für die Arbeitsgemeinschaft, sorgt mit der Übernahme der Leitung und Geschäftsführung für den organisatorischen Rahmen für die Initiative, der heute katholische und evangelische Christenmenschen aus diversen Organisationen angehören (<https://www.kirche-fuer-demokratie.de/start/mitarbeitende>).

Seit der ersten Zusammenkunft sind Mitarbeiter/innen des Kulturbüros Sachsen e.V. als beratende Mitglieder aktiv in der AG Kirche, die sich unter anderem zur Aufgabe gemacht hat, innerhalb der Kirchen für die Probleme Neonazismus und Demokratiegefährdung zu sensibilisieren, Diskurse auf allen kirchlichen Ebenen zur Auseinandersetzung mit menschenfeindlichen Ideologien anzustoßen und Menschen für ein Engagement für Demokratie und gegen Neonazismus zu motivieren. Die Förderung einer demokratischen Gesprächs- und Streitkultur,

in der Probleme in Kirche und Gesellschaft offen angesprochen und lösungsorientiert diskutiert werden, ist ein Baustein dieses Engagements.

Das Ansinnen, gemeinsam mit und für Kirchengemeinden zu agieren, hat zur Entwicklung unterschiedlicher Beratungs-, Gesprächs- und Diskussionsformate geführt, die Akteure miteinander ins (Streit-)Gespräch gebracht haben, die vorher nicht oder nur punktuell miteinander kommunizierten.

Im Folgenden werden drei Beispiele dieser Aktivitäten auf ganz unterschiedlichen Ebenen mit unterschiedlichen Formaten und Zielgruppen illustriert.

1. Anfangs übergab die AG Kirche Beratungsanfragen zu den oben genannten Themen aus dem kirchlichen Kontext entweder an die Mitarbeitenden der Mobilien Beratungsteams des Kulturbüros Sachsen e.V. oder agierte selbst. Bald merkten beide Akteure, dass dies nicht besonders zielführend war. Den Mitarbeitenden des KBS fehlten oftmals vertiefte theologische Kenntnisse für die Auseinandersetzung mit menschenfeindlichen Ideologien. Die Akteure aus kirchlichen Kontexten konnten ihrerseits nicht auf Hintergrundwissen zu neonazistischen Organisationen, Akteuren und Strategien oder zu lokalen Besonderheiten zurückgreifen. So entstand die Idee, gemeinsam in Gemeinden zu gehen, Diskussionsrunden, Gesprächsabende oder Workshops zu gestalten. In gemischten Teams gelang es, Menschen in den Gemeinden ins Gespräch zu bringen und an sie bewegende Themen anzuknüpfen. Sowohl theologische Einstiege, die der Frage nach der (Un-)Vereinbarkeit von christlichem Glauben und Menschenfeindlichkeit nachgingen, als auch die Thematisierung neonazistischer, rassistischer und antisemitischer Einstellungen und Aktivitäten im Gemeinwesen

fürten zu teils lebhaften Diskussionen. Diese drehten sich auch um die Frage nach Handlungsmöglichkeiten und gesellschaftspolitischer Verantwortung von Christinnen und Christen. Oft ermöglichte damit die AG Kirche der Mobilen Beratung Zugänge zu Zielgruppen wie z. B. Kirchenvorständen oder Kirchengemeinden und die Thematisierung von Demokratiegefährdung und zivilgesellschaftlichem Engagement.

2. Die *Praxistage – Rechtsextremismus* führte die AG Kirche zunächst jährlich in der Evangelischen Akademie Meißen durch. Ziel war auch hier, diverse Akteure aus Kirche, Zivilgesellschaft und Wissenschaft ins Gespräch zu bringen. Die wiederholt thematisierten Ergebnisse der sogenannten Mitte-Studien der Universität Leipzig und deren Diskussion führten zu drei Ergebnissen: Erstens wurden teilnehmende Gemeindeglieder und Kirchenbeauftragte dafür sensibilisiert, dass rassistische und andere diskriminierende Einstellungen nicht nur ein Problem „der Anderen“, der „Nicht-Gläubigen“ sind. Zweitens vernetzten sich Engagierte aus Zivilgesellschaft und Kirche, lernten unterschiedliche Perspektiven und gemeinsame Ziele und Werte kennen. Drittens stieg mit dem Befund, dass solche Einstellungen auch unter Christinnen und Christen verbreitet sind, die Nachfrage nach Gemeinde- und Diskussionsveranstaltungen deutlich an. Angesichts aktueller Herausforderungen beschloss die AG Kirche zukünftig kleinere, regionale Praxistage zu gestalten. Der erste wird im Herbst 2018 in Pirna stattfinden, da sich in der Region Christsein und Engagement in der extrem rechten Ein-Prozent-Bewegung für einige Gemeindeglieder nicht ausschließen.
3. Der von der AG Kirche ebenfalls jährlich organisierte Fachtag „Nächstenliebe – Polizei – Gesellschaft – vernetzt für eine starke Demokratie“ bringt seit vielen Jahren Menschen aus Feldern an einen Tisch und ins Gespräch, die eher selten in konstruktiven, offenen Runden miteinander kommunizieren. Hierbei handelt es sich um Angehörige von Polizei, Kirche und Zivilgesellschaft. Organisation und Format der Tagung hat sich in den letzten Jahren nur punktuell geändert. Der Fachtag wandert von Stadt zu Stadt. Mitglieder der AG Kirche laden in den jeweiligen Regionen Polizeibeamt/innen, Zivilgesellschaftler/innen und Gemeindeglieder ein, den Fachtag inhaltlich und organisatorisch mitzugestalten und für den Sozialraum spezifische Themen und Probleme einzubringen. Für den Fachtag selbst steht im Mittelpunkt, einen Perspektivwechsel zu ermöglichen. Es werden Räume geschaffen, in denen Gruppen, Behörden und Organisationen miteinander ins Gespräch kommen können, die häufig konflikthaft miteinander kommunizieren. Auf diese Weise gelang es in der Vergangenheit



heit, brisante und gesellschaftlich höchst aktuelle Themen wie die Blockade von Naziaufmärschen, Umgang mit rassistischer Mobilisierung oder Kirche als Akteurin in gesellschaftlichen Konflikten kontrovers zu diskutieren und zu bearbeiten.

Die Zusammenarbeit zwischen der Evangelischen Erwachsenenbildung Sachsen und dem Kulturbüro Sachsen e.V. gestaltete sich nicht immer konfliktfrei. Das eine oder andere Mal wurde lange und kontrovers diskutiert. Vor allem aber war die Zusammenarbeit von Wertschätzung und Respekt gekennzeichnet. Aus Sicht kirchlicher Akteure erschien die eine oder andere Themensetzung oder das permanente Einbringen der Perspektive der von rechter Gewalt und Diskriminierung Betroffenen gewöhnungsbedürftig. Aus zivilgesellschaftlicher Perspektive war die eine oder andere Positionierung der Landeskirche gegen menschenfeindliche Erscheinungen nicht klar genug. Der inhaltliche Austausch zu diesen Themen erfolgte oftmals in der AG Kirche. Die seit Jahren verlässliche Zusammenarbeit hat dazu geführt, andere Perspektiven kennenzulernen, die Bildungsarbeit in den Gemeinden um die zivilgesellschaftliche Perspektive zu erweitern, Menschen in den Gemeinden Argumente in der Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus und Neonazismus an die Hand zu geben, kirchliches Engagement für ein demokratisches Miteinander wertzuschätzen und dem Wunsch von Gemeindegliedern, sich in die politischen Debatten stärker einzumischen, Rechnung zu tragen.

» Route55plus – selbstorganisierte Bildungsarbeit im ländlichen Hessen



Pfarrerin Annegret Zander

Fachreferentin in der Fachstelle Zweite Lebenshälfte im Referat Erwachsenenbildung, EKKW
www.fachstelle-zweite-lebenshaelfte.de
annegret.zander@ekkw.de

„Route55plus Hessen ist eine lebendige Plattform, durch die Menschen in der Region zusammenfinden und ihre Ideen gemeinschaftlich und selbstorganisiert umsetzen.“ (bit.ly/route55heft)



... WEITER IM LEBEN

Die Grundidee der Route55plus Hessen

Die Route55plus bringt im ländlichen Raum unterschiedlichste Menschen zusammen, die doch eines gemeinsam haben: Erfahrungen und Ideen, die sie teilen möchten. Die eine ist hoch qualifiziert und möchte ihr Fachwissen weitergeben, der nächste hat ein Hobby, welches er gerne in einer Gruppe aus Gleichgesinnten ausüben möchte. Eine andere hat ein Thema, das sie gerne mit anderen gemeinsam erarbeiten würde. Und das in der Region: Nicht in jedem Ort finden sich Menschen mit dem gleichen Interesse, aber in der Region sehr wohl. Die Route55plus unterstützt per Webseite und über Standortkoordinator/innen dabei, die richtigen Menschen zu finden und die Ideen in Projekten umzusetzen. Diese sollen so weit wie möglich selbst organisiert sein und für alle Interessierten zugänglich.

Konzeptionelle Perspektive

In einer Kooperation begann die Evangelische Erwachsenenbildung der beiden hessischen Landeskirchen in 2017 mit Hilfe von Fördergeldern des Hessischen Kultusministeriums im Rahmen von Hessencampus 2017 mit dem Aufbau selbstorganisierter, ressourcenorientierter, webunterstützter Bildungs- und Vernetzungsstrukturen für Menschen im dritten Lebensalter im ländlichen Raum. Sie fanden ihre Form in drei Standorten, die mit einer gemeinsamen virtuellen Plattform (www.route55plus.hessen.de) arbeiten.

Die soziokulturellen Veränderungen, die innerhalb der jetzigen Generationen der geburtenstarken Jahrgänge wahrzunehmen sind, äußern sich in einer Individualisierung der Lebensstile, Interessen und Lernstrategien. Diese Ausdifferenzierung kann auch im Bereich der Bildung mit einer klassischen Angebotsstruktur nicht mehr bedient wer-

den. Im ländlichen Raum scheitert es zusätzlich daran, dass sich in einem Ort oder dessen näheren Umfeld selten ausreichend Personen finden, um ein Angebot umzusetzen.

Ausgehend vom aktuellen 7. Altenbericht der Bundesregierung unter dem Fokus „Sorge und Mitverantwortung in der Kommune“ (<https://www.siebter-altenbericht.de/>) sehen wir es als vordringliche Aufgabe, soziale Teilhabe als wesentliches Element der Altersvorsorge zu ermöglichen. Soziale Teilhabe sieht der Altenbericht dadurch gekennzeichnet, „dass sich Menschen im öffentlichen Raum bewegen können, dass sie für andere erreichbar sind, dass sie soziale Kontakte und einen Austausch mit anderen pflegen können, dass sie kulturelle Angebote wahrnehmen können.“ Mehr noch: Innerhalb der Kommunen sollen Möglichkeiten zur aktiven Teilhabe geschaffen werden.

Um Menschen im ländlichen Raum ein dauerhaftes Leben an ihrem Ort bis zuletzt zu ermöglichen, braucht es vor allem Beziehungsnetze, die im Sinne des Subsidiaritätsprinzips, das der 7. Altenbericht voraussetzt, dort greifen, wo Familie und professionelle Pflege nicht mehr oder noch nicht handlungsfähig sind. Um diese Netze für die Zukunft aufzubauen, gilt es nun, die Menschen selbst zum Zuge kommen zu lassen. Dies erfordert, Ermöglichungsräume zu schaffen, in denen sie gemeinsam mit anderen und ihren Interessen und Kompetenzen entsprechend selbst aktiv werden können.

Unsere Bildungsarbeit mit der Route55plus zielt auf einer tieferen Ebene auf die konzeptionelle Weiterentwicklung der kirchlichen Seniorenarbeit für die Generationen der geburtenstarken Jahrgänge. Die sozialräumliche Blickrichtung und das Verständnis von nicht aufgabenorientiertem freiwilligem Engagement für die eigene Bildung von Menschen in der nachberuflichen Phase ist das Zielfoto. Dies erfordert einen Entwicklungsprozess auf Kirchenkreis- bzw. Dekanatsebene. Aber

genau ein solcher stellt möglicherweise die größte Hürde für die Weiterentwicklung selbstorganisierter Bildungsarbeit in der Region dar, denn das Konzept der zielgruppengenauen Angebotsstruktur ist vor allem tief auf Gemeindeebene verankert.

Konkrete Umsetzung und Struktur

Die Route55plus Hessen hat ihr Vorbild in der Initiative 55 plus-minus des Evangelischen Dekanats Nassauer Land (www.i55plusminus.de), die seit ca. 15 Jahren über eine große Region hinweg Menschen und Ideen zueinander bringt und ein umfangreiches selbstorganisiertes Angebot auf die Beine stellt: Bildung, Geselligkeit, Einsamkeitsvorsorge, die Stärkung der Selbstwirksamkeit von Menschen im Ruhestand, Ermutigung und Ermächtigung, die eigenen Interessen selbst in die Hand zu nehmen – und all das durch ausschließlich freiwilliges Engagement mit denkbar geringen Ressourcen unter dem kirchlichen Dach eines Dekanates.

Wir wollten wissen, ob das Modell multiplizierbar ist und – da wir als Hauptamtliche an dieses Projekt gingen – wie viel Hauptamtlichkeit es braucht, um ein solch stabiles und zugleich dynamisches Gefüge aufzubauen.

Ein Jahr nach Projektbeginn haben wir mit drei regionalen Standorten eine gemeinsame Homepage als Plattform, die potenziell weitere hessische Regionen aufnehmen kann. Hier werden Ideen, die Mitmachende suchen, veröffentlicht, und zu den Ideen, die bereits in ein Projekt umgesetzt wurden, werden Termine mitgeteilt. Tutorials im Materialteil der Webseite erklären mit kleinen Filmen, wie die Route55plus funktioniert und wie sich Interessierte auf der Webseite beteiligen können (bit.ly/r55filme). Letzteres erweist sich – auf der Ebene der Webseite – derzeit als größte Hürde, rein technisch durch schlechte Internetverbindungen in manchen Regionen, aber mehr noch durch die Notwendigkeit der Registrierung. Sie schützt zwar die Personen in den Projekten, aber sie verhindert häufig auch die Teilhabe auf dieser Ebene. Dies bleibt ein Bildungsbedarf, dem wir begegnen müssen.

Die drei Standorte gestalten sich je nach kirchlicher (und kommunaler) sowie personeller Struktur und Vorgeschichte unterschiedlich: Im Kontext eines bislang städtischen Evangelischen Forums, das mit erweitertem Auftrag nun auch in die Region wirken soll, schafft der zuständige Leiter des Forums, ein Pfarrer, mit einer Gruppe von Freiwilligen, die sich bereits bei der Auftaktveranstaltung zusammenfand, zunächst die strukturellen Voraussetzungen und hat z. B. in Kooperation mit der vhs einen Workshop zu Projektentwicklung angeboten. Hier entstand die Idee des „Heart Rock Cafés“, einem Treffpunkt, an dem Route-Interessierte sich treffen und kennenlernen und auch Eins-zu-eins Schulungen für die Webseite erhalten können.



Das Gründungsteam der Route55plus Hessen: Annegret Zander, Melanie Nöll, Franziska Wallenta, Ralf Müller, Dr. Steffen Merle, Gunter Böhmer

In den beiden anderen, deutlich ländlicher strukturierten Standorten ist die Projektkoordination des zweiten Standorts inzwischen innerhalb einer Dekanats-Projektstelle für innovative Seniorenarbeit der EKHN angesiedelt. Für den dritten Standort gelang es, Drittmittel für eine kleine Projektkoordinationsstelle unter dem Dach des Kirchenkreises zu finden. Beide Standorte bieten regelmäßige Treffen und Stammtische an, um Interessierten die Gelegenheit zu geben, sich kennenzulernen und auch gemeinsam Ideen zu entwickeln. Der persönliche Kontakt ist ein wichtiger Faktor. Und auch die regionale Presselandschaft kann viel zum Gelingen oder Misslingen der Idee beitragen.

Fazit: Was wurde bislang erreicht, was bleibt zu tun?

Erste Projekte sind auf den Weg gebracht, z. B. gesellige Ausflüge, Gemeinschaftsgarten, Fahrradtouren im Vogelsberg, Lesefrüchte teilen, Kneipen nach Feierabend, „Unterwegs“ (zusammen kurze und längere Reisen planen), Studientage für ehrenamtliches Projektmanagement. Nun gilt es, den Kreis der Interessierten und Engagierten zu erweitern. Dabei geht viel Energie in die Überzeugungsarbeit, dass hier ein regionales Projekt ohne finanzielle Interessen durch kirchliche wie kommunale Öffentlichkeitsarbeit unterstützungswert ist. Im Auf- und Ausbau von freiwilligen Regionalteams, die die Standortkoordinator/innen unterstützen oder auch ersetzen, liegt eine der Hauptaufgaben für die Zukunft des Projekts.

» Wie Kitas, Gemeinden und Erwachsenenbildungswerke gendersensible Elternbildung initiieren können



Stefan Sigel-Schönig

Fachreferent für Männerarbeit
Dezernat Bildung im
Landeskirchenamt
Kassel

stefan.sigel@ekkw.de
www.ekkw.de/maennerarbeit

Rangiert ein ehemaliges Feuerwehrauto, das feuerrote „PAPAmobil“, auf dem Gelände einer Evangelischen Kindertagesstätte, dann ist die Väterarbeit bereits voll im Gange. Einzelne Väter sind mit ihren Kindern bereits überpünktlich

vor Ort, eine Vater-Kind-Aktion wird hier bald beginnen.

Kindertageseinrichtungen stellen fest, dass Väter präsenter werden: Sie bringen und holen ihre Kinder und wollen mitwirken, besonders bei Events. Zunehmend mischen sie auch in pädagogischen Fragen mit: Sie interessieren sich für Elternabende und Entwicklungsgespräche.

Auch aktuelle Umfragen zeigen, welchen mentalen Schub es in den letzten zehn Jahren gab: Zwei Drittel der Väter (mit und ohne Migrationshintergrund) identifizieren sich nicht mehr hauptsächlich mit ihrer Ernährerrolle. Sie sehen sich vor allem in einer Vaterrolle und würden gerne in vollzeitnaher Teilzeit arbeiten. 60% der Eltern von Kleinkindern wünschen sich eine Erwerbstätigkeit in gleichem Umfang. Und für 91% der Beschäftigten zwischen 25–39 Jahren mit Kindern ist Familienfreundlichkeit bei der Arbeitgeberwahl ebenso wichtig wie das Gehalt. Auch die pädagogische Forschung betont die Rolle von Vätern für die soziale und kogni-

tive Entwicklung der Kinder und deren Identitätsbildung.

Real aber hat sich der Anteil der Väter an der Erziehungsarbeit (noch) nicht entsprechend erhöht: 89% der Väter arbeiten in Vollzeit, nur 4% in Teilzeit, in beiden Fällen z.T. mit beträchtlichen Überstunden. Die Rollenerwartungen der Männer haben sich verändert, aber im Arbeitsleben herrscht insbesondere für Männer großer Handlungsbedarf in punkto Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Es lässt sich sogar eine Retraditionalisierung der Geschlechterrollen beobachten, die erhöhte Inanspruchnahme von Elternzeit durch Väter kann darüber nicht hinwegtäuschen.

Bildungseinrichtungen, die Angebote für Eltern entwickeln, spielen hier eine wichtige Rolle für individuelle und gesellschaftliche Veränderungen. Vor allem niederschwellige, inklusive väterfreundliche Angebote sind zu konzipieren und ins Regelangebot aufzunehmen. Da sich Väter im privaten Raum und in Bildungseinrichtungen häufig isoliert fühlen, wächst ein Interesse an Kontakt und Austausch mit anderen Vätern. In Abwesenheit der Mütter erobern Väter aller Schichten und Ethnien, auch Wochenend-Papas, dann sogar die weiblich geprägten Orte. Sie wollen mal „unter Männern“ die Beziehung zu ihren Kindern, ihre Rollenkonflikte und Erziehungsfragen zur Sprache bringen.

Zurück auf den Hof der Evangelischen Kindertagesstätte: Zwei Wochen bevor das PAPAmobil dort vorfährt gab es einen Väterabend, an dem schon die Hälfte der später anwesenden Väter teilnahmen. An diesem Abend lernten sich Väter untereinander kennen und planten mit einem Teamer eine gemeinsame Aktion. Besprochen wurde das Thema, z.B. „Leben wie die Indianer“..., der ungefähre Ablauf, das Essen und wer was mitbringt. Schon an diesem Abend kam es zu spannenden pädagogischen Gesprächen und es wurde etwa diskutiert, ob Töchter sich nicht spezielle Bau- und Bastelaktionen wünschen.

Der Teamer übernahm am Ende die Erstellung eines Ablaufplans. Er schrieb eine Mitbringliste und sorgte für Aushänge in der Kita, was den Werbeeffect des Abends verstärkte. Neben dem näheren Kennenlernen eröffnete der Abend Beteiligungsmöglichkeiten für die Väter. Das schaffte eine offene, lockere Atmosphäre, die für intensivere Gespräche bei der Vater-Kind-Aktion sehr wichtig waren. Ohne eine vertrauensvolle Atmosphäre und eine



Der Teamer Torge Peterson mit dem PAPAmobil bei einer Vater-Kind-Aktion in Kassel: Foto Lothar Simmank

Offenheit für wirkliche Beteiligung wäre es zu keinem Bildungsgeschehen gekommen.

Nun steht das PAPAmobil auf dem Hof, an der richtigen Stelle, um Aktionsmaterial auszuladen und vorzubereiten. Wenn die bereits anwesenden Väter und Kindern beginnen, in einer großen Feuerschale ein Lagerfeuer zu entzünden, dann wird hier kein Klischee überkommener Männlichkeit bedient, sondern ein Raum hergestellt, in dem Väterbildung überhaupt stattfinden kann. Das PAPAmobil gibt einem weiblich dominierten Ort eine neue, aufregende Atmosphäre und den Vätern aus allen Milieus die Chance, ihre Kindertagesstätte neu wahrzunehmen, sie ein Stück mehr auch zu *ihrer* Kita werden zu lassen. Das PAPAmobil selbst ist ein fahrendes Material-, Werkzeug- und Spielager und zugleich ein Ort zum Spielen, manchmal sogar, in der Fahrkabine, hinterm Lenkrad, auch ein Ort zum Träumen. Genau genommen allerdings braucht es so ein Fahrzeug nicht. Die beschriebenen Effekte für Väter, die Veränderung von Wahrnehmungsmustern und die Bereitschaft, sich zu beteiligen, lassen sich auch auf viele andere Arten erreichen.

Als die Aktion beginnt, ist die Ansage sehr hilfreich, dass die Väter die volle Aufsichtspflicht für ihre Kinder behalten, während die Teamer sich eher um den Ablauf kümmern. Die Vater-Kind-Aktion selbst läuft dann denkbar einfach und sehr intensiv. Es gibt ein gemeinsames Beginnen, ein Verkleiden mit Schminken zum Thema und Aufwärmspiele, dann wird gekocht und gemeinsam gegessen. Darauf folgen zwei Kernphasen: In einer Bauphase konstruieren die Väter mit ihren Kindern etwas, das sie mit nach Hause nehmen können, ein Schiff aus Papier, ein Auto aus Holz, eine Weihnachtskrippe, ein Nistkasten, ein Steckenpferd etc. In einer Freispielphase können die Kinder mit ihren Vätern an mehreren Stationen individuell spielen und Spaß haben. Beide Phasen genießen die Teilnehmenden sehr. Sie bemerken, wie vieles anders ablaufen kann, wenn mal keine Erzieherinnen oder Mütter dabei sind. Nebenbei kommen Väter miteinander ins Gespräch und erfahren, wie andere Väter ihre Kinder wahrnehmen und wie vielfältig und unterschiedlich der Umgang miteinander und das gemeinsame Spiel sein kann. Das sind ganz subtile, aber sehr wichtige Bildungsmomente. Der Tag endet mit einer Geschichte am Lagerfeuer und einer lockeren Auswertung des Tages. Und als schließlich die Kinder in der Kita im Bett sind, wird in einer moderierten Väterrunde das Erlebte, das Schöne und Schwierige des Tages, nochmal zum Ausgangspunkt von intensiveren Gesprächen.

Resümierend sehen wir in unserem Ansatz folgende Chancen:

1. Leibliche und soziale Väter und Großväter jeden Alters, aller Milieus und sozialen Schichten



Eine Vater-Kind-Aktion in Altenburschla, Bild: EKKW

lassen sich auf diese Art und Weise ansprechen. Eine evangelische Einrichtung erreicht mit wenig Aufwand Menschen, die sonst kaum Kontakt zur Kirchengemeinde haben. Es entwickelt sich ein Miteinander von kirchenfernen, kirchennahen, unterschiedlich religiösen und konfessionslosen Vätern. Dieser erwachsenbildnerische Zugang ist sehr erfolgreich und wird bislang über die Kitas viel zu wenig ausgebaut.

2. Die Kita-Rückmeldungen besagen, dass nach der Aktion mehr Väter zu Veranstaltungen kommen, dort aktiver sind und sich leichter einbringen. Weitere Bildungsangebote wie Väterstammtische, Vätergesprächsabende, aber auch Angebote wie Geburtsvorbereitungskurse, Babykurse und ähnliches für Väter kommen für die Kita als Familienzentrum nun in Frage.
3. Der kirchliche Hintergrund der Institution wird nicht als abgeschlossener oder privilegierter erlebt, sondern als ein ermöglichender, öffnender, der es erlaubt, mit unterschiedlichen Lebenssituationen und Religionsverhältnissen zusammen zu kommen.
4. Religionspädagogische Themen lassen sich bei solchen Aktionen interreligiös aufgreifen, wenn es eine diesbezügliche Kita-Konzeption bereits gibt und sich dies auch in der Ausstattung zeigt, am besten mit auch für Väter funktionierenden Materialien. Dazu bräuchte es aber auch Weiterbildungen für unsere Teamer, die thematische Ideen mit passenden Methoden und Materialien bieten.
5. In dem Wissen um die vielen Ansprüche, die zurzeit an Kitas und Kirchengemeinden gestellt werden, kann hervorgehoben werden, dass der vorgestellte Ansatz mit wenig Aufwand eine hohe Wirkung erzielt. Bereits mit einer solchen Aktion können Kitas und Gemeinden eine Dynamik für eine gendersensible Elternarbeit initiieren, die sich zu großen Teilen auch in Eigenregie vor Ort um- und fortsetzen lässt.

schwer punkt

» Wir brauchen mehr Streit. Argumentationstraining gegen Politikerverdrossenheit

Im Gespräch: Dr. Christian Boeser-Schnebel (Universität Augsburg) und Ruth Jachertz (Bayerischer Volkshochschulverband)



Dr. Christian
Boeser-Schnebel

Lehrstuhl für Pädagogik,
Schwerpunkt Erwachsenen-
und Weiterbildung
Universität Augsburg
Projektleiter des Netzwerks
Politische Bildung Bayern
christian.boeser@
phil.uni-augsburg.de



Ruth Jachertz

Bayerischer
Volkshochschulverband
Leitung Programmbereiche
Kultur und Gesellschaft
ruth.jachertz@
vhs-bayern.de

Jachertz: Wie erklären Sie sich, dass es derzeit in der Öffentlichkeit sehr viel feindseligen Streit gibt und die Debatten sehr emotional geführt werden? Müssen wir in der Erwachsenenbildung stärker beachten, wie sich Streitkultur entwickeln lässt?

Boeser-Schnebel: Ich glaube, dass die großen Kontroversen, die wir momentan erleben, also die Frage der Integration von Migranten, des Umgangs mit Geflüchteten, der Sicherheit und die Frage wie tolerant man anderen Religionen gegenüber sein muss, letztlich menschliche Kerninteressen berühren. Ein Argumentationstraining, das wir anbieten und das stark durch das Harvard-Konzept beeinflusst ist, bringt das sehr schön auf den Punkt: Es gibt fünf menschliche Kerninteressen und wenn diese verletzt werden, dann schalten viele Menschen schnell in den „Grizzly-Modus“, also in eine aggressive Ver-

teidigungs-, Schutz- oder auch Angriffshaltung. Diese Kerninteressen sind: Ökonomisches Auskommen, Sicherheit, Zugehörigkeit, Selbstbestimmung und Respekt. Alle fünf Interessen sind sehr stark mit dem Thema Umgang mit Geflüchteten verknüpft. Ökonomisches Auskommen: die Sorge, ob genug für alle da ist, Sicherheit, wird hier immer wieder diskutiert. Zugehörigkeit, also die Frage, wer gehört zur Gesellschaft und als Gegenstück: gehöre ich noch dazu oder fühle ich mich ausgegrenzt, wenn ich den Rahmen des politisch Korrekten verlasse. Selbstbestimmung, die Annahme, dass „die da oben“ über den eigenen Kopf hinweg entscheiden und als letzten Punkt Respekt, was sehr stark mit dem Gefühl verbunden ist, nicht gesehen zu werden.

Aber ich glaube nicht, dass wir das Streiten verlernt haben, sondern ich glaube, dass die Konflikte einfach sehr groß sind. Aktuell geht es um fundamentale Fragen, verbunden mit sehr starken Unterstellungen. Vereinfacht und zugespitzt gesagt: Die Rechten argumentieren, dass es um eine Umvolkung geht und alle Andersdenkenden naiv einer Islamisierung Deutschlands, Europas oder gar der ganzen Welt zusehen. Die Linken antworten darauf: Ihr seid hartherzig, ihr seid tendenziell rassistisch und ihr seid empfänglich für eine nationalsozialistische Ideologie. Und in diesen wechselseitigen Vorwürfen ist nicht ein Hauch von Respekt vorhanden – im Gegenteil. Und deshalb können die Emotionen sehr schnell hochkochen. Diese Entwicklung ist aber hochproblematisch: Verlieren wir unsere demokratische Streitkultur, kommen wir nur schwerlich zu einem tragfähigen Konsens, wie wir uns bei den wichtigen Themen verhalten. Wir brauchen in erster Linie eine offene gesellschaftliche Auseinandersetzung, um einer weiteren Radikalisierung vorzubeugen und das weitere Auseinanderdriften der Gesellschaft zu verhindern.

Jachertz: Ist Ihre These, dass das Thema Asyl alle fünf Kerninteressen besonders stark berührt, auch eine Erklärung dafür, dass es eine so große Bedeutung im politischen und medialen Diskurs hat? Es gibt ja sehr viele Themen, wie beispielsweise den demographischen Wandel, die Infrastruktur, den digitalen Wandel, den Umbau des Bildungssystems, von denen ich sagen würde, dass sie wichtiger für die Gesellschaft sind. Wie können wir aus dieser Schleife entkommen, immer über Integration oder Migration und Asyl zu sprechen, wo es doch zukunftsreichere Themen gibt?

Boeser-Schnebel: Es ist natürlich schwierig, Themen zu setzen, die in der öffentlichen Wahrnehmung wenig bis gar nicht stattfinden, selbst wenn der öffentliche Diskurs darüber genauso wichtig wäre. Was wir bei unseren Veranstaltungsformaten nicht machen, ist, dass wir sagen, wir laden ein, um über das Thema Geflüchtete zu diskutieren oder über das Polizeiaufgabengesetz. Stattdessen fragen wir, was die Menschen interessiert beziehungsweise was sie an der Politik wütend macht. Dann kommen die Themen von den Teilnehmenden und können dann auch sehr unterschiedlich sein. Es gab Veranstaltungen, da war das Thema Geflüchtete außen vor, da ging es ganz stark um Politikerverdrossenheit. Und es gab Veranstaltungen, bei denen auf einmal kommunale Themen im Zentrum standen. Ich glaube, wir müssen die Bedürfnisse der Teilnehmenden ernst nehmen und gegebenenfalls die andere Seite, die andere Position aufzeigen. Beispiel Polizeiaufgabengesetz: Ich habe mit einer Gruppe diskutiert, die sich selbst wahrscheinlich eher als links einstufen würde. Tenor war: „Wir stehen für Freiheit und die anderen, die dieses Gesetz wollen, die bekämpfen diese Freiheit“. Dann hatte ich

eine Veranstaltung mit Polizisten und die haben gesagt: „Wir wollen Sicherheit und die anderen wollen keine Sicherheit, das sind Anarchisten“. Ich konnte dann beiden Gruppen das klassische Dilemma zwischen Freiheit und Sicherheit aufzeigen, und es half tatsächlich zuzugestehen, dass es hier ein Problem gibt, dass man immer wieder aufs Neue sehr genau ausloten muss. Es war in beiden Gruppen auch zu spüren, dass sich eine Nachdenklichkeit entwickelte, nach dem Motto: Stimmt schon, der andere Wert ist auch nicht irrelevant.

Jachertz: Wie kam es dazu, dass Sie ein Argumentationstraining entwickelt haben? Gab es dafür einen Auslöser?

Boeser-Schnebel: Es war ein Stück weit Zufall, ein witziger Anlass: Ich gab ein Seminar zu Forschungsmethoden für Studierende des Studiengangs Bachelor Erziehungswissenschaft, und ich wusste, dass das Seminar für die meisten meiner Studierenden nichts ist, worauf sie sich wirklich freuen. Ich wollte im Seminar Interviews mit Bürgerinnen und Bürger führen und sie fragen, wie sie über Politik allgemein und konkret über Politikerinnen und Politiker denken. Doch auch politische Themen waren nicht gerade ein Attraktivitätsfaktor im Seminar für viele meiner Studierenden. Ich musste mir also etwas Motivierendes einfallen lassen. Kurzerhand erklärte ich, dass wir die Grundlagen für ein „Argumentationstraining gegen Politik(er)verdrossenheit“ entwickeln werden und dass die Studierenden hier mitwirken können. Natürlich kannte ich damals schon das „Argumentationstraining gegen Stammtischparolen“ von Klaus-Peter Hufer. Auch das Thema „Politikerverdrossenheit“ beschäftigte mich schon lange vor diesem Seminar. Immer wieder hatte ich mit Kolleginnen und Kollegen aus dem Netzwerk „Politische Bildung Bayern“ nach Möglichkeiten gesucht, das Thema mit passenden Bildungsangeboten anzugehen.

Anfangs ging es in dem Projekt also sehr stark um das Verhältnis zwischen Bürgern und Politikern. Später kam der Fokus auf den gesamtgesellschaftlichen und politischen Diskurs hinzu. Auch dies geschah eher beiläufig, nämlich im Rahmen der Flüchtlingsdiskussion, als wir bemerkten, dass es sehr viele Parallelen gibt zwischen der Haltung zur Flüchtlingskrise und der Haltung zu Politikern und politischen Strukturen. Wer erzürnt war über die Flüchtlingspolitik, war auch oft voller Verachtung für Politiker.

Jachertz: Was unterscheidet Ihr Angebot von anderen Argumentationstrainings?

Boeser-Schnebel: Es gibt zwei Spezifika: Erstens das Thema: Das Ursprungsprogramm adressierte Stammtischparolen über Politiker und politische Prozesse. Zweitens die Haltung: Wir vermeiden die Haltung „das ist eine Stammtischparole und falsch, richtig ist dagegen ...“. Wir suchen nach den Bedürf-



nissen und Interessen hinter der zugespitzt formulierten Position und überlegen, wie eine konstruktive Auseinandersetzung möglich werden kann. Wir denken also weniger in Richtig-Falsch-Kategorien, sondern fragen lieber nach Wertedilemmata und Spannungsfelder. Das ist auch sinnvoll: Die meisten Menschen, die Stammtischparolen oder vermeintliche Stammtischparolen äußern, wollen nicht missioniert oder belehrt werden. Sie sind aber möglicherweise bereit für eine Auseinandersetzung auf Augenhöhe. Und wenn ich in diese Auseinandersetzung mit der Bereitschaft hineingehe auch selber von meinem Gegenüber den ein oder anderen Gedanken mit aufzunehmen, dann habe ich ganz andere Karten, als wenn ich den anderen missionieren will.

Jachertz: Können Sie den Aufbau dieses Argumentationstrainings noch etwas genauer beschreiben? Was ist für wen geeignet?

Boeser-Schnebel: Das Argumentationstraining gibt es in einer Kurzfassung als Vortragsformat, oft mit dem Titel „Streitet Euch! Über den demokratischen Umgang mit Populismus und Stammtischparolen“. Als Workshopformat zu diesem Thema empfiehlt sich mindestens ein halber Tag. Wir bieten aber auch dreitägige Seminare an, wo dann auch sehr intensive Auseinandersetzungen stattfinden können.

Das Argumentationstraining zielt auf die Ermunterung und Befähigung zum Streit, im Sinne einer offenen Auseinandersetzung, der ohne Feindseligkeit geführt wird. Mit diesem Angebot erreichen wir viele Menschen, die sich zivilgesellschaftlich oder politisch engagieren, und die ihre eigene Sprachlosigkeit überwinden wollen. Oftmals ist die Teilnehmergruppe dann aber auch relativ homogen. Das bietet den Vorteil eines geschützten Raumes, hat aber auch den Nachteil, dass hier wieder in einer sozialen Echokammer gelernt wird, was der Referent dann unbedingt durch Irritationen oder bewusstes Einbringen von Gegenpositionen aufbrechen sollte.

Dieses Format wird u.a. von Schulen, Erwachsenenbildungseinrichtungen, Volkshochschulen, Akademien, Stiftungen und Vereinen angefragt. In letzter Zeit zunehmend auch von Verwaltungen, der Feuerwehr, der Polizei und auch der Bundeswehr.

Für Einrichtungen der Erwachsenenbildung und Volkshochschulen haben wir das niedrigschwellige dreistündige Abendformat „Was mich an der Politik wütend macht“ entwickelt. Hier geht es darum, die gesellschaftlichen Kontroversen in einen Raum zu holen und erfahrbar zu machen, dass eine konstruktive Auseinandersetzung mit Andersdenkenden nicht nur möglich ist, sondern auch bereichernd sein kann. Wenn man allerdings tatsächlich auch die Wütenden und Frustrierten erreichen will, muss man breiter werben, als nur im Programmheft und der Einrichtungshomepage. Hier lohnt sich zum Beispiel die Zusammenarbeit mit örtlichen und digitalen Medien. Lanciert man etwa im Vorfeld der Veranstaltung einen Artikel mit der Schlagzeile „Die Volkshochschule sucht Streit“, dann erhöhen sich die Chancen, Menschen aus unterschiedlichen Milieus zu interessieren, Menschen, die dort dann vielleicht das erste Mal direkt mit einer ganz anderen Sichtweise konfrontiert werden. Am Abend selbst kann es dann auch schon mal lauter werden, worauf sich die Moderation vorbereiten sollte. Hilfreich sind dabei Wechsel zwischen Plenum, Partner- und Kleingruppenarbeit an vorbereiteten Tischen. Und manchmal muss man vielleicht auch eine kurze Pause machen. Letztlich geht es darum, dass man versucht den Respekt voneinander zu leben und dass man Wertedilemmata in den Blick nimmt. Es ist wichtig, die Position des anderen und auch die Werte, die dahinterstehen, nachzuvollziehen, um schließlich die grundlegende Frage einer demokratischen Gesellschaft zu thematisieren: Wie wollen wir zusammen leben?

Jachertz: Können Sie etwas zu den Hintergründen dieses Ansatzes sagen? Ich finde die Grundhaltung und den Respekt „ich höre dir erstmal zu“ ja auch im Privatleben einen gut funktionierenden Ansatz.

Boeser-Schnebel: Das ist das Faszinierende! Manchmal fragen Leute nach theoretischen Bezügen des Projekts und dann sage ich im Scherz: „Sucht es euch aus, ihr könnt mir eine Disziplin nennen und dann kann ich theoretische Bezüge nennen“. Es hat tatsächlich viel mit gewaltfreier Kommunikation und mit allgemeinen kommunikationspsychologischen Erkenntnissen zu tun, es bezieht sich aber auch auf Verhandlungspsychologie, auf Arbeiten aus verschiedenen Disziplinen zum Thema Konflikt, auf pädagogische Ergebnisse zur richtigen Haltung eines Lehrenden, auf Theorien aus der Erwachsenenbildung sowie auf bestehende Konflikt- und Demokratietrainings wie zum Beispiel „Achtung (+) Toleranz“ oder „Betzavta“. Es gibt also sehr viele Querbezüge, die – und das ist kein Zufall – immer wieder auf einige zentrale Er-

kenntnisse zurückkommen. Letztlich beschäftigen sich alle mit der Frage, wie wir ohne Feindseligkeit zusammenleben können. Es gilt nicht nur, eigene Interessen durchzusetzen, sondern darauf zu achten, ob es für den Anderen noch in Ordnung ist, wenn ich mich durchsetze oder ob ich mich selbst auch ein Stück bewegen muss. Die Frage „Wie wollen wir zusammenleben?“ stellt sich im Privaten ebenso wie in der Gesellschaft. Aber ein Grundproblem in diesem Zusammenhang ist, dass viele Menschen bei Konflikten, gerade auch bei politischen, schnell aussteigen, weil es ihnen zu emotional und damit auch zu feindselig wird. Wir beobachten zwei Tendenzen: Die der Vermeidung von Auseinandersetzung und die Tendenz zur Feindseligkeit und Aggression. Eine Gesellschaft ohne Auseinandersetzung funktioniert aber nicht, und eine Gesellschaft, in der nur feindselig gestritten wird, funktioniert ebenso wenig. Das heißt: Wir müssen mehr Streiten, aber ohne Feindseligkeit.

Jachertz: Was können Anbieter tun, wenn sie diesen Ansatz spannend finden und es selbst in ihr Programm aufnehmen und konzeptionell entwickeln möchten?

Boeser-Schnebel: Um das Argumentationstraining zu etablieren, haben wir in Bayern anfangs gezielt bestimmte Bildungsakteure angefragt und mit der Zeit ist das dann zum Selbstläufer geworden: Alleine im ersten Halbjahr 2018 hatten wir in Bayern über 60 Veranstaltungen.

Letztlich braucht es Menschen, die sich zutrauen, das Argumentationstraining anzubieten, und dann auch mit den relevanten Zielgruppen in Kontakt treten und nachfragen, was diese sich vorstellen könnten. Man muss also mit potentiellen möglichen Auftraggebern einen Kaffee trinken gehen, ihm von dem Konzept erzählen und fragen: „Wollen wir das nicht mal probieren?“ Für die Erwachsenenbildung haben wir einen Reader entwickelt, in dem der Hintergrund, das Vorgehen und die Herausforderungen bei den verschiedenen Formaten beschrieben sind. Ergänzend bieten wir immer an, bei Veranstaltungen zu hospitieren. Nicht zuletzt bilden wir Multiplikatoren aus (im kommenden Jahr in Kooperation mit der Georg-von-Vollmar-Akademie und dem AWO-Landesverband Bayern).

Jachertz: Haben Sie noch mehr Tipps, wie man Menschen erreicht, die üblicherweise nicht öffentlich politisch diskutieren oder die bisher zumindest keine Erwachsenenbildungsangebote wahrnehmen?

Boeser-Schnebel: Was ich Programmplanerinnen und Programmplanern, die sich in diese Richtung entwickeln wollen, empfehle, ist: Sucht euch einen Bündnispartner, mit dem ihr davor noch nie etwas gemeinsam veranstaltet habt! In den USA gibt es ein schönes Projekt namens „Better Angels“, da streiten Trump-Fans mit erbitterten Trump-Gegnern unter



Moderation von paartherapeutisch geschulten Moderatoren mit dem Ziel, eine Entpolarisierung herbeizuführen. Ähnliches wünsche ich mir auch für Deutschland. Man muss unbedingt neue Bündnispartner suchen und sagen „ich will jetzt wirklich mal eine offene Kontroverse führen“ und zwar zu einem Thema, das in der Gemeinde oder Gesamtgesellschaft aktuell brisant ist und bei dem es keinen Sinn macht, nur in den eigenen Echokammern zu bleiben. Man sollte also im Vorfeld ganz genau schauen, wer als Partner interessant sein kann, um ein breiteres Spektrum zu erreichen.

Das seit 2006 bestehende „Netzwerk Politische Bildung Bayern“ (www.politischebildung-bayern.net) vernetzt Akteure der schulischen und außerschulischen politischen Bildung. Aufgrund der Ansiedlung am Augsburger Lehrstuhl für Pädagogik mit Schwerpunkt Erwachsenen- und Weiterbildung ist die politische Erwachsenenbildung stark repräsentiert. Durch die Kooperation mit dem Bayerischen Volkshochschulverband wurde nicht nur das Argumentationstraining in Bayern erfolgreich implementiert, sondern auch das Projekt „Lange Nacht der Demokratie“: In der Nacht vom 15. auf den 16. September 2018 wurde mit Unterstützung der Stiftung Wertebündnis Bayern in zehn bayerischen Städten eine „Lange Nacht der Demokratie“ veranstaltet (www.lange-nacht-der-demokratie.de)

» Resonanzraum der Demokratie – Evangelische Kirche, Werke und Verbände in Zeiten der Polarisierung



Dr. Roger Mielke
M.A.

Referent für Fragen
öffentlicher Verantwortung
der Kirche im Kirchenamt
der EKD in Hannover
roger.mielke@ekd.de

¹ Die weithin zustimmend aufgenommene Analyse von J.-W. Müller (2016) nennt als Kernpunkte populistischer Politikmuster Antipluralismus und Elitenkritik (Was ist Populismus? Berlin, Suhrkamp). Kritisch wiederum betrachtet D. Jörke (2017) die allzu normativen Implikationen dieses Ansatzes (Vom Verdammten zum Verstehenden? in: Neue Politische Literatur 62 (1), S. 71–95).

² Die eindringlichste und düsterste Analyse in Mair, P. (2013): Ruling the void. The hollowing of Western democracy, London.

³ Vgl.: Bukow, S. (2017): Bundestagswahl 2017. Ergebnisse und Analysen. böll. brief DEMOKRATIE & GESELLSCHAFT #5. URL: https://www.boell.de/sites/default/files/boell-brief_bundestagswahl_2017.pdf?dimension1=division_demo. Oder: Neu, V./Pokorny, S. (2017): Bundestagswahl in Deutschland am 24. September 2017. Wahlanalyse. URL: http://www.kas.de/wf/doc/kas_50152-544-1-30.pdf?180301154334.

⁴ Neu, V./Pokorny S., o. A., S. 14.

⁵ Bukow, S., o. A., S. 17.

⁶ Neu, V./Pokorny S., o. A., S. 15.

⁷ Vgl.: Merkel, W. (2016): Krise der Demokratie? In: Aus Politik und Zeitgeschichte 66

I. Krise der Demokratie?

Kein Zweifel: Die demokratische Ordnung steht unter Druck, in Deutschland und darüber hinaus. Die politische Polarisierung greift um sich. Je komplexer die politischen Probleme, Aufgaben und Herausforderungen werden, desto

größer wird die Versuchung, vermeintlich einfachen Lösungsangeboten zu folgen. Populisten von rechts und von links haben Konjunktur.¹ Zurecht fragen daher demokratisch engagierte Bürgerinnen und Bürger und auch die Kirchen und die kirchlichen Werke und Verbände: Was können wir tun, um die freiheitliche und rechtsstaatliche Demokratie zu schützen und zu fördern? Allerdings sollten wir, bevor wir fragen, was zu tun ist, die Wahrnehmung der gesellschaftlichen Verhältnisse schärfen und uns fragen: Wie ist der Zustand der Demokratie in unserem Land, wo stehen wir – und was verändert sich gegenwärtig?

Eine Reihe von Phänomenen liegt auf der Hand und fügt sich zu einem Muster: Die erschütternden Bilder aus Chemnitz, wo Ende August 2018 der Unmut „besorgter Bürger“ von Rechtsextremen und Neonazis instrumentalisiert wurde, die Fundamente der Stadtgesellschaft erschütterte und internationale Aufmerksamkeit fand; brennende Flüchtlingsheime, antijüdische Übergriffe und wachsende Kriminalität, ein diffuses Empfinden von Unsicherheit; Gewaltexzesse im Hamburger Schanzenviertel aus Anlass des G7 Gipfels 2017; Auseinandersetzungen um den Braunkohletagebau, die gewaltbereite Extremisten aus ganz Europa anziehen. Diese Phänomene bestimmen – medial aufbereitet und im virtuellen Raum verstärkt – die Wahrnehmungen des politischen Feldes.

Auch aus kühlerem, mehr analytischen Blickwinkel zeigen sich eine Reihe von Indikatoren für Verschiebungen im politischen System, denn nach einer Zeit des allmählichen Niedergangs muss man inzwischen von einer veritablen Krise der Volksparteien sprechen²: Union und SPD erreichten bei den Bundestagswahlen des Jahres 2017 zusammen nur noch 53,4 % der Stimmen, jüngste Umfragen zeigen einen weiter sinkenden Trend. Im Bundestag sind damit, zum ersten Mal seit 1953, sieben Parteien

vertreten. 12,6% Stimmanteil der AfD verdeutlichen die Karriere populistischer Politikmuster. Wahlanalysen³ zeigen, dass ein wesentliches Motiv für die Wahl der AfD „Enttäuschung“ ist: Es existiert eine bemerkenswerte Diskrepanz zwischen einer im Ganzen stabilen wirtschaftlichen Zufriedenheit der Befragten und einer erheblichen politischen Unzufriedenheit. Dies deutet auf einen höheren Einfluss kultureller, sozialer, emotionaler Faktoren gegenüber wirtschaftlicher Determinanten, keineswegs wählen nur die viel beschworenen „Abgehängten“ populistisch. Das AfD-Elektorat ist hinsichtlich seiner sozialen Verortung wenig homogen, es kommt aber überein in bestimmten „Gefühlslagen“⁴. Die AfD erscheint damit mehr als Projektionsfläche denn als programmatischer politischer Akteur. Ein interessantes Detail der Wahlanalysen ist:

In der Kohorte der Männer zwischen 25 und 59 Jahren die AfD die zweitstärkste Partei ist – genau in der Gruppe, die im Raum der Kirchen am schwächsten vertreten ist.⁵

Zwei Mobilisierungsthemen stechen hervor: der Themenkomplex „Flüchtlinge-Ausländer-Integration-Islam“ und „Sicherheit“. Die sogenannte Flüchtlingskrise ist so etwas wie ein „Trigger“⁶ für tieferliegende sozialstrukturelle Veränderungen.

Stehen diese Beobachtungen im politischen System für eine „Krise der Demokratie“ im Ganzen? Wenn wir uns zunächst auf die demokratischen Verfahren beschränken, so ist die Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl gestiegen, von 71,5% 2013 auf 76,2%. Man entfernt sich also wieder von der „Zweidritteldemokratie“⁷, in der sich 30% der Bürgerinnen und Bürger aus den demokratischen Prozeduren und den dahinterstehenden Prozessen von Debatte, Meinungsbildung und Engagement verabschieden⁸. Was als politische Polarisierung oder Krise der Demokratie beschrieben wird, lässt sich durchaus auch als eine dringend notwendige Repolitisierung nach langer Zeit einer exekutiven Entkernung des Politischen⁹ verstehen. Um die grundlegenden Fragen der Gestaltung des Gemeinwesens wird wieder gestritten. Gegenwärtig zwar derart erbittert, dass wir uns fragen, ob sich der Streit überhaupt noch in den Bahnen demokratischer Prozeduren und des ihnen zugrundeliegenden „Code of Conduct“ bewegt, doch grundsätzlich gilt: Genau dieser Streit um normative Grundlagen und politische Gestaltung ist das Lebenselixier der demokratischen Ordnung.¹⁰ Das Politische ist zurückgekehrt

– und damit die Konfrontation. Konflikt ist der Normalfall der Demokratie. Es gibt kein dem Streit vorgelagertes selbst unstrittiges „Gemeinwohl“, das politisch nur aufgefunden und dann noch „umgesetzt“ werden müsste. Was dieses „Gemeinwohl“ als das demokratische „Allgemeine“ sein kann, lässt sich nur in Auseinandersetzungen ermitteln. Mit Blick auf demokratische Konflikte spricht man gegenwärtig häufig von „Aushandlungsprozessen“¹¹. Damit wird einerseits die prinzipielle wechselseitige Anerkennung der Verhandlungspartner¹² und andererseits die Bedeutung eines die Aushandlungen anleitenden und rahmenden rechtsstaatlichen Regelwerks betont. In demokratischen Aushandlungsprozessen werden allerdings nicht einfach feststehende und unveränderliche Präferenzen (oder „Interessen“) von Individuen oder Gruppen zur Geltung kommen. Nicht wenige politische Akteure handeln entgegen der ihnen von außen zugeschriebenen (etwa ökonomisch motivierten) Interessen – wie ein Blick auf das sozialpolitische Programm der AfD lehrt. Präferenzen der verschiedenen Individuen und Gruppen beeinflussen und verändern sich in Aushandlungsprozessen. Erst im Rahmen dieser Prozesse bildet sich ein demokratisch Allgemeines und Gemeinsames.

Die Grenzen legitimer Positionen in demokratischen Aushandlungsprozessen liegen dort, wo dem Aushandlungspartner prinzipiell die Gleichwertigkeit abgesprochen wird: im Falle eines manifesten Rassismus oder dort, wo Aushandlungsregeln unterlaufen werden, wie im Falle von Gewaltanwendung. Aber auch diese Grenzbestimmungen sind nicht selten umstritten – und die Versuchung, unliebsame Positionen aus dem Spektrum des diskursiv Akzeptablen zu exkludieren, wird immer im Raum stehen. Restriktionen der Auseinandersetzung sind oft mit einem Anspruch verbunden, der durch politische Rhetorik unterbaut wird: Wenn die einen für „Weltoffenheit“ plädieren, sind die anderen die Partei der „Abschottung“. Dies sind nur zwei Beispiele für Mobilisierungsbegriffe, die Exklusionsdynamiken in Gang setzen können.

Die politische Sprache des Konflikts ist selbst zum Gegenstand des Konflikts geworden

Dies gilt umso mehr, weil politische Konfrontation – und damit auch der politische Wettbewerb – entlang von Themenstellungen verläuft, die wir uns nicht aussuchen können und mitunter lieber vermeiden möchten. Fragen von Zuwanderung, kulturellen Identitäten und Integration sind nicht erst seit 2015, seitdem aber in wachsendem Ausmaß die entscheidende gesellschaftliche Bruchlinie („Cleavage“)¹³, an der entlang der politische Konflikt ausgetragen wird. Der Gegensatz zwischen kosmopolitisch-universalistischen Positionen einerseits und partikularistischen, auf den national verfass-



ten Sozialstaat und national oder territorial gefasste kulturelle Identitäten bezogenen Positionen bestimmt den politischen Wettbewerb.¹⁴ Der englische Publizist David Goodhart spricht plakativ von der gesellschaftlichen Spaltung zwischen den „Somewheres“ und den „Anywheres“, da die einen lokal verankert und in zunehmend prekäre und rapide erodierende Solidaritätskulturen eingebunden sind, während die anderen gut ausgebildet, mobil und polyglott sind – hier die „Globalisierungsgewinner“, dort die „Globalisierungsverlierer“.¹⁵ In dieser sozialen Spannung sind politische Programme attraktiv, die kulturelle „Identitäten“ adressieren, etwa in Form einer „Leitkultur“, die nicht mehr in erster Linie das Recht auf Differenz für ethnische Minderheiten betont, sondern das Recht einer „Mehrheit“ einfordert.¹⁶

In diesen Konfliktlinien liegt ein Anknüpfungspunkt für populistische Politikmuster. Daher kann die Reaktion auf gesellschaftliche Polarisierung nicht nur und nicht einmal in erster Linie in Grenzziehungen liegen. So wichtig Abgrenzungen gegen Gewalt, Rassismus und politischen Extremismus sind, diese Abgrenzungen betreffen in erster Linie die „Angebotsseite“ des Politischen. Was aber ist mit der politischen „Nachfrageseite“?¹⁷ Sicherlich bedarf es sorgfältiger Überlegungen, wie demokratische Akteure, und damit auch die Kirchen, extremistischen Inszenierungen des Politischen entgegenreten können, mit wem man wann und unter welchen Umständen sprechen sollte und mit wem nicht. Doch wenn man sich darauf konzentriert, übersieht man die Aufgabe, zu verstehen, warum populistische Politik für Wählerinnen und Wähler attraktiv ist. An dieser Stelle kommt den Kirchen als politischen Akteuren, und mit ihnen besonders auch den kirchlichen Werken und Verbänden, eine wichtige Rolle zu.

(40-42), S. 4–11. URL: <http://www.bpb.de/apuz/234693/repraesentation-in-der-krise>; und Merkel, W. (2015): Demokratie und Krise. Springer VS, Wiesbaden.

⁸ Bei den Landtagswahlen sieht es allerdings deutlich anders aus, hier war Brandenburg mit der Landtagswahl des Jahres 2014 mit einer Wahlbeteiligung von 47,9% am unteren Ende.

⁹ Vgl. Wöhl, S. (2016): Demokratie in Zeiten multipler Krisen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 66 (40-42), S. 42–46. URL: <http://www.bpb.de/apuz/234693/repraesentation-in-der-krise>.

¹⁰ Das Konzept einer „agonalen“, von Differenz bestimmten Demokratie wird seit vielen Jahren von C. Mouffe vertreten. Vgl. etwa C. Mouffe/Barth, R. (2014): Agonistik. Suhrkamp, Berlin.

¹¹ Der Terminus bestimmt besonders die sog. „deliberativen“ Konzepte von Demokratie, vgl. etwa Schmidt, M. G. (2010): Demokratietheorien. Wiesbaden, S. 236–253.

¹² Die empirische Policy-Forschung thematisiert allerdings die unweigerlich asymmetrischen Verhandlungspositionen, die auf unterschiedliche Machtressourcen beruhen. Zur „Machtres-



sourcentheorie“ vgl. etwa Ebbinghaus, B. (2015): *Machtressourcentheorie und Korporatismusansatz*. In: Wenzelburger, G./Zohlnhöfer, R. (Hrsg.): *Handbuch Policy-Forschung*. Wiesbaden, S. 54–79.

¹³ Das aus der Wahlforschung stammende Konzept der „Cleavages“ mit Bezug auf Lipset, S. M./Rokkan, S. (1967): *Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments: An Introduction*. In: Lipset, S. M./Rokkan, S. (Hrsg.): *Party Systems and Voter Alignments*. New York, S. 1–64. Aktuell bei: Kriesi, H. (2012): *Political conflict in Western Europe*. Cambridge.

¹⁴ Merkel, W. (2016): *Bruchlinien. Kosmopolitismus, Kommunitarismus und die Demokratie*, in: *WZB Mitteilungen* 154, S. 11–14. URL: <https://www.wzb.eu/publications/wzb-mitteilungen/nr-154-offen-abgeschottet>.

¹⁵ Dazu vgl.: Goodhart, D. (2017): *The road to somewhere*. London; Goodhart, D. (2015): „Postliberalismus“ oder ein Plädoyer für einen populären Liberalismus.

II. Die Rolle der Kirchen zwischen „Konsens und Konflikt“

Wie nur wenige Akteure im gesellschaftlichen Raum sind die Kirchen, flächendeckend an der sozialen Basis verankert. In ihren verschiedenen institutionellen Gestalten, ihren diversen und Arbeits- und Partizipationsformen sind die Kirchen, trotz abnehmender Mitgliederzahlen, auf allen Ebenen der politischen Ordnung präsent (als verfasste Kirche, als Diakonie, in einer Vielzahl weiterer Werke und Verbände, durch umfassendes ehrenamtliches Engagement, Einbindung in sozialstaatliche Arrangements, in Bildungsangeboten und Lebensbegleitung). Dies macht ihre politische Relevanz aus. Entscheidend ist die sozialräumliche Verankerung der kirchlichen Einrichtungen – alle anderen Präsenzformen sind davon abgeleitet. Eine sozial mehr und mehr entbettete Kirche wäre trotz stabiler religionsverfassungsrechtlicher Arrangements kaum noch ein politisch relevanter Akteur: das individuell gelebte und das kirchlich verfasste sowie öffentlich präsente evangelische Christentum sind eng miteinander verknüpft, ja aufeinander angewiesen.¹⁸

Die Trias¹⁹ eines dreifach differenzierten Politikbegriffes kann hilfreich sein, um die Rolle der Kirchen in der politischen Arena genauer zu beschreiben. Folgt man der Differenzierung in *Polity* (Grundfragen der politischen Form), *Policy* (inhaltlich bestimmte Politiken) und *Politics* (Prozesse des politischen Wettbewerbs), dann ist festzustellen, dass die Kirchen in Debatten um die normativen Grundlagen des Gemeinwesens (*Polity*) be-

deutsam sind, was etwa besonders in Debatten um Anfang und Ende des Lebens deutlich wird. Auch in bestimmten Policyfragen wird die Stimme der Kirchen wahrgenommen, in Politikfeldern wie Sozialpolitik oder Entwicklungspolitik, bei Fragen von Nachhaltigkeit, Frieden und Rüstung. Wenn Kirchen allerdings als Akteure im Feld der Politics auftreten und als parteilich im Sinne des politischen Wettbewerbs auftreten, wird ihre Rolle vielfach kritisch bewertet.

Der Vorwurf, dass in der evangelischen Kirche ein „linksliberales Establishment“ den Ton angibt, ist nicht neu. Eine jüngst vorgelegte empirische Analyse der Verortung von der EKD-Denkschriften im politischen Spektrum kommt zu dem Schluss: „Die substanziellen Beiträge der EKD-Denkschriften zur öffentlichen Debatte in der deutschen Zivilgesellschaft liefern stets auch parteipolitische Positionierungen mit. Über alle Politikfelder hinweg betrachtet erfassen unsere Messungen eine EKD, die zwar nicht – wie manche ihrer Kritiker unterstellen – politisch ‚linksaußen‘ zu verorten ist, deren Nähe zur SPD und den Grünen im Links-Rechts-Kontinuum der deutschen Innenpolitik aber groß ist.“²⁰ Diese hier auf die Denkschriften bezogene Wahrnehmung dürfte auch für die Stellungnahmen zu den oben als entscheidend identifizierten Politikfeldern von Zuwanderung, Identitäten, Integration gelten. Was von den Kirchen selbst als menschenrechtlich basierte und in der Mitte des Evangeliums verankerte „Advocacy“ für besonders schutzbedürftige Menschen gemeint ist, wird in der Wahrnehmung polarisierter politischer Öffentlichkeiten als

Parteilichkeit im politischen Prozess gewertet – und je nach Präferenz des Urteilenden begrüßt oder verworfen.

Unter den Bedingungen eines rapiden sozialen Wandels erscheinen die Kirchen als Wandlungsbeschleuniger. In den politischen Auseinandersetzungen haben kirchliche Stellungnahmen den Effekt einer Moralisierung des Politischen²¹ – und bewirken damit faktisch eine Entpolitisierung: um das, was moralisch eindeutig ist, muss und darf nicht mehr gestritten werden.

Dies gilt erst recht auch innerhalb der Kirchen: Eine starke Homogenisierung der Synoden hat dazu geführt, dass in entscheidenden Politikfeldern kaum innerkirchliche Debatten geführt werden. Das *Unbehagen an einer Aushöhlung des demokratischen Konflikts* ist auch innerhalb der Kirchen selbst spürbar.

Auf diese Problemstellungen bezieht sich ein im Spätsommer 2017 publizierter Text der Kammer für Öffentliche Verantwortung, auf den hier knapp eingegangen werden soll. „Konsens und Konflikt. Politik braucht Auseinandersetzung. Zehn Impulse der Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD zu aktuellen Herausforderungen der Demokratie in Deutschland“²², so der Titel des Textes will programmatisch als „Impulspapier“ wahrgenommen werden. Der Text will Anstöße geben, bislang höchst unübersichtliche und uneindeutige Debatte-entlagen wahrzunehmen, zu beschreiben und zu verstehen. Der Text formuliert entschieden mehr Fragen als Antworten.

Innerhalb eines theologischen Rahmens, der durch eine Rechtfertigungstheologische Grundlegung am Anfang und eine ekklesiologische Selbstverpflichtung der Kirchen am Ende gezogen wird, erschließt der Text die demokratische Ordnung als ein Ensemble von Prozeduren, die unter den Bedingungen eines weiter steigenden gesellschaftlichen Pluralismus ein Zusammenleben in Differenz ermöglichen sollen. Dies können die demokratischen Verfahren allerdings nur erbringen, wenn sie eingebettet sind in ein Gefüge von kulturellen Ermöglichungsbedingungen, das heißt in „entgegenkommende Lebensformen“²³ – freilich ohne der Illusion gesellschaftlicher Homogenität zu verfallen. Besonderes Augenmerk widmet der Text dem heiklen Problem, wie eine Gesellschaft gleicher Freiheit auf die Wiederkehr von Fragen der Zugehörigkeit reagieren kann. Nicht von ungefähr ist Impuls 5. „Wer ist zugehörig?“ die Mitte und in gewisser Hinsicht auch inhaltliche Achse des Textes. Der menschenrechtliche Universalismus einer liberalen Ordnung bleibt mit den immer partikularen Funktionsbedingungen des Politischen auszutarieren. Nur umgrenzte politische Ordnungen sind überhaupt funktionsfähig. Sie sind nötig, ge-

rade um die vorpolitischen universalen und unteilbaren Menschenrechten zu politischer Wirksamkeit zu bringen. Diese „republikanische“ Dimension des Demokratiebegriffes ist in den jüngeren deutschen Debatten häufig übersehen worden. Gerade in der Perspektive der politischen Ethik ist hervorzuheben, dass die Frage nach der Funktionsfähigkeit der politischen Ordnung und dem umgrenzten Raum politischer Gestaltung keineswegs „unmoralisch“ ist. Gerade weil die Spannung zwischen den grenzüberschreitenden oder gar globalen Problemen und den nationalstaatlich begrenzten Bearbeitungsinstrumenten so drängend ist, behindert eine moralische Überdeterminierung des Politischen die Suche nach Lösungen eher als dass sie sie fördert. Vor allem dies bringt der Text in den gegenwärtigen Debatten zur Geltung. Auf eine soziale und politische Polarisierung kann das politische System und können auch die Kirchen nur mit *erhöhter Responsivität* angemessen reagieren.

III. Die Ambivalenz der Zivilgesellschaft

In repräsentativen Demokratien sind vor allem die politischen Verfahren das Politische. Wahlen, die über den Transmissionsriemen der politischen Parteien gesellschaftliche Präferenzen und Interessen bündeln, politische Mehrheiten organisieren und damit politische Entscheidungen und effektives Regieren ermöglichen sind sicher das wichtigste dieser Verfahren. Andere Arrangements, wie direktdemokratische Prozeduren, sind damit nicht ausgeschlossen. Aber repräsentative Verfahren sind nur funktionsfähig, wenn sie eingebettet²⁴ sind in eine politische Kultur, in einen nicht kodifizierten und gleichwohl unerlässlichen Horizont der Funktionsbedingungen der Demokratie. In Deutschland hat sich die demokratische Ordnung seit der Nachkriegszeit so erstaunlich robust und leistungsfähig gezeigt, mit Differenz umzugehen, dass kein Anlass zu Homogenitätsphantasien besteht. Die Frage nach einem verbindenden demokratischen Allgemeinen bleibt allerdings auf der Tagesordnung. Im Sommer 2018 war dies etwa der Subtext der Debatte um eine allgemeine Dienstpflicht.

Wo es um die Einbettung der Demokratie geht, kommen auch die Kirchen als politische Akteure in den Blick. Demokratie ist angewiesen auf leibhafte Praktiken und die Kopräsenz von Bürgerinnen und Bürgern – in Zeiten der Digitalisierung und Virtualisierung der Politischen mehr denn je. Hier liegt der Resonanzraum der politischen Kernprozesse, in dem Partizipation eingeübt wird. Dabei geht es nicht nur um „Vor“-Bedingungen demokratischer Partizipation, sondern auch um das, was Paul Nolte „postrepräsentative“ politische Praktiken einer „multiplen Demokratie“ genannt hat²⁵ – also Beteiligungsformen der Bürgergesellschaft, die umso wichtiger werden, je komplexer politische Entscheidungen werden und je mehr Menschen durch poli-

URL: library.fes.de/pdf-files/id/ipa/12384.pdf; Appadurai, A. (2009): *Die Geographie des Zorns*. Suhrkamp, Frankfurt am Main; Mishra, P. (2017): *Das Zeitalter des Zorns*. Frankfurt am Main; zur Deutung der Gegenwart als „Age of Insecurity“ vgl. aus US-Perspektive: Inglehart, R. (2018): *The Age of Insecurity*. In: *Foreign Affairs* 97 (3), S. 20–28.

¹⁶ Zum Versuch eines Ausgleichs zwischen Mehrheits- und Minderheitsrechten im Rahmen eines liberalen Konzepts vgl.: Orgad, L. (2017): *The cultural defense of nations*. Oxford; auch: <https://verfassungsblog.de/author/liav-orgad/>.

¹⁷ Diese Betonung der „Angebotsseite“ auch in einem viel beachteten Beitrag des Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, A. Voßkuhle. Vgl.: Voßkuhle, A. (2017): Ein Populist ist ein Gegner der Demokratie, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (23.11.2017). URL: <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/bundesverfassungsrichter-vosskuhle-und-sein-rezept-gegen-populismus-15304961.html>.

¹⁸ Vgl.: Anselm, R./Albrecht, C. (2017): *Öffentlicher Protestantismus*. Zürich.

¹⁹ Dazu etwa von Alemann, U. (1995), *Grundlagen der Politikwissenschaft*, Wiesbaden.

²⁰ Thieme, D./Liedhegener, A. (2015): „Linksaußen“, politische Mitte oder doch ganz anders? In: *PVS* 56 (2), S. 240–277, S. 270.

²¹ Kritisch dazu vgl.: Joas, H. (2016): *Kirche als Moralagentur?* München.

²² *Evangelische Kirche in Deutschland* (2017): *Konsens und Konflikt*. URL: <https://www.ekd.de/Konsens-und-Konflikt-Politik-braucht-Auseinandersetzung-27676.htm>.

²³ Vgl.: Habermas, J. (2009): *Treffen Hegels Einwände gegen Kant auch auf die Diskursethik zu?* In: *Diskursethik (Philosophische Texte, Studienausgabe*

in fünf Bänden/J. Habermas, 3), Frankfurt am Main, S. 116–140.

²⁴ W. Merkels Konzept der „eingebetteten Demokratie“ unterscheidet ökonomische Voraussetzungen/soziale Gerechtigkeit, Zivilgesellschaft, Staatlichkeit als Voraussetzungen und fünf demokratische Teilregime:
1. Wahlregime;
2. Politische Freiheiten;
3. Bürgerliche Rechte;
4. Horizontale Verantwortlichkeit; 5. Effektive Regierungsgewalt. Vgl.: Merkel, W. (2013): Vergleich politischer Systeme: Demokratien und Autokratien, In: Schmidt, M.G./Wolf, F./Wurster, S. (Hrsg.): Studienbuch Politikwissenschaft, Wiesbaden, S. 207–236, S. 220.

²⁵ Vgl.: Nolte, P. (2011): Von der repräsentativen zur multiplen Demokratie. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (1-2), S. 5–12. URL: www.bpb.de/system/files/pdf/XN1V9Q.pdf.

²⁶ Vgl.: Schmidt, M. G. (2010): Demokratietheorien. Wiesbaden, S. 244–245.

²⁷ Zivilgesellschaft hier in einem trisektoralen Gesellschaftsmodell als Gesamtheit der „intermediären Institutionen“ verstanden, die als freiwillige Assoziationen weder am Markt agieren, noch Teil staatlichen Handelns sind. Zur „dunklen Seite der Zivilgesellschaft“ vgl.: Geiges, L./Marg, S./Walter, F. (2015): Pegida. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft? Berlin/Bielefeld.

²⁸ So zuletzt im Bericht des Pew Research Centers „Being Christian in Western Europe“. Vgl.: Pew Research Center (2018): Being Christian in Western Europe. URL: <http://assets.pewresearch.org/wp-content/uploads/sites/11/2018/05/14165352/Being-Christian-in-Western-Europe-FOR-WEB1.pdf>.



tische Entscheidungen berührt werden. Keineswegs darf man dabei einer Beteiligungsromantik verfallen, Konzepte deliberativer Demokratie²⁶ kranken nach allem, was sich empirisch dazu sagen lässt, an einer ausgesprochen hohen sozialen Selektivität. Es sind in der Regel die gut ausgebildeten und materiell auskömmlich gestellten Bürgerinnen und Bürger, die sich beteiligen. Die „Repräsentationslücke“ lässt sich so kaum schließen. Auch zivilgesellschaftliche Gruppen sind keine Rettungsanker der Demokratie. Sie haben selbst keine demokratische Legitimation und agieren, wie man auch am Beispiel der Kirchen studieren kann, nicht selten als Interessengruppen mit starken organisationalen Eigeninteressen. Umso wichtiger sind gesellschaftliche Organisationen, Institutionen, Sozialformen mit hoher Inklusivität. Hier insbesondere sind und bleiben die Kirchen und die kirchlichen Werke und Verbände bedeutende Akteure.

Ein normativ aufgeladener Zivilgesellschaftsdiskurs, der davon absieht, dass mit Pegida und Co. nun auch die Ambivalenz der „Zivilgesellschaft“²⁷ auf der Hand liegt, ist kontraproduktiv. Nach manchem, was wir wissen, sind die Vorbehalte gegenüber forciertem sozialem Wandel auch in der Mitgliedschaft der evangelischen Kirche in erheblichem Maße ausgeprägt.²⁸

Trotzdem können kirchliche Werke und Verbände *Erkundungs- und Resonanzräume für demokratisches Engagement* sein – vielleicht sogar anders als die verfasste Kirche selbst, die in ihrer Form als staatsaffine Großorganisation in gewisser Hinsicht gefangen ist. In den Rahmen dieser Rolle der Werke und Verbände als Resonanzraum gehört auch, dass sie der Kirche und dem politischen System ein kritisches Gegenüber sein können, dass in ihnen die Lust am Streit und Ermutigung zur Auseinandersetzung gepflegt wird. Sie sind Akteure demokratischer Responsivität – und genau diese wird in Zeiten der Polarisierung mehr gebraucht als alles andere.

» Die Digitale Transformation zivilgesellschaftlicher Kommunikation – Theologisch-sozialethische Perspektiven

I. Der zivilgesellschaftliche Kern

Seit rund zwanzig Jahren versteht sich die evangelische Kirche immer weniger als eine staatsanaloge, sondern als eine „intermediäre Institution“¹ der Zivilgesellschaft. In dieser Perspektive meint „Zivilgesellschaft“ einen Ort jenseits der Handlungssphären von Privatsphäre/Familie, Markt und Staat. Durch die Abgrenzungen zu diesen drei Bezugsgrößen ist der Begriff der Zivilgesellschaft prägnant zu bestimmen:

Im Gegenüber zur familiären Privatsphäre steht „Zivilgesellschaft“ für ein Handeln in einer Öffentlichkeit, in der die gesellschaftlichen Entwicklungen diskursiv ausgehandelt werden. Im Gegenüber zum Wettbewerb der Märkte bedeutet „Zivilgesellschaft“ wesentlich ein gemeinwohlorientiertes Engagement, das nicht vom Streben nach Gewinn geleitet ist. Schließlich lässt sich Zivilgesellschaft als Freiwilligkeit des Engagements gegenüber dem staatlichen Handeln, das auf Rechte und Pflichten fußt, charakterisieren.

Für eine derart umrissene Zivilgesellschaft ist es entscheidend, dass in ihr normative Grundlagen des gesellschaftlichen Zusammenhalts verhandelt und durch das Engagement von Einzelnen und Organisationen auch realisiert werden. Freiwilliges bürgerschaftliches Engagement zielt auf die Weiterentwicklung des Gemeinwesens durch freien Austausch von Ideen und Vitalisierung der öffentlich-offiziellen Diskurse über das Gemeinwohl. Demzufolge kann die Zivilgesellschaft als *eine sowohl ökonomisch wie auch staatlich unabhängige Form zur „Artikulation des Willens zur Reform“² der Gesellschaft* bezeichnet werden.

II. Das veränderte Gefüge der zivilgesellschaftlichen Organisationen

Zivilgesellschaftliche Entwicklungen werden von einer Vielzahl von Akteuren bestimmt, darunter auch von den Kirchen und religiösen Gemeinschaften. Die Zeit seit dem Ende der 1960er Jahre war geprägt von einem Boom sozialer Bewegungen mit gesellschaftspolitischen oder allgemein lebensreformerischen Zielen, zum Beispiel die Friedens-, die Umwelt-, die Dritte-Welt- oder die neue Frauenbewegung. In der Rückschau wird heute vom Entstehen der *neuen* sozialen Bewegungen gesprochen, denn im größeren historischen Bogen lassen sich

auch Religionsgemeinschaften als soziale Bewegungen verstehen. Auch die neuen Bewegungen zielen – wiederum im Unterschied zu den sozialen Bewegungen des 19. und des frühen 20. Jahrhunderts – nicht allein und unter Umständen nicht einmal vorrangig auf die Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen, sondern richten sich nach postmaterialistischen Prinzipien. Aufgrund der starken normativen Orientierungen vieler dieser neuen sozialen Bewegungen rückten sie nahezu unweigerlich in den Focus der christlichen Kirchen, da diese ihre traditional bestimmten Leitbilder und Handlungsformen in Frage gestellt sahen. Es entstanden komplizierte Konkurrenz- und Kooperationsverhältnisse zwischen kirchlichen Akteuren und den neuen Social Entrepreneurs. Mit dem Aufkommen der neuen sozialen Bewegungen konnte sich die bundesdeutsche Zivilgesellschaft pluralisieren, im neuen Format wirksam werden.³

Die Evangelische Kirche versteht ihre Rolle und ihr Agieren in der Zivilgesellschaft im Sinn einer „anwaltschaftlichen“ Haltung, denn sie viertritt gemeinwohlorientierte Positionen, wie den Sonntagsschutz oder das Eintreten für Anliegen der Familien, und engagiert sich für gesellschaftliche Randgruppen und Benachteiligte. Im Vergleich zu früheren Stellungnahmen der EKD zu dieser Thematik⁴ findet die Denkschrift „Das rechte Wort zur rechten Zeit“ (2008) klare Worte und expliziert, dass Diskurse über Gesellschaftsprobleme „nicht [nur] als Interessenabgleich zwischen den Größen ‚Staat‘ und ‚Kirche‘ (...), sondern als Teil einer breit angelegten Kommunikation“⁵ zu verstehen sind. Diese auf einen breiten Diskurs angelegte, nunmehr notwendigerweise „pluralismustaugliche“ Haltung der evangelischen Kirche entspricht der eingangs skizzierten Selbstverortung in der Zivilgesellschaft.

III. Das zivilgesellschaftliche Kommunikationsformat ändert sich

Eine neue Entwicklungsphase der Zivilgesellschaft ist seit ca. zehn Jahren durch die zunehmende Bedeutung der digitalen Kommunikation zu verzeichnen. Zivilgesellschaft verändert sich einer grundlegender Weise und Theologie und Kirche sind erneut



Prof. Dr. Traugott Jähnichen

Lehrstuhl für Christliche Gesellschaftslehre
Evangelisch-Theologische Fakultät

Ruhr-Universität Bochum

traugott.jaehnich@ruhr-uni-bochum.de

¹ Huber, W. (1999): Kirche in der Zeitenwende. Gütersloh, S. 267.

² S. o. A., S. 272

³ Damberg, W./Jähnichen, T. (Hrsg.) (2015): Neue soziale Bewegungen als Herausforderungen sozialkirchlichen Handelns. Stuttgart, S. 19ff.

⁴ Vgl. etwa: Rat der EKD (1970): Aufgaben und Grenzen kirchlicher Äußerungen zu gesellschaftlichen Fragen. Gütersloh.

⁵ Rat der EKD (2008): Das rechte Wort zur rechten Zeit. Gütersloh, S. 23.



Proteste für Frauenrechte in Warschau am 3. Oktober 2018

herausgefordert, sich auf neue Bedingungen einzustellen. Neben neuen Themen sind es vor allem die sich verändernden Kommunikationsformen selbst, die theologisch-ethische Fragen aufwerfen. Es sind nicht nur die Medien, sondern das von intermediären Akteuren gespeiste Kommunikationssystem selbst, das sich in einem grundlegenden Wandel befindet. Mit den digitalen Plattformen etwa sind auch neue institutionelle Arrangements entstanden – bestimmt von neuen, durchaus ökonomisch motivierten Akteuren und „unter legitimierender Mitwirkung ihrer Nutzer.“⁶ Neue Institutionen steuern mittels Algorithmen sehr effektiv und weitgehend intransparent den Zugang und teilweise auch die Verbreitung von Informationen, die auf die Meinungsbildung sowie auch auf Entscheidungsprozesse einen weitreichenden Einfluss haben. Dies prägt die öffentlichen, zivilgesellschaftlichen Kommunikationskanäle massiv, zum Beispiel die Kommunikation über Wahlentscheidungen, in einer neuen Art und Weise.

Die als Digitalisierung gefassten Veränderungen lassen sich weder im Rahmen eines Fortschritts- noch eines Verfallsschemas erfassen, sie sind zunächst einmal in ihrer Widersprüchlichkeit wahrzunehmen:

In den sozialen Netzwerken ist die klassische Trennung von Sendern und Empfängern aufgehoben, die Teilhabe aller an zivilgesellschaftlicher Kommunikation wird dadurch erleichtert. Eine relativ günstige Verfügbarkeit entsprechender Endgeräte und eine – zumindest vordergründig – kostenlose Nutzung der Netzwerke erlaubt einer Vielzahl an Kommunikationsteilnehmern miteinander zu interagieren. Hierarchisch geprägte Diskurse werden im Netz zum Teil unterlaufen und so spielen zum Beispiel die klassischen „Gatekeeper“ der in die Jahre gekommenen Massenmedien und ihre Expertise bei der Sortierung, Einordnung und Überprüfung von Informationen in sozialen Netzwerken besten-

falls eine untergeordnete Rolle. Hier sind es „neue intransparent(e) (...) gatekeeper“⁷, die Informationen algorithmisiert vorfiltern.

Da bei den Netzwerken Werbe-Etats eine zentrale Rolle spielen, die nach der Höhe der erzielten Aufmerksamkeit ausfallen, kursiert zwangsläufig viel „Sensationalisiertes, Zugespitztes, Radikales“⁸. Je stärker Beiträge emotionalisieren, popularisieren, skandalisieren und dadurch Empörung hervorrufen, umso größer ist die Wahrscheinlichkeit ihrer schnellen und massenhaften Verbreitung. Die Logik der Netzkommunikation zielt eher auf das „Interessante“ und weniger auf das „Wichtige“, es sind vor allem emotionale Komponenten der Kommunikation, die im Netz strapaziert werden. Obwohl sich gemeinwohlorientierte Ziele im Netz in einer nie dagewesenen Breite und Direktheit auswirken können, beugen sie sich doch auch dem Primat des Emotionalisierten, was einerseits die Kampagnefähigkeit erhöht, andererseits aber weniger sachgerecht ist. Angesichts der emotionalisierenden Themen und Formen im Netz scheint es, so prägnant Pörksen, vor allem ein Ort der „großen Gereiztheit“ und „kollektiven Erregung“ zu sein. So werden Personen des öffentlichen Lebens, Politikerinnen, Prominente oder auch Aktivisten der Zivilgesellschaft, mit allen möglichen ungeschickten und zum Teil auch unüberlegten Äußerungen und Verhaltensweisen umgehend kommentiert und geteilt, was in wenigen Fällen der Klärung dient, aber leicht die Persönlichkeitsrechte verletzt.

Neben der Emotionalisierung der digitalen Kommunikation ist ihre Kontextunabhängigkeit kennzeichnend: In der Regel werden ohne Rücksicht auf einen Ursprungskontext Informationen weitergegeben. Die Quantität der Aufmerksamkeit erzeugt eine scheinbare Evidenz, doch ist die Kommunikation in sozialen Netzwerken von starken Verzerrungen geprägt.

Wenn die Kontextabhängigkeit von Aussagen oder Verhaltensweisen ausgeblendet wird (quasi durch Schnappschüsse), lassen sie sich kaum adäquat erfassen.

Vermutlich erklärt die Nivellierung von Kontexten den Befund, dass im Netz falsche Nachrichten mit einer 70%igen Wahrscheinlichkeit eher geteilt und breiter gestreut werden als zutreffende Nachrichten. Dieser Wirkmechanismus ist günstig für all diejenigen, die durch Manipulationen und „Fake News“ die öffentliche Meinung gezielt fehlzuleiten versuchen. „Echokammern“ oder „Filterblasen“ genannte Kommunikationsphänomene werden dadurch verstärkt: Jede/r kann senden, was er/sie für interessant hält, aber auch ausblenden, was der eigenen Wirklichkeitsdeutung widerspricht und sie stört. Persönlich zugeschnittene Informationsfilter erlauben es einfacher als bisher, die eige-

⁶ Jarren, O. (2017): Strukturwandel der Öffentlichkeit unter digitalen Bedingungen. In: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 7/8, S. 46–51, hier: S. 46.

⁷ Pörksen, B. (2018): Die große Gereiztheit. Wege aus der kollektiven Erregung. München, S. 64.

⁸ Lobo, S. (2016): Das Ende der Gesellschaft. Von den Folgen der Vernetzung. Köln, S. 19.

ne Prämissen und Wahrnehmungsmuster sich wiederholen und immer eindrücklicher bestätigen zu lassen. Angesichts dieser problematischen Engführungen kommt es für zivilgesellschaftliche Akteure immer mehr darauf an, die klassischen Informationskriterien der Relevanz, der Glaubwürdigkeit und der Überprüfbarkeit einzufordern und mit den eigenen Kommunikationsformen im Netz ein Vorbild zu sein.

Ferner ist die Sprache im Netz relativ leicht und einfach, was auch durch die Verwendung von Zeichen, Abkürzungen und anderem verstärkt wird. Hinzu kommt die Kürze von Botschaften: Die digitale Kommunikation ist wesentlich auf Schnelligkeit angelegt, was die Informationsverbreitung und -verarbeitung sowie die Recherche zunehmend beschleunigt. Für bestimmte Formen der Kommunikation, wie kurzfristige Verabredungen, Warnungen, Aufrufe oder auch zur basalen Informationsgewinnung ist das sicher hilfreich, doch drängt dieser Modus komplexere und kritische Kommunikationsformen ab, Formen, beruhend auf umfassenden, zeitintensiven Analysen und komplexer, oft konsensorientierter Lösungssuche. Für die Zivilgesellschaft bedeutet dies:

Die Organisation konkreter, relativ eindeutiger Aktionsformen lässt sich zwar immer leichter bewerkstelligen, doch die digitalen Kommunikationsformen erschweren Verständigungen über weiterreichende gesellschaftspolitische Ziele in den Akteursgruppen.

So wussten die Akteure im „arabischen Frühling“, wann man sich schnell zu einer Demonstration einfinden sollte, wo es gefährlich ist und anderes. Man konnte auch noch einfache Botschaften teilen (beispielsweise der Rücktritt eines Diktators), doch halfen die sozialen Medien nicht, sich über politische Ziele zu verständigen.

Die digitale Kommunikation ist auch stark durch die Quantifizierungslogik bestimmt. Das fortwährende Messen und Vergleichen im Rahmen von Rankings oder in Form von Bewertungssternen, -balken und ähnliches hat sich stark intensiviert und bekommt wegen dem neuen Ausmaß an Messungen und der massenhaften Bewertung in den sozialen Netzwerken eine scheinbar nicht zu hinterfragende Plausibilität. In der Regel liegt der Logik des Quantifizierens der Trend zur Optimierung zugrunde und so wird vermutlich die Logik des Wettbewerbs und das Konkurrenzverhalten im Unterschied zur Kooperation gestärkt. Scheinbar objektive Informationen, am besten noch mathematisch ausgedrückt, suggerieren eine hohe Eindeutigkeit, die oft allerdings trügerisch oder gar vortäuscht ist. Zwar intensiviert sich das Selbst- und Fremdvermessen in den sozialen Netzwerken, doch die Klarheit über die Kriterien, nach denen ständig

bewertet und eingeordnet wird, intensiviert sich keineswegs. Die Daten, die das „metrische Wir“⁹ konstituiert, bestimmen immer subtiler, wie Menschen einander einschätzen und anerkennen oder einander ihre Anerkennung verweigern. Nur vermeintlich führt das „Datensammeln (...) zu mehr Objektivität und Orientierung, schafft aber tatsächlich mehr kompetitive Zurichtung.“¹⁰ Die massenhafte Durchdringung der Kommunikation mit metrischer Logik führt dazu, dass auch Unvergleichbares in die Logik der Bewertung und Vergleichbarkeit einbezogen wird. Angesichts der Eindeutigkeit und der Überzeugungskraft quantitativer Daten, gerade in mathematisierten und graphischen Darstellungen, bleiben qualitative Unterschiede oftmals ausgeblendet. Sicherlich sind quantifizierbare Daten in vielen Bereichen der Lebenswirklichkeit sehr hilfreich, nicht nur im Bereich der Ökonomie, sondern etwa in der Medizin, wenn Patientendaten schnell übermittelt und zum Beispiel Mehrfachuntersuchungen unnötig werden. Allerdings darf es nicht zu einem „Imperialismus“ dieser Darstellungsform kommen, der andere Kommunikationsformen, die ein oft mühsames Verstehen des Anderen erfordern, verdrängt. Auch hier ist die Medizin ein gutes Beispiel, da sich Ärzte nicht allein auf objektivierbare Fakten, sondern ebenso auf das subjektive Befinden ihrer Patienten einzustellen haben.

IV. Digitale Potenziale einer kirchlichen Zivilgesellschaft

Angesichts der skizzierten Veränderungen kommt es für zivilgesellschaftliche Akteure darauf an, die Gestaltung der eigenen digitalen Kommunikationsformen ethisch zu reflektieren. Soziale Netzwerke werden eine immer wichtigere öffentliche Arena, in der nicht allein Informationen zirkulieren, sondern in der sich zunehmend Emotionen, Wahrnehmungsmuster, Haltungen, also Angebote zur Weltdeutung entwickeln. Wie aber ist es in einem ausgeprägten Entertainmentumfeld möglich, kontrollierbare Informationen diskursiv, kritisch und eingedenk der Mündigkeit aller erwachsenen Akteure im Netz zu erörtern und dabei sorgfältig mit Affekten und Bewertungen umzugehen? Gefragt ist die klassische Tugend der Wahrhaftigkeit, einer sowohl freimütigen als auch besonnen Kommunikationsweise. So ist stets nach der Relevanz und Proportionalität der sich verbreiternden Informationsflüsse zu fragen, das heißt, die Kriterien, nach denen etwas brisant und trefflich erscheint, müssen transparent, nachvollziehbar und kritisierbar sein. Falls diese Basisvoraussetzungen nicht erfüllt sind, ist nach ethischen Abwägungen im Zweifelsfall auf die Weitergabe von Informationen zu verzichten.

⁹ Vgl. Mau, S. (2017): Das metrische Wir. Über die Quantifizierung des Sozialen. Berlin.

¹⁰ Hamann, F. (2018): Messen und werten. In: Neue Gesellschaft/ Frankfurter Hefte 5, S. 54–56, hier: S. 55.

Die große Gefahr einer Skandalisierung der zivilgesellschaftlichen Kommunikation, um kurzfristige Mobilisierungseffekte zu erzielen, ist unbedingt zu bannen, soll die Glaubwürdigkeit und Relevanz gemeinwohlorientierter Verständigungen, soll dieses Kennzeichen einer lebendigen Zivilgesellschaft nicht zunehmend verspielt werden.

Eine demokratische Öffentlichkeit lebt von dem Engagement und der Verlässlichkeit zivilgesellschaftlicher Akteure. Diese müssen die ethischen Standards¹¹, welche sie von Protagonisten der digitalen Kommunikation, von Influencern, Plattform-Betreiber/innen oder Programmierer/innen einfordern, auch strikt auf sich selbst anwenden.

Doch wie steht es aktuell um eine Ethik der Kommunikation? Ein besonderer Beitrag der Kirchen zur Weiterentwicklung dieser Ethik könnte in Anlehnung an Luthers Auslegungen zum achten Gebot in dem Grundgedanken bestehen, die „Ehre“ des Nächsten zu schützen: Luther hat die Bedeutung der „Ehre“ dort deshalb betont, weil Menschen auf eine öffentliche Wertschätzung und Anerkennung ebenso angewiesen sind wie auf das tägliche Brot. Dies gilt für einzelne Menschen wie für größere Gruppen der Bevölkerung, die damals wie heute häufig durch gruppenbezogene Vorurteile und Abwertungen faktisch aus der Gesellschaft ausgeschlossen wurden beziehungsweise werden. Insofern nimmt der aus heutiger Sicht eher altertümliche Begriff der „Ehre“ vorweg, was sich seit der Aufklärung in den Begriffen der Anerkennung und Achtung bündelt: Jede/r soll in der Kommunikation als gleichwertiges Gegenüber anerkannt und geachtet werden. Die theologisch in der Gottebenbildlichkeit des Menschen begründete Würde ist wesentlich kommunikativ zu schützen, da kommunikative Akte der Abwertung anderer Menschen in aller Regel realer Ausgrenzung und Verfolgung vorangehen. Zudem ist es nach Martin Luther ein Übergriff in den Bereich göttlichen Richtens, wenn sich in der Alltagskommunikation Menschen zu Richtern über andere Menschen erheben: „Und wenn sie (die „Afterredner“) ein Stücklein von einem anderen wissen, so tragen sie es in alle Winkel und haben eine Freude daran, eines andern Schmutz aufzuwühlen, wie die Säue, die sich im Kot wälzen und mit dem Rüssel darin wühlen. Das ist nichts anderes, als Gott in sein Amt und Gericht fallen und mit dem schärfsten Urteil urteilen und strafen.“¹²

Eine theologisch begründete Ethik der Kommunikation beinhaltet sowohl, dass wir Mitmenschen nicht herabsetzen, als auch, dass sie sich auf uns verlassen können. Der „Ruf“ beziehungsweise die „Ehre“ eines Menschen ist sehr labil und verletzlich, weswegen nicht nur die harte Konfrontation oder gar das sogenannte „hate speech“, sondern auch beiläufige und subtile Herabsetzungen die

Kommunikationskultur nachhaltig unterminieren. Leider scheinen derzeit in den sozialen Netzwerken die Hemmschwellen für Verletzungen weiter abgesenkt zu werden. Die Forderung nach einer Praxis des Schutzes der „Ehre“ des Nächsten ist hochaktuell.

Zudem ist in einer neuen Weise ethisch nach der Legitimation zum Sprechen zu fragen: Öffentliches Reden sollte nach Luthers Interpretation immer an eine öffentlich legitimierbare Funktionalität des Redners geknüpft sein, beispielsweise indem der Redner in einer Gerichtssituation zu einer wahrhaften Aussage verpflichtet ist oder – von diesem Gedanken abgeleitet – sich als Journalist in der Neuzeit einem ähnlichen Ethos verpflichtet weiß. Da in der digitalen Kommunikation die Rollen von Sendern und Empfängerinnen austauschbar und nahezu alle Teilnehmer/innen öffentliche Kommunikator/innen geworden sind, stellt sich die Frage nach der Legitimation öffentlichen Redens in veränderter Form. Die Einladungen zu Kommentaren, Bewertungen oder der Weiterleitung von Informationen sind inflationär, weswegen ein *Ethos der Selbstbegrenzung* einzufordern ist; ein Ethos, das sich nach der jeweiligen Kompetenz, Relevanz und damit Legitimation zum Sprechen fragen lässt. Das Übermaß und der oft fehlende Sachbezug in den sozialen Netzwerken untergräbt die öffentliche Debattenkultur und sollte zivilgesellschaftliche Akteure viel mehr dazu veranlassen, dagegen vorzugehen, auch mit einer eigenen besonneneren Kommunikationskultur.

Die zivilgesellschaftliche Öffentlichkeit wird sich durch soziale Netzwerke weiter umformatieren und pluralisieren. Zivilgesellschaftliche Akteure und insbesondere die Kirchen sind herausgefordert, in einer verantwortlichen Weise von den Chancen der neuen Kommunikationskultur Gebrauch zu machen, gleichzeitig aber durch ihre eigene Präsenz im Netz dort auf problematische Konsequenzen aufmerksam zu machen und diese nach Möglichkeiten einzugrenzen. Bestimmte Formen der Herabwürdigung Anderer oder die Weitergabe falscher Informationen müssen – etwa im Sinn des Projekts „Netzteufel“ (siehe den Beitrag von Kristina Herbst in diesem Heft) – publik gemacht und kritisiert werden. Durch solche und andere Modelle einer exemplarischen Praxis können kirchliche Akteure zu einer ethisch reflektierten Gestaltung der digitalen Kommunikation beitragen und somit wichtige Gestaltungsimpulse setzen.

¹¹ Vgl. Wunden, W. (2001): Netzwerk Medienethik – ein Experiment. In: Dräger, C./Schneider, N. (Hrsg.): Medienethik. Freiheit und Verantwortung. FS zum 65. Geb. von Manfred Kock, Stuttgart/Zürich, S. 319–332.

¹² Luther, M. (1930): Großer Katechismus. Das achte Gebot. In: Bekenntnisschriften der evangelisch-lutherischen Kirche (BSLK), Göttingen, S. 627f.

» Die gesellschaftliche Dimension wissenschaftlicher Erkenntnispraxis

Überlegungen zur epistemischen Verantwortung in der Erwachsenenbildungswissenschaft

I. Wie Fachwissen in Interessenbeziehungsweise Machtzusammenhänge eingebettet ist

Auseinandersetzungen über die epistemische Verantwortung für Erkenntnisse wissenschaftlicher Forschung sind Stoff für eine Vielzahl bekannter Theaterstücke und Romane geworden. Die u.a. von Bert Brecht oder Friedrich Dürrenmatt (mit „Das Leben des Galilei“ oder „Die Physiker“) ausgelösten öffentlichen Diskurse thematisieren die soziale und politische Relevanz von wissenschaftlich hervorgebrachten Erkenntnissen und geben dadurch anschauliche Einblicke in die gesellschaftliche Dimension wissenschaftlicher Erkenntnispraxis. Heute verdeutlicht die Rede von einem „postfaktischen Zeitalter“, „alternativen Fakten“ oder „post-truth“ nicht nur die Aktualität der Auseinandersetzung mit wissenschaftlichem Wissen, sondern sie verweisen zudem auf eine enge Verbindung von wissenschaftlicher Erkenntnispraxis und gesellschaftlicher Entwicklung. Dies flammte auch schon Ende der 1990er Jahre in den sogenannten „Science Wars“ populär auf, als in den „Wissenschaftskriegen“ die Auseinandersetzung um die Objektivität, Faktizität und Wahrheit im Gegensatz zur Interessengebundenheit und Historizität von Erkenntnis in Stellung gebracht wurde.¹

Die Erwachsenenbildungswissenschaft steht in besonderer Weise *innerhalb* gesellschaftlicher Zusammenhänge: Sie ist ihnen nicht enthoben, sondern befindet sich inmitten eines komplexen und oftmals hart umkämpften Feldes unterschiedlicher Interessen und Ansprüche, die vonseiten der (Weiter-)Bildungs- und Forschungspolitik, vonseiten der (Weiter-)Bildungspraxis und vonseiten der erwachsenbildungswissenschaftlichen Scientific Community selbst vorgetragen und konfrontativ behauptet werden. Die gesellschaftliche Dimension wissenschaftlicher Erkenntnistätigkeit ist für die Erwachsenenbildungswissenschaft von großer Bedeutung, weil auch ihre Forschungserträge, Befunde und Erkenntnisse Bestandteil gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse sind, sie reagieren auf sie, wirken auf sie zurück.² Eine kritische Auseinandersetzung mit den Forschungserträgen zum Alltagsgeschäft wissenschaftlicher Arbeit. Solche Kritik ist Ausdruck einer „vitalen“ und kritischen Öffentlichkeit im Umgang mit wissenschaftlichem Wissen und zivilgesellschaftlich hoch relevant.³ Nachrangig ist an dieser Stelle, ob sich mit Fragen zur Novellierung

von Weiterbildungs-gesetzen, zur Entwicklung neuer Forschungsmethoden, zur Anfertigung wissenschaftlicher Gutachten oder die Implementierung von Handlungsempfehlungen auseinandergesetzt wird. Entscheidend ist, dass in einer Hand-

lungswissenschaft wie der Erwachsenenbildungswissenschaft überhaupt eine Spannungslage zwischen wissenschaftlicher Erkenntnistätigkeit und gesellschaftlichen Entwicklungsprozessen disziplinär ausgeprägt ist. Aber nicht nur die Forschungserträge und Forschungsprodukte erfordern eine kritische Beobachtung und Thematisierung, auch der Entdeckungszusammenhang selbst (*context of discovery*) benötigt eine kritische Begleitung, denn auch im Forschungsprozess werden Entscheidungen getroffen, die den Forschungsverlauf und dessen gesellschaftlichen Einfluss erheblich in die eine oder andere Richtung lenken können.

II. Wissenschaftliche Erkenntnisentwicklung als interessen- und machtleitete Praxis

In der Erwachsenenbildungswissenschaft kommt das durchaus produktive Spannungsverhältnis zwischen Wissenschaft und Praxis häufig als sogenanntes Theorie-Praxis-Verhältnis in den Blick. Die Rollen sind dabei in der Regel klar verteilt: Während die wissenschaftliche Seite für die Entwicklung von „Theorie“ und „empirischen Befunden“ steht, stehen die Einrichtungen für die Entwicklung des „Bildungsgeschehens“. Die am besten empirisch fundierte Theorie soll möglichst die Praxis verbessern. Roland Reichenbach stellt fest, dass eine derartige Unterscheidung zwischen Theorie und Praxis fragwürdig ist: Forderungen, für die sogenannte „Praxis“ etwas „Funktionierendes“ zu liefern, gehen demzufolge von einem instrumentellen Theorie-Praxis-Verhältnis aus, das in der Erziehungswissenschaft zwar dominiert, das aber weder praktisch noch „wissenschaftstheoretisch (...) zu überzeugen vermag“⁴. Reichenbach



Malte Ebner von Eschenbach

Wiss. Mitarbeiter Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Institut für Pädagogik Arbeitsbereich Erwachsenenbildung/ Weiterbildung

malte.ebner-von-eschenbach@paedagogik.uni-halle.de

¹ Vgl.: Bammé, A. (2004): Science Wars: Von der akademischen zur postakademischen Wissenschaft. Frankfurt/M./New York.

² Vgl.: Schäffter, O. (2003): Die Reflexionsfunktion der Erwachsenenbildung in der Transformationsgesellschaft. Institutionstheoretische Überlegungen zur Begründung von Ermöglichungsdidaktik. In Arnold, R./Schüßler, I. (Hrsg.): Ermöglichungsdidaktik. Erwachsenenpädagogische Grundlagen und Erfahrungen. Baltmannsweiler, 48-62.

³ Vgl.: Habermas, J. (1990): Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft mit einem Vorwort zur Neuaufgabe. Frankfurt/M.

⁴ Reichenbach, R. (2016): Zwei Einsamkeiten. Bemerkungen zur „Metaphysik“ von Erziehungswissenschaft und Bildungsforschung und zu ihrem Verhältnis. In Bildung und Erziehung, 69(4), S. 417.



⁵ S. o. A.

⁶ Faulstich, P. (2015): Reflexive Handlungsfähigkeit vermitteln – Aufgaben der Wissenschaft in der Erwachsenenbildung. In Hessische Blätter für Volksbildung 65(1), S. 8.

⁷ Adorno, T. (1977[1969]): Marginalien zu Theorie und Praxis. In Adorno, T.: Gesammelte Schriften. Band 10.2, Frankfurt/M., S. 761.

⁸ Vgl.: Bourdieu, P. (1998): Vom Gebrauch der Wissenschaft. Für eine klinische Soziologie des wissenschaftlichen Feldes. Konstanz.

⁹ Althusser, L. (1972): Einführung: Vom ‚Kapital‘ zur Philosophie Marx. In Althusser, L./Balibar, E.: Das Kapital lesen. I. Reinbek bei Hamburg, S. 78.

¹⁰ S. o. A.

¹¹ Dass Knorr Cetina mit ihren Befunden nicht alleine steht, lässt sich bei Rheinberger (2007) nachlesen (vgl. Rheinberger, H.-J. (2007): Historische Epistemologie. Eine Einführung. Hamburg).

¹² Thompson, C. (2017): Übersetzungsverhältnisse. Pädagogisches Sprechen zwischen Theorie und Praxis. In Jergus, K./Thompson, C. (Hrsg.): Autorisierungen des pädagogischen Selbst. Wiesbaden, S. 257.

stellt weiterhin fest, dass „meist Poiesis gemeint“ wird, wenn in der Erziehungswissenschaft von Praxis die Rede ist. Folglich ist es auch nicht „Praxis“, sondern „Empirie“, die „als Komplement zu ‚Theorie‘ fungiert“⁵.

Jenseits diesen instrumentellen Verhältnissen zwischen Theorie und Praxis wird auch deutlich, dass wissenschaftliche Erkenntnis selbst schon immer eine besondere „Praxis“ ist. Die dichotome Trennung zwischen beiden, so auch Peter Faulstich, ist „schon lange nicht mehr tragfähig“⁶. Die Tätigkeit wissenschaftlicher Wissensproduktion und Erkenntnisentwicklung hat bereits die Form einer Praxis und unterläuft die Vorstellung getrennter Sphären. „Denken ist ein Tun, Theorie eine Gestalt von Praxis“⁷, so lässt es sich bei Adorno nachlesen, worüber „(a)llein die Ideologie der Reinheit des Denkens darüber täuscht“ (ebd.). Jeder Denkakt ist danach eine praktische Tätigkeit in einem immer schon von Interessen durchzogenen Feld gesellschaftlicher Auseinandersetzungen.⁸

Diese Perspektive auf Erkenntnisarbeit und Erkenntnisentwicklung ist von Louis Althusser betont worden. In seiner berühmt gewordenen Formulierung aus *Lire le Capital* stellt er fest: „Es gibt nicht einerseits die Theorie als reine geistige Schau ohne Körper und Materialität und andererseits eine durch und durch materielle Praxis, die dann ‚Hand anlegt‘“⁹. Demgemäß ist, „das, was man gemeinhin Theorie nennt, auch in seinen ‚reinsten‘ Erscheinungsformen (...) eine Praxis“¹⁰. Auch Karin Knorr Cetina widmete sich der Erzeugung wissenschaftlichen Wissens. Gerade im sogenannten „postfaktischen Zeitalter“ mutet es wie eine wissenschaftshistoriografische Nachhilfestunde an, wenn Knorr Cetinas Studie zur „Fabrikation von Erkenntnis“ aus dem Jahr 1984 herangezogen, worin sie darlegt, in welchem Maße „Fakten“ historisch, kulturell

und lokal gebunden und daher als Gemachtes, Produziertes, Erzeugtes und Fabriziertes aufzufassen sind. Das derart „Gemachte“ zeigt, dass Erkenntnisentwicklung in der Wissenschaft keinen Außenstandpunkt besitzt, von dem aus objektive Fakten behauptet werden können, sondern immer eingeflochten ist in einen gesellschaftlichen Zusammenhang, für die sie verantwortlich ist.¹¹

Demzufolge ist die „Vorstellung einer majestätischen Weltfremdheit von Wissenschaft“¹², wie es die Assoziation eines Elfenbeinturms, in dem sich die Wissenschaften befänden, suggeriert, allenfalls noch ein politischer Kampfbegriff. Vielmehr „tauschen wissenschaftliche Institutionen jeglicher Couleur nicht nur untereinander Daten, Stoffe, Belegexemplare, Instrumente, Publikationen und Personal aus; sie sind außerdem durch vielfältige ökonomische und politische Beziehungen mit anderen gesellschaftlichen Institutionen, wie beispielsweise Gerichten, Industrieunternehmen, dem Militär, der Bürokratie, oder Kliniken vernetzt“¹³. Solche Beziehungsgeflechte betreffen auch die Erwachsenenbildungswissenschaft, leicht zu erkennen, an der Vielzahl von Kooperationsprojekten zwischen universitären und außeruniversitären Akteuren und an den Warnungen vor einer Instrumentalisierung wissenschaftlicher Forschung. So stellen beispielsweise Zeuner und Faulstich vor einem knappen Jahrzehnt fest, dass in der Forschung eine „instrumentelle Sichtweise stärker zu werden (scheint)“¹⁴, die auf eine „verstärkt(e) Indienstnahme von Erwachsenenbildung für verschiedene Partialinteressen, mit der gleichzeitigen Unterordnung unter marktwirtschaftliche Konkurrenzprinzipien (verbunden)“ (ebd.) ist. Ein paar Jahre später erneuert Rosenberg diesen Befund und gelangt in ihrer Untersuchung *Erwachsenenbildung als Diskurs* zur Einschätzung, dass die „Wissenschaft der Erwachsenenbildung (...) in weiten Teilen die Perspektive der Bildungspolitik (übernimmt) und sich in Abhängigkeit von ihrer Praxis (definiert)“¹⁵. Rosenberg pointiert nicht nur, dass Bildungspolitik die Autonomie der Wissenschaft der Erwachsenenbildung bedroht, sondern verweist mit der „Abhängigkeit“ der Erwachsenenbildungswissenschaft „von ihrer Praxis“ gewissermaßen auf eine schleichende innerdisziplinäre Instrumentalisierung.

III. Erkenntnisentwicklung bedarf grundständiger und fortwährender Vergewisserung

Die gesellschaftliche Eingebundenheit der Wissenschaft macht sie anfällig für Instrumentalisierung und die (weiter-)bildungspolitischen Verwickelungen der Erwachsenenbildungswissenschaft signalisieren, dass die relative Autonomie der Erwachsenenbildungswissenschaft bedrängt wird. Zudem lässt sich auch ein innerdisziplinär zunehmendes Desinteresse an Fragen der Erkenntnisent-



wicklung in den letzten Jahren erkennbar werden, welches mit der „Abhängigkeit“ der Erwachsenenbildungswissenschaft von „ihrer Praxis“ zu korrelieren scheint. Perspektiven, die sich nicht der „Praxis“ zuwenden, sondern erkenntnisorientiert sind, stehen unter Legitimationsdruck und bewegen sich zunehmend am Rand der Disziplin. Jahrzehntlang war die Klärungen von Positionen und Perspektiven zur Theorie- und Erkenntnisentwicklung in der Erwachsenenbildungswissenschaft ein wichtiger Bestandteil disziplinärer Entwicklung. Während von „Anfang an alle disziplinären, professionsbezogenen, bildungs- und hochschulpolitischen Aktivitäten und Initiativen der Sektion Erwachsenenbildung von einer grundständigen Theoriedebatte begleitet“¹⁶ wurden, zeichnet sich in den letzten Jahren eine Abnahme dieser Dynamik ab, „so dass von großen sektionalen Diskursen um eine grundständige Theoriedebatte gegenwärtig nicht mehr gesprochen werden kann“¹⁷.

Die Schwerpunkte der Diskurse sind auf Ergebnisse und Handlungsempfehlungen für die Weiterbildungspraxis gerichtet¹⁸, um schnelle „Antworten“ zu liefern. Sie klären jedoch nicht mehr hinreichend, „was die Frage (war)?“¹⁹

Das Ausbleiben innerdisziplinärer wissenschaftstheoretischer Verhandlungen erhöht daher das Risiko, dass eine „sehr starke Determination der Theorie-Diskussion durch Anstöße, Kategorien und Paradigmata von außerhalb der Erwachsenenbildung“²⁰ einsetzt, weil es in der innerdisziplinären Wissensproduktion der Erwachsenenbildungswissenschaft keinen sicheren Halt mehr im Umgang mit den „Importen“²¹ gibt. Riskiert wird damit, dass mit den Theorieimporten Prämissen übernommen werden, die wegweisende Entscheidungen für die Wissensproduktion unkritisch einsickern lassen und sie ihrer Klärung entziehen.

IV. Übernimmt noch jemand epistemische Verantwortung?

Sofern davon ausgegangen wird, dass Wissenschaft immer bereits eine „Wissenschaft der Gesellschaft“ (N. Luhmann) ist, erweist sich jede wissenschaftliche Tätigkeit, sei es die Entwicklung von Forschungsprojekten, die Anfertigung von Publikationen oder ein öffentlicher Vortrag, als kontextabhängig, kulturell, sozial und historisch situiert und dadurch wert- und interessegebunden. Will nicht blindlings empirisch geforscht werden, ist zu klären, dass jede wissenschaftliche Prämisse – ob bemerkt oder unbemerkt, ob intentional ausgewählt oder latent mitgeführt – mit Interessen und Vor-Urteilen aufgeladen ist, die es kategorial zu klären gilt. Beide Aspekte, kategoriale Klärung der Prämissen und empirische Forschung sind demzufolge notwendig für seriöse wissenschaftliche Forschungsarbeit. Laut Müller ist das Ausbleiben kategorialer Vergewisserung eine Selbsttäuschung. Es ist der Trug der Objektivität, „wenn wir meinen, uns in normativer Neutralität den Gegenständen des erziehungswissenschaftlichen [bzw. des erwachsenenbildungswissenschaftlichen, MEvE] Interesses zuwenden zu können, während in unserem faktischen Forschungshandeln und unserer Interpretation der Forschungsergebnisse normative Orientierungen unbemerkt ihren Einfluss ausüben“²². Doch auch die vermissten Auseinandersetzungen um kategoriale Fragen können in keinem luftleeren Raum stattfinden, sondern sind ebenfalls von handfesten Interessenlegen, Normen, Werten und von Machtansprüchen durchzogen. Sedmak etwa gibt zu bedenken, dass das „(N)achdenken über alternative Orientierungssysteme, kein leeres Spiel mit Zeichen (ist)“²³, sondern eine notwendige Erkenntnispraxis zur Hervorbringung „epistemische(r) Gerechtigkeit“²⁴.

Es wird dabei oftmals kurzschlüssig übersehen, dass die gesellschaftliche Dimension erwachsenenbildungswissenschaftlichen Erkenntnisproduktion nicht nur auf der Ebene ihrer Erkenntnisprodukte sichtbar wird, d.h. in ihren inhaltlichen Erträgen,

¹³ Müller-Wille, S., Reinhardt, C./Sommer, M. (2017). Wissenschaftsgeschichte und Wissensgeschichte. In Sommer, M./Müller-Wille, S./Reinhardt, C. (Hrsg.): Handbuch Wissenschaftsgeschichte. Stuttgart, S. 11.

¹⁴ Zeuner, C./Faulstich, P. (2009): Erwachsenenbildung – Resultate der Forschung. Entwicklung, Situation und Perspektiven. Weinheim/Basel. S. 28.

¹⁵ Rosenberg, H. (2016): Erwachsenenbildung als Diskurs. Eine wissenssoziologische Rekonstruktion. Bielefeld. S. 185.

¹⁶ Schmidt-Lauff, S. (2014): Geschichte der Sektion Erwachsenenbildung. Eindrücke, Einblicke und Zusammenhänge aus 40 Jahren Sektionsentwicklung. In Schmidt-Lauff, S. (Hrsg.): Vergangenheit als Gegenwart – Zum 40-jährigen Bestehen der Sektion Erwachsenenbildung der DGfE. Opladen/Berlin/Toronto, S. 34.

¹⁷ S. o. A., S. 35.

¹⁸ Vgl.: Zeuner, C./Faulstich, P. (2009): Erwachsenenbildung, a.a.O., S. 355.

¹⁹ Vgl.: Erler, I./Holzer, D./Kloyber, C./Schuster, W./Vater, S. (Hrsg.) (2014): Wenn Weiterbildung die Antwort ist, was war die Frage? Schulheft 39 (156) [http://schulheft.at/wp-content/uploads/2018/02/schulheft-156.pdf].

²⁰ Dewe, B. (1999): Lernen zwischen Vergewisserung und Ungewißheit: Reflexives Handeln

in der Erwachsenenbildung. Opladen. S. 25

²¹ Vgl.: Nolda, S. (1996): Begriffskarrieren und Rezeptionsbarrieren in der Erwachsenenbildung. In Zeitschrift für Pädagogik, 42 (4), 605-622.

²² Müller, H.-R. (2013). „Wertvolle“ Resultate? – Zur Normativität im erziehungswissenschaftlichen Forschungsprozess. In Fuchs, T./Jehle, M./Krause, S. (Hrsg.): Normativität und Normative (in) der Pädagogik. Einsätze theoretischer Erziehungswissenschaft III. Würzburg, S. 39.

²³ Sedmak, C. (2003): Grundkurs Erkenntnistheorie und Hermeneutik. Innsbruck/Wien. S. 19.

²⁴ S. o. A., S. 170.

²⁵ Fuchs, T. (2013): „Das nervt“. Rückfragen angesichts von ‚Normativen‘ der Qualitativen Bildungsforschung – unerträglich oder unerlässlich? In Fuchs, T./Jehle, M./Krause, S. (Hrsg.): Normativität und Normative (in) der Pädagogik. Einsätze theoretischer Erziehungswissenschaft III. Würzburg, S. 64.

fachspezifischen Ergebnissen oder kontextgebundenen Lösungen, die als Handlungsempfehlungen oder Best-Practice-Beispiele Eingang in die Weiterbildungspraxis finden. Bereits der Forschungsprozess erfordert eine kritische Reflexion seiner Voraussetzungen.

Schon in der Genese ist eine kritische Auseinandersetzung mit der wissenschaftlichen Erkenntnispraxis erforderlich.

Jeder Forschungsgegenstand, jede Forschungsperspektive, jedes Forschungsergebnis ist nicht zu verwechseln mit einer unumstößlichen Faktizität, sondern immer auch das Produkt einer Urteilsfähigkeit, für die Wissenschaft epistemische Verantwortung zu übernehmen hat, über die sie (auch sich) aufzuklären hat.

Damit ist an dieser Stelle keinem Kausalzusammenhang das Wort geredet, sondern darum, dass

getroffene (oder auch unterlassene) kategoriale Entscheidungen im Forschungsprozess einen Rahmen abstecken, der Sachverhalte sichtbar macht und andere unsichtbar. Die Erstellung eines solchen Rahmens ist noch keine Instrumentalisierung, aber er wird ideologisch, wenn er unhinterfragt übernommen wird oder gar als konventionell gilt. Die in der Erkenntnisentwicklung herangezogenen Hintergrundannahmen müssen stärker offengelegt werden, will man nicht weiter im „dogmatischen Schummer“²⁵ kategorialer Enthaltbarkeit bleiben. Grundständige Theoriedebatten und kategoriale Reflexionen haben nämlich auch eine gesellschaftliche Relevanz, weil, wie wir oben zeigen konnten, wissenschaftliche Erkenntnispraxis immer bereits eine gesellschaftliche Dimension besitzt. Die Prämissen haben einen erheblichen Einfluss auf die Ergebnisse und Schlussfolgerungen wissenschaftlicher Erzeugnisse, weshalb ihre Prüfung aus erkenntnistheoretischer und normativer Perspektive geboten ist.

» Streiten mit Verletzlichen? Ansatzpunkte einer demokratiefördernden politischen Bildung älterer Menschen

I. Verletzlichkeit und Diskriminierungstendenzen bei älteren Menschen

Die Lebensphase Alter beginnt mit dem Ende der Erwerbstätigkeit. Nach und nach werden Beziehungsnetzwerke dünner, oft gehen Menschen langjährige Lebensgefährten und der eigene Partner verloren. Zunehmend prägen verschiedenste Erkrankungen und körperliche Gebrechlichkeiten das Älterwerden. Menschen sind auf die Hilfe der Mediziner und der Einrichtungen der Altenhilfe angewiesen. Entberuflichung und Singularisierung gehören ebenso zum Alter wie Multimorbidität (Mehrfacherkrankungen) und Pflegebedürftigkeit. Hinzu kommt: Menschen sind im Alter, anders als in anderen Lebensphasen, auf ihre Familien verwiesen (Familiarisierung). Und sie müssen stetig Abschied nehmen. Alle stattfindenden Prozesse bergen die Gefährdungen zunehmender Isolierung sowie zunehmender Abhängigkeit.

All diese Prozesse lassen sich – zugegebenermaßen idealtypisch – in einem Zeitverlauf darstellen: Während im dritten Lebensalter, indem Seniorinnen und Senioren in der Literatur häufig als junge Alte bezeichnet werden, erfolgen Entberuflichung und häufig Singularisierung. Trotzdem gerade diese Zeit von einem starken Wiedereintauchen in familiäre Zusammenhänge geprägt ist, besteht die Gefahr der Isolierung. Das vierte Lebensalter, die Hochaltrigkeit, wird von Multimorbiditätszunahme und Pflegebedürftigkeit geprägt. Es gilt, mehr als in anderen Lebensaltern Abschied zu nehmen, weil viele Dinge des alltäglichen Lebens aufgegeben werden müssen. Durch die gesundheitlichen und körperlichen Einschränkungen besteht die Gefahr, von medizinischen und pflegerischen Betreuungsdiensten abhängig zu werden

Die Verluste der Erwerbstätigkeit, der Lebensgefährten und Partner, der Gesundheit und der körperlichen Autonomie deuten auf eine besondere Verletzlichkeit dieser beiden Lebensphasen hin. Dies wird – sei es bewusst, sei es unbewusst – von den älteren Menschen auch so erlebt, fühlen sie sich im dritten Lebensalter ja von Isolation und im vierten Lebensalter von Abhängigkeit bedroht.

Allerdings ist die Verletzlichkeit älterer Menschen nur eine Seite von zwei Medaillen. Es gilt, auch darüber zu sprechen, dass auch ältere Menschen verletzt werden können: indem sie diskriminieren.¹

Dies ist naheliegend, zeigen doch alle mit der Thematik befassten Studien, dass das Alter nicht vor Torheiten, vor allem aber nicht vor der Diskriminierung *anderer* schützt. Im Gegenteil: Seniorinnen und Senioren sind – wenn auch unterschiedlich stark – dikaturbefürwortender, chauvinistischer, ausländerfeindlicher, antisemitischer, sozialdarwinistischer und nationalsozialismusverharmlosender als jüngere Altersgruppen.²

Auch wenn möglicherweise nur wenige ältere Menschen so diskriminierend, sprechen und handeln, dass sie in Anlehnung an Decker/Brähler et al. 2016 „manifest“ rechtsextrem genannt werden müssen, so deuten die Studien doch auch darauf hin, dass eine hohe „Latenz“ der Diktaturbe-

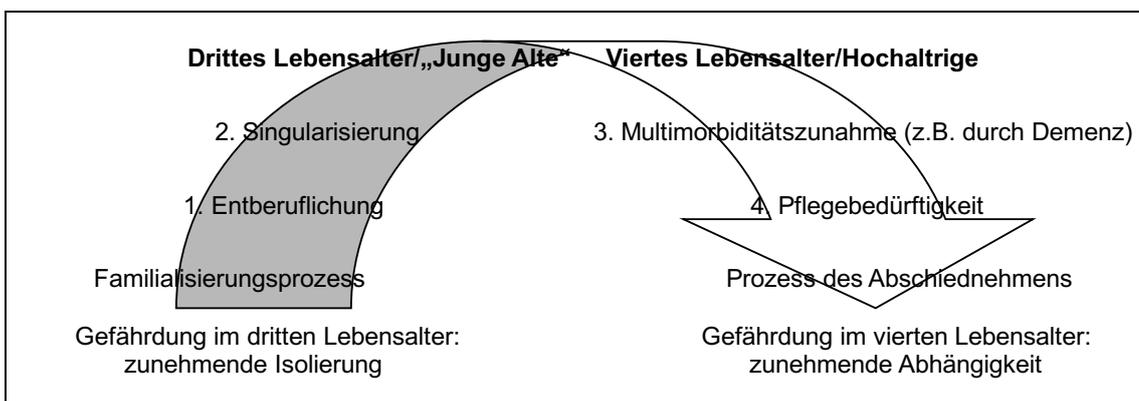


Dr. Peter-Georg Albrecht

Hochschule Magdeburg-Stendal
 Prorektorat für Studium, Lehre und Internationales
 peter-georg.albrecht@hs-magdeburg.de

¹ Vgl. Albrecht (2012): Rechtsextreme Einstellungsmuster bei ostdeutschen Seniorinnen und Senioren. In: POLITISCHE PSYCHOLOGIE 1/2012. S. 47-57.

² Rechtsextremismus besteht in der Untersuchung von Decker, Kiess & Brähler aus sechs Themenbereichen, denen jeweils drei Aussagen zugeordnet sind. So wurden die Probanden befragt nach der Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur (beispielsweise: „Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert.“), nach ihrer Zustimmung zu chauvinistischen Aussagen (beispielsweise: „Das oberste Ziel der deutschen Politik sollte es sein, Deutschland die Macht und Geltung zu verschaffen, die ihm zusteht.“), zu ihrer Ausländerfeindlichkeit (beispielsweise: „Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.“) und zum Antisemitismus (beispielsweise: „Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.“). Weiterhin wurde ihre Zustimmung zu Aussagen mit sozialdarwinistischem Inhalt (beispielsweise: „Es gibt wertvolles und unwertes Leben.“) und den Nationalsozialismus verharmlosende Aus-



Entwicklungsprozesse und Entwicklungsaufgaben im Alter

sagen (beispielsweise: „Die Verbrechen der Nationalsozialismus sind in der Geschichtsschreibung weit übertrieben worden.“) erfragt. Die Befragten hatten die Möglichkeit, ihre Zustimmung oder Ablehnung auf einer fünfstufigen Skala auszudrücken („stimme voll und ganz zu“, „stimme überwiegend zu“, „teils/teils“, „lehne überwiegend ab“, „lehne völlig ab“) (vgl. Decker, O./Kiess, J./Eggers, E./Brähler, E. (2016): Die „Mitte“-Studie 2016. Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In: Decker, O./Kiess, J./Brähler, E. (Hrsg.): Die enthemmte Mitte. Psychosozial Verlag Gießen. S. 30f.).

³ Vgl. hierzu auch Albrecht, P.-G. (2016): Überlegungen über Kriterien einer demokratiefördernden und rechtsextremismusbewussten politischen Bildungsarbeit für Seniorinnen und Senioren. In: Klein, L./Merkle, M. (Hrsg.): Politische Bildung im Alter. Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik Frankfurt am Main, S. 29–33.

⁴ Berechnung auf Grundlage der Leipziger „Mitte“-Studie 2016 (Decker, O./Kiess, J./Brähler, E. (Hrsg., 2016): Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland. Psychosozial Verlag Gießen, S. 39); zur Verfügung gestellt aufgrund einer direkten Anfrage des Autors (P.-G. Albrecht) durch das Kompetenzzentrum für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung Leipzig (O. Decker und G. Schmutzer) am 20. April 2017.

⁵ Vgl. Albrecht, P.-G. (2009): Senioren, Rechtsextremismus und zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus in Ostdeutschland. In: NEUE PRAXIS – Zeitschrift für Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Sozialpolitik 6, S. 613–619.

⁶ Vgl. Roth, R. (2004): Die dunklen Seiten der Zivilgesellschaft. Grenzen einer zivilgesellschaftlichen Fundierung von Demokratie. In: Klein, A./Kern, K./

Fragekomplexe:	Altersgruppen:	14–30-Jährige	31–60-Jährige	über 60-Jährige
Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur		4,5	4,8	5,8
Chauvinismus		14,9	16,1	19,5
Ausländerfeindlichkeit		15,9	20,0	23,9
Antisemitismus		3,4	4,5	6,2
Sozialdarwinismus		3,1	2,7	4,7
Verharmlosung des Nationalsozialismus		2,3	1,9	2,2

Befragte Personen N insgesamt = 2420, 14–30-Jährige = 453, 31–60-Jährige = 1265, über 60-Jährige = 702

Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland nach Altersgruppen. Angaben in Prozent.⁴

fürwortung, Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Sozialdarwinismus und Nationalsozialismusverharmlosung vorliegt – ohne dass die aktuellen Wahlergebnisse bemüht werden müssten (ebenda).³

Der Hintergrund können „beschwiegene Erinnerungen“ an erlebte, erlittene wie auch anderen angetane Diskriminierungen, die in familiären oder nachbarschaftlichen Gesprächen verschleiert bzw. bruchstückhaft hervorgeholt werden, um das eigene Verhalten zu legitimieren und bspw. die gegenwärtigen gesellschaftlichen „Verhältnisse zu kritisieren“, weil viele ältere Menschen eigentlich von gesellschaftsbezogener „Gegenwartssprachlosigkeit“ und persönlichen Zukunftsängsten geplagt sind.⁵

II. Ansätze einer demokratiefördernden politischen Bildung im Alter

a) Verletzlichkeit und Diskriminierungstendenzen älterer Menschen fordern heraus

Die zwei Seiten der Medaille des Alters, die Verletzlichkeit wie auch die diskriminierenden Tendenzen älterer Menschen sind zu beachten, soll eine demokratiefördernde politische Bildung mit älteren Menschen oder gar die Hervorlockung einer Streitkultur älterer Menschen gelingen.

Dazu ist die positive Konnotation der Streitkultur, die eng mit dem im Alltagsgebrauch ebenfalls positiv konnotierten Begriff der Zivilgesellschaft verbunden ist, zu ergänzen um die unschönere Konnotation jeglichen „Streits“, der ebenso auch „dunkle Seiten“, „dunkle Akteure“ und „dunkle Umgangsformen“ kennt wie die Zivilgesellschaft, in der sich erwünschte bürgerschaftliche Engagements ebenso finden wie unerwünschte rechtsextreme Aktivitäten.⁶

Eine demokratiestärkende politische Bildung innerhalb der Seniorenarbeit sowie Altenhilfe, die auf Grundwerten wie Gleichberechtigung, Mitbestimmung und Freiheit aufbaut, wissend darum, dass Gleichberechtigung, Mitbestimmung und Freiheit längst nicht allen Seniorinnen und Senioren gleich wichtig sind (vgl. Bild 2), aber darauf auch, dass zur Lebensphase Alter die Verletzungen der Entberufli-

chung, Singularisierung, Multimorbidität und Pflegebedürftigkeit gehören (vgl. Bild 1), muss differenziert, aber auch ethisch fundiert vorgehen und entsprechenden Kriterien gerecht werden.

b) Werthaltige und „verhandelnde“ Arbeit mit jungen Alten

Die erste Zeit der Lebensphase Alter, die Phase der sogenannten jungen Alten, ist von Entberuflichung und Singularisierung geprägt. Die damit verbundene Berufs- und Betriebszugehörigkeitsaufgabe und das Verlassenwerden von liebgewordenen Lebensgefährten können als Weg in die Isolation erfahren werden.

Eine demokratiestärkende politische Bildung älterer Menschen sollte bei diesen altersspezifischen Problemanzeigen ihre ganz grundsätzliche Verankerung in den Grundwerten Gleichberechtigung, Mitbestimmung und Freiheit darin zeigen, dass sie die Betroffenen in dieser Zeit des Alters in ihrer Selbstachtung stärkt, ihnen Wege in neue soziale Beziehungen ebnet und alte Beziehungen ertragen, aufrechtzuerhalten und zu qualifizieren hilft. Gemeinschaftsaktivität – das einfache Teilnehmen an sozialen Beziehungen, wie es der Freiwilligensurvey definiert – sollte in freiwilliges Engagement, in verantwortliches Handeln weiterentwickelt werden. Eine demokratiestärkende politische Bildung älterer Menschen hat dementsprechend beim „Ja-Sagen“ zu helfen, muss ermutigen, Einfluss zu nehmen, und darin unterstützen, die Möglichkeiten der Entberuflichung und Singularisierung als eine „Freiheit zu“ zu nutzen.

Nachbarschaften, das Vereinswesen, die Kirchengemeinden, die Wohlfahrtsverbände und kommunalen Begegnungsmöglichkeiten sowie auch die altersbezogene Dienstleistungen wie bspw. Reiseangebote, die in diesem Lebensalter gern in Anspruch genommen werden, sind zu befragen, inwieweit sie ermutigend Gleichberechtigung, engagementfördernd Mitbestimmung und eine chancengewährende „Freiheit zu“ nahe legen.

Die bei allem Tun und Handeln älterer Menschen mitschwingenden diskriminierenden Ori-



entierungen weisen eine demokratiestärkende politische Bildung älterer Menschen darauf hin, dass der Stärkung der Selbstachtung, der Engagementförderung und der Nutzung der Chancen des Alters Grenzen gesetzt sind. Die *Offenlegung der eigenen Wertegrundlagen* und das *Aushandeln von Umgangsformen* gehören stets und immer wieder in das Repertoire einer Engagementförderung in dieser Lebensphase.

c) Akzeptierende und begrenzende Arbeit mit Hochaltrigen

Zur Lebensphase Alter gehören – im späteren Verlauf – auch Multimorbidität und Pflegebedürftigkeit. Die damit zusammenhängenden Krankenhausaufenthalte und Pflegedienstanspruchen werden von vielen Hochaltrigen als zunehmende Abhängigkeit erlebt.

Eine auf Gleichberechtigung, Mitbestimmung und Freiheit aufbauende demokratiestärkende politische Bildung von Hochaltrigen zeigt ihre Güte darin, dass sie – in Auseinandersetzung mit den Abhängigkeitsgefährdungen einerseits und ihrem Gleichberechtigungsanspruch andererseits – um die Hierarchien weiß, in die sie die Betroffenen einbindet – und nicht diesen alles unterordnet. Es gilt, die Betroffenen nicht nur zu hören, sondern mitwirken zu lassen und insbesondere ihr „Nein-Sagen“ auch ernst zu nehmen. Freiheit muss insbesondere in dieser Lebensphase auch als ein „Freiheit von“ möglich sein – Hochaltrige haben auch die Wahlfreiheit der Abwahl.

Diese Gütekriterien ernst nehmend, ist – ebenso wie in der Seniorenarbeit – der Blick auf die Struk-

turen und Institutionen der Altenhilfe zu richten: Sind die Einrichtungen und Dienste der geriatrischen Rehabilitation und der Pflege wirklich selbstkritisch gleichberechtigt? Bieten sie, sich selbst begrenzend, Mitbestimmung an? Und sind sie in der Lage, Menschen auch in all ihrer Freiheit auch „Nein“ sagen und gehen zu lassen?

Diskriminierende Orientierungen zeigen sich auch bei Multimorbidität und Pflegebedürftigkeit. In Anbetracht der spezifischen Bedürftigkeit der Betroffenen gilt es, zum einen *akzeptierend zu sein*. Vieles taucht auf, weil Seniorinnen und Senioren unter ihrer gegenwärtigen Situation leiden, vieles, weil die Selbstkontrolle verloren geht und die soziale Kontrolle an Bedeutung verliert. Zum anderen sind auch in dieser Lebensphase *Grenzen zu ziehen*: Möglicherweise helfen vergangenheitsbewältigende und gegenwartserläuternde Gesprächsangebote; möglicherweise muss die Thematisierung bestimmter Einstellungen, so die Betroffenen es verstehen, untersagt werden.

d) Demokratiefördernde Fortbildungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Seniorenarbeit und Altenhilfe

Die körperlichen und geistigen Veränderungen im Alter, die ggf. zu bisher nicht gekanntem Handeln und vor allem Reden älterer Menschen führen, sollten bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Diensten und Einrichtungen der Seniorenarbeit und Altenhilfe nicht zum Übergehen bzw. Hinnehmen von diskriminierendem Reden und Handeln führen.

Stets muss abgewogen werden, was davon in der Seniorenarbeit und Altenhilfe zugelassen werden kann und wo Intervention notwendig ist, nicht nur, weil verbale Diskriminierungen im Eskalationsfall auch zu tätlichen Diskriminierungen werden könnten. Häufiger als dies führen die Diskriminierungen zu spezifischen Unterwürfigkeiten unter die Redeführer (z.B. bei Frauen, z.B. von Seniorinnen und Senioren mit Migrationshintergrund) oder zur Meidung der Redeführer und wird dadurch das Disengagement der Frauen oder Seniorinnen und Senioren mit Migrationshintergrund verstärkt.

Auch wenn zu den Einstellungen und Verhaltensweisen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Seniorenarbeit und Altenhilfe keine detaillierten Untersuchungen vorliegen, ist darüber hinaus zu bedenken, dass diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter *in ihrer täglichen Arbeit* auch selbst diskriminieren. Und nicht zuletzt ist wichtig zu beachten, dass vielfach auch die *Strukturen* von Seniorenarbeit und Altenhilfe diskriminieren.

Eine demokratiestärkende politische Bildung mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Seniorenarbeit und Altenhilfe – in ihren Strukturen – hat mit dieser Gemengelage umzugehen.

e) **Gemeinwesenarbeit für Angehörige und Nachbarn von Seniorinnen und Senioren**
Seniorinnen und Senioren leben eingebunden in Familien, Freundeskreise, Nachbarschaften und Vereine. Sie sind von der Meinung ihrer Kinder, Bekannten, Gartennachbarinnen und -nachbarn sowie Sportvereinskameradinnen und -kameraden abhängig.

Diese immer wieder auch diskriminierenden Milieus sind ebenfalls in den Blick einer rechtsextremismusbewussten demokratiestärkenden politischen Bildung zu nehmen. Dass dies nicht leicht ist, ist verständlich.

Es ist jedoch notwendig, weil sich die jungen Alten in der Lebensphase der Entberuflichung und Singularisierung zunächst noch mit diesen meist nur etwas jüngeren Mitmenschen in ihren sozialen Zusammenhängen messen und mit ihnen um das „richtige“ Engagement wie um die Meinungshoheit ringen. Dies kann zur Folge haben, dass sich – proaktiv – vorhandene Diskriminierungstendenzen verstärken.

Und es ist notwendig, weil die Angehörigen, Freunde, Nachbarn und Vereinskameradinnen und -kameraden der älteren Menschen auch im vierten Lebensalter weiterhin in die Strukturen der Altenhilfe hineinwirken, in denen die Hochaltrigen sich eine Haltung zu ihrer Morbiditätszunahme und der Pflegebedürftigkeit arbeiten – auch wenn sie sich in ihrem neuen sozialen Lebenszusammenhang nicht mehr mit ihren Mitmenschen messen, im Engagement konkurrieren und nur noch z.T. Meinungshoheit für sich reklamieren. Auch aus einer mög-

licherweise resignativen Haltung heraus können sich- verbale Diskriminierungen verschärfen.

Hierzu sinnvolle Formen einer *Gemeinwesenarbeit* mit niedrigschwelligen Formen demokratiestärkender politischer Bildung anzubieten, lohnt sich.

III. Haltungen und Arbeitsweisen einer demokratiestärkenden politischen Bildung älterer Menschen

Eine Seniorenarbeit und Altenhilfe, die rein auf der *Empirie* des Alters und damit der Verletzlichkeit wie auch die Diskriminierungstendenzen älterer Menschen aufbaut, ist von ihren Zielen her weniger klar zu konturieren als eine Seniorenarbeit und Altenhilfe *normative* Grundierung, die von den Werten der Gleichberechtigung, Mitbestimmung und Freiheit ausgeht.

Wird eine solche normative Herangehensweise verschränkt mit differenziertem Wissen über junge Alte, Hochaltrige, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Seniorenarbeit und Altenhilfe sowie Angehörigen und Nachbarn von Seniorinnen und Senioren, so zeigt sich:

Das Aufzeigen der eigenen Werte, das Aushandeln von Umgangsformen und die Akzeptanz anderer Ansichten sowie Grenzziehungen sind vier Haltungen und Arbeitsweisen, die der Seniorenarbeit und Altenhilfe und einer demokratiestärkenden politischen Bildung im Alter gut zu Gesicht stehen, will sie Diskriminieren nicht hinnehmen bzw. unter den Teppich kehren, wie es vielfach geschieht.

Denn immer wieder treffen Engagementförderer in der Seniorenarbeit und Altenhilfe auch auf diskriminierende Seniorinnen und Senioren. Immer wieder sind die Strukturen der Altenhilfe wenig förderlich für Gleichberechtigung, Mitbestimmung sowie freie Entscheidung und Entwicklung. Und immer wieder verhalten sich Menschen in den Familien, Bekanntenkreisen, Nachbarschaften und Vereinen der älteren Menschen diskriminierend. All dies im Blick zu haben, ist Aufgabe einer demokratiestärkenden politischen Bildung in der Seniorenarbeit und Altenhilfe. All dies vielleicht nur punktuell ändern zu können, mag hinzunehmen zu sein. Damit – auf Basis der aufgezeigten ethischen Kriterien – zu beginnen, scheint aber an der Zeit zu sein.

Praktikable Formen solcher demokratiefördernden politischen Bildungsangebote könnten sein: niedrigschwellige Engagementförderungs- und Diskussionsangebote für junge Alte, spezifische Erinnerungs- und Teilhabeangebote für Hochaltrige, Fortbildungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Altenhilfe sowie *Gemeinwesenarbeit* mit Zugang zu den familiären, bekanntschaftlichen, nachbarschaftlichen und Vereinsstrukturen der Mitmenschen von Seniorinnen und Senioren.

» Zivilgesellschaft – mehr als ein Sympathiebegriff

Der Begriff „Zivilgesellschaft“, wie er seit den 1990er Jahren die gesellschaftstheoretischen, politischen und sozialpolitischen Diskussionen bestimmt, ist eine „Neuschöpfung aus demokratie- und kommunikations-theoretischen Bausteinen“¹. Alle diesbezüglichen Entwürfe teilen den Impuls von politischer Partizipation und weisen dem herrschaftsfreien Diskurs und dem kommunikativen Handeln eine zentrale Bedeutung zu. „Zivilgesellschaft“ wird als Raum *zwischen* Staat, Wirtschaft und Privatsphäre/Familie gefasst. Die Sphären Markt – Staat – Zivilgesellschaft – Familie sind nebeneinander stehend gedacht. Zivilgesellschaft bezeichnet einen öffentlichen Raum, in dem eine Vielzahl von Vereinigungen mit unterschiedlichem Organisationsgrad agieren: Initiativen, Vereine, Verbände, Bildungseinrichtungen und so das Bild einer aktiven Öffentlichkeit prägen. Aber „Zivilgesellschaft“ ist auch ein normatives Konzept: es steht für demokratische Partizipation, Gewaltfreiheit, Toleranz, Respekt, Gerechtigkeit.

Zivilgesellschaftliche Themen in diesem Sinne gehören zum Profil der Evangelischen Erwachsenenbildung², was prominent in zwei Jubiläumspublikationen der DEAE thematisiert wird, an die hier erinnert werden soll.³

Zwischen dem gesellschaftlichen Konzept von „Zivilgesellschaft“ und dem Selbstverständnis der Evangelischen Erwachsenenbildung gibt es enge Berührungen. So führt T. Evers aus, dass die Zivilgesellschaft nicht nur der soziale Ort der Evangelischen Erwachsenenbildung ist⁴, sondern auch mit dem protestantischen Menschenbild korrespondiert, dass die Verbindung von Individualität und Gemeinschaft, von Freiheit und Solidarität anstrebt, und zudem zur protestantischen Ethik und ihrem Weltbezug passt – gemäß dem Jeremia-Wort „Suchet der Stadt Bestes“. Die Passung geht dann mit W. Huber so weit, dass die Kirche selbst als Teil der Zivilgesellschaft, als „intermediäre Institution im triadischen Verhältnis von Staat, Kirche und Gesellschaft“⁵ zu begreifen ist. Allerdings be-



Petra Herre

Theologin und
Sozialwissenschaftlerin
PetraHerre@t-online.de

nennt Evers auch konzeptionelle Defizite: In der Erwachsenenbildung wird der eigene gesellschaftliche Ort zu wenig reflektiert, weswegen auch durchaus vorhandene Schattenseiten der Zivilgesellschaft, zu wenig im Blickfeld sind.

Zehn Jahre später konstatiert W. Gieseke dann eine gewachsene Distanz zwischen zivilgesellschaftlichen Diskursen und Bildungsträgern und fordert, dieses Thema neu aufzunehmen. Dabei sieht sie ein besonderes Potenzial bei den Trägern der gemeinwohlorientierten, konfessionellen Erwachsenenbildung, die als öffentlich anerkannt und gefördert zivilgesellschaftliche Bildungsinteressen bezogen auf Staat, Ökonomie, Familie, Individuen bearbeiten und sich mit Bürgerinitiativen, Stiftungen etc. vernetzen. Die institutionelle Erwachsenenbildung sei herausgefordert, in Kooperation mit der Zivilgesellschaft das Vertrauen in die jeweils eigne Lernfähigkeit bei allen Bürgerinnen und Bürgern zu unterstützen. Deswegen warnt Gieseke sogar vor Einschränkungen der Planungsautonomie durch den Träger Kirche. Die Evangelische Erwachsenenbildung dürfe zum Beispiel nicht zu einer internen Fortbildungsagentur werden. Giesecke bringt also stärker als Evers die andragogische Tradition des erweiterten öffentlichen Auftrags, die für Wertorientierung, kritischen Reflexionsfähigkeit und Offenheit für neue Themen und Kompetenzanforderungen steht in Erinnerung.⁶

¹ Evers, T. (2002): Städtische Werte. In: Seiverth, A. (Hrsg.): Revisionen Evangelischer Erwachsenenbildung. Am Menschen orientiert. Bielefeld, S. 580.

² Vgl. 2011/2012 Jahrbuch Evangelische Erwachsenenbildung (2013). Leipzig, S. 373ff.

³ Evers, T. (2002): Städtische Werte, a.a.O., S. 577–588. Und: W. Gieseke (2013): Herausforderungen in der Zivilgesellschaft. In: 2011/2012 Jahrbuch Evangelische Erwachsenenbildung. Leipzig, S. 183–202.

⁴ S. o. A., S. 579ff.

⁵ Huber, W. (1998): Kirche in der Zeitenwende. Gesellschaftlicher Wandel und Erneuerung der Kirche. Gütersloh, S. 269, 275ff.

⁶ Gieseke, W. (2013): Herausforderungen in der Zivilgesellschaft. In: 2011/2012 Jahrbuch Evangelische Erwachsenenbildung. Leipzig, S. 194.

» #digitaleZivilgesellschaft – Mit Hoffnung ins Netz



Kristina Herbst

Projektkoordinatorin
Projekt „Der Teufel auch
im Netz“

Evangelische Akademie
zu Berlin

www.netzteufel.eaberlin.de
netzteufel@eaberlin.de

Wo steht die digitale Zivilgesellschaft?

Frauen werden sexistisch beleidigt, Jüdinnen und Juden bedroht und verunglimpft und gegen geflüchtete Menschen wird gehetzt und sogar zur Gewalt aufgerufen ... Wer Kommentarspalten in den sozialen

Medien verfolgt, hat wahrscheinlich schon einmal selbst beobachtet, wie Menschen zur Zielscheibe von verbalen Angriffen werden. Unter dem Schlagwort „Hate Speech“ (dt.: *Hassrede*) wird in den letzten Jahren über anwachsenden Hass und eine zunehmende Verrohung der Sprache im Netz diskutiert und angesichts von Fake News, Filterblasen und Social Bots scheinen die sozialen Medien zu einem hoffnungslosen Ort zu werden. Dabei ist das Internet längst schon mehr als eine Jugendsphäre, es hat für den Großteil der Menschen eine hohe soziale Relevanz gewonnen. Besonders soziale Netzwerke, wie Facebook, Twitter und Co., haben bereits in der Breite die private und berufliche Kommunika-

tion verändert und den Raum des öffentlichen Diskurses erweitert, neu justiert. Die Digitalisierung ermöglicht, dass Menschen leicht Ideen, Kommentare, Bewertungen mitteilen können und diese Inhalte sehr schnell rasante Verbreitung und massenhaft Aufmerksamkeit gewinnen können. Virtuell erhalten wir Zugang zu Menschen und Informationen, mit denen sich offline nur schwer in Kontakt kommen lässt. Die neue digitale Kommunikations- und Informationskanäle bieten viele neue Formen der Teilhabe und Vernetzung und stellen nach wie vor ein großes demokratisches Potential dar.

Soziale Medien spiegeln aber auch deutlicher denn je Polarisierungen im politischen Diskurs wider. In den letzten Jahren konnten wir beobachten, wie bestimmte politische Kräfte soziale Medien gezielt nutzen, um die Stimmung aufzuheizen und den Diskurs zu vergiften. Sie sind auch eine Plattform für Beleidigungen, Anfeindungen und Hass geworden und mittlerweile ziehen sich schon viele Menschen von digitalen Orten des gesellschaftlichen Dialogs zurück, weil es ihnen dort an demokratischer Debattenkultur mangelt. Hass und Anfeindungen sind jedoch nicht erst mit dem Internet in die Welt gekommen, sondern Ausdruck menschenfeindlicher Einstellungen und die Menschen,

Der Teufel auch im Netz – Ein Projekt der Evangelischen Akademie zu Berlin

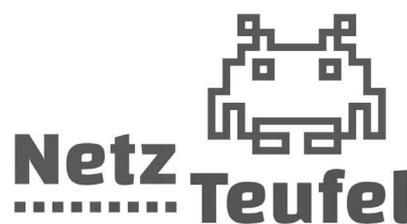
Im September 2017 ist mit „Der Teufel auch im Netz“ (kurz und folgend „NetzTeufel“ genannt) ein Projekt an der Ev. Akademie zu Berlin gestartet, das sich mit Hate Speech im Netz und den Umgang damit beschäftigt. Mit einer Social-Media-Analyse haben wir nach Hass im Netz gesucht, der mit dem christlichen Glauben begründet wird. Als Ergebnis haben wir sogenannte toxische Narrative herausgearbeitet – das sind Erzählungen und Bilder, die die Grundlage für Hate Speech sind und die Kommunikation vergiften.

Gemeinsam mit kirchlichen und kirchennahen Einrichtungen und Multiplikator*innen engagieren wir uns für demokratische Netzkultur und suchen nach Werkzeugen, Techniken und Strategien zur digitalen Selbstpositionierung, damit der digitale Hass uns weder im Netz noch andernorts erstickt.

In Seminaren suchen wir nach Anknüpfungspunkten für #hopeSpeech und fragen danach, welche Erzählungen aus den christlichen Traditionen helfen können, Hass und Abwertung zu widerstehen und menschenfreundliche Narrative zu schaffen.

Das Projekt wird vom BMFSFJ im Rahmen des Bundesprogramms Demokratie leben! gefördert. Darüber hinaus wird das Projekt von der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) unterstützt.

Weitere Informationen: www.netzteufel.eaberlin.de



die Hate Speech ausgesetzt sind, werden meist nicht zufällig zu Betroffenen.

Auch im Namen des christlichen Glaubens wird im Netz Hass verbreitet und die Kommunikation vergiftet. Das Projekt „Der Teufel auch im Netz“ der Evangelischen Akademie zu Berlin beschäftigt sich mit Hate Speech und Fragen der digitalen Zivilgesellschaft. Was können wir dem Hass im Netz entgegenzusetzen und wie können wir eine demokratische Debattenkultur stärken?

Was genau ist Hate Speech?

Der Begriff Hate Speech wurde erst in den letzten Jahren geprägt und wird noch sehr unterschiedlich definiert. Häufig wird Hate Speech als juristische Kategorie verstanden – insbesondere in den Debatten um das Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) und den Umgang von sozialen Plattformen mit Hasskommentaren. Hate Speech ist jedoch kein eigener Strafbestand, kann aber mitunter juristisch verfolgt werden, wenn strafrechtsrelevante Inhalte vorliegen. Meistens handelt es sich in diesen Fällen um die Strafbestände Volksverhetzung oder Beleidigung. Hate Speech ist also ein politischer Begriff und meint auch jenseits der strafrechtlichen Relevanz ganz allgemein verbalisierte Formen von Hass und Angriffen im Netz. Ein weit verbreitetes Verständnis von Hate Speech orientiert sich an der Definition des Europarates und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen.¹ Demnach ist Hate Speech der „sprachliche Ausdruck von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“. Darunter wird die verbale Herabsetzung, Diskriminierung oder Verunglimpfung von Menschen aufgrund ihrer zugewiesenen Zugehörigkeit zu einer vermeintlichen Gruppe verstanden (beispielweise antimuslimischer Rassismus, Antisemitismus, Sexismus sowie Feindlichkeit gegenüber Homosexuellen oder asylsuchenden Menschen). Hier wird auch der Unterschied zu dem schon älteren Begriff des Cybermobbings deutlich: Während Cybermobbing Angriffe auf einzelne Personen meint und oft eine persönliche Beziehung voraussetzt, geht es bei Hate Speech um die Herabsetzung von gesellschaftlichen Gruppen. Häufig sind auch Menschen oder Institutionen von Hate Speech betroffen, die sich für diese Gruppen einsetzen oder sich solidarisch zeigen. Hate Speech kann sich ganz unterschiedlich zeigen und in verschiedenen Formen auftreten, doch immer werden mit Vorurteilen, Stereotypen und Feindbildkonstruktionen die Kommunikation und damit das gesellschaftliche Klima im Netz vergiftet.

Hass als Strategie der extremen Rechten

Die Herabsetzung und Diskriminierung bestimmter gesellschaftlicher Gruppen ist zentrales Ideologeelement des Rechtspopulismus und der extremen Rechten. Es ist nicht verwunderlich, dass Vertreter/innen dieses Spektrums Hate Speech

als strategisches Mittel im Netz nutzen und massiv einsetzen. So kommt es auch zu sogenannten ‚shitstorms‘, also zu massenhaften negativen Reaktionen im Netz, wodurch Minderheiten, aber auch einzelne Politiker/innen, Journalist/innen und Aktivist/innen gezielt angegriffen, beleidigt und eingeschüchert werden. Diese Angriffe bleiben nicht ohne Auswirkungen auf die Betroffenen und es entsteht der Eindruck, diese sogenannten „Trolle“² bilden eine Mehrheit, seien *die* Öffentlichkeit.

Zwar zeigt eine aktuelle Studie³, dass koordinierte Hasskampagnen durch extrem rechte Akteure/innen zugenommen haben, doch nur von wenigen Nutzer/innen ausgehen. Es handelt sich um eine Minderheit, die aber sehr laut ist und eine erfolgreiche Strategie anwendet: Gezielt werden Debatten befeuert, Menschen gegeneinander aufgehetzt und politische Feinde eingeschüchert.

Auch jenseits solcher Hasskampagnen und oftmals unter dem Radar der öffentlichen Aufmerksamkeit ist Hate Speech in weniger extremen Ausdrucksformen vorhanden und ein ernstzunehmendes Problem. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist eben nicht nur ein gesellschaftliches Randphänomen, sondern findet sich auch in der Mitte der Gesellschaft, so auch unter Menschen christlichen Glaubens und Kirchenmitgliedern.

Hate Speech im Namen des christlichen Glaubens

„Der Islam hat im christlichen Abendland nichts zu suchen“ – „Homosexualität bedroht Gottes Ordnung“ – so oder so ähnlich klingen abwertende und diskriminierende Äußerungen, die von Christ/innen im Netz verbreitet werden und über die kirchlich und theologisch nicht hinweggesehen werden darf.

Das Projekt NetzTeufel hat sich die Frage gestellt, wo und wie Hate Speech im Namen des christlichen Glaubens im Netz auftaucht. Welche Erzählungen und Bilder sind die Grundlage für Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, die mit dem christlichen Glauben legitimiert wird? Mit einer Social-Media-Analyse wurden zahlreiche Kommentare unter Posts auf drei ausgewählte Facebook-Seiten aus dem Jahr 2017 ausgewertet und auf Hate Speech und demokratiefeindliche Inhalte untersucht. Die Ergebnisse zeigen verschiedene toxische Narrative, die sich aus einzelnen Argumentationsmustern zusammensetzen und dabei Ereignisse, Probleme oder Sachverhalte in einen sinnhaften Kontext setzen.

Es zeigt sich, dass Hate Speech nicht immer auf dem ersten Blick nach Hass klingt, sondern sich auch unter dem Deckmantel scheinbar rationaler Kommunikation findet und vor allem ein Gefühl der Angst auslösen soll. Ein verbindendes Element, das allen Erzählungen zu Grunde liegt, ist das Bild einer Bedrohung. „Wir werden bedroht – Die Endzeit naht“ – so kann das zentrale Narrativ beschrie-

¹ vgl. No Hate Speech Movement Deutschland: www.no-hate-speech.de/de/wissen/.

² Als Trolle werden Personen bzw. Accounts im Internet bezeichnet, die gezielt die Kommunikation stören.

³ vgl. Kreißel, P./Ebner, J./Urban, A./Guhl, J. (2018): Hass Auf Knopfdruck: Rechts-extreme Trollfabriken und das Ökosystem koordinierter Hasskampagnen im Netz. Verfügbar unter: <https://www.isdglobal.org/programmes/research-insight/publications/> (15.08.2018).



ben werden, das ein Szenario des „Kulturkampfes“ heraufbeschwört. Je nach Themenbereich sieht man sich im Kampf gegen verschiedene Feindbilder, was unumgänglich zu sein scheint, um die eigene Gruppe oder Identität zu beschützen. Es werden vermeintliche Gegner/innen konstruiert, die entweder eine Bedrohung von außen darstellen – wie der Islam, die Migrant/innen oder Geflüchtete, oder die die Identität von innen bedrohen – wie Politiker/innen, Kirchenvertreter/innen, das Establishment, der Zeitgeist. Solche Bedrohungsszenarien verbreiten ein diffuses Gefühl der Angst und hetzen Menschen gegeneinander auf. Unsere Analyse hat fünf besonders verbreitete toxische Narrative zu den Themenbereichen Islam, Homosexualität, Flucht, Gender und Demokratie identifiziert.⁴

So findet sich beispielsweise das diskriminierende Narrativ „Flüchtlinge unterwandern das Sozialsystem“, mit dem geflüchtete Menschen als „Wirtschaftsmigranten“ pauschalisiert werden, die sich als „Flüchtlinge“ ausgeben und den Staat ausnehmen wollen. Das Grundrecht auf Asyl wird dabei gemäß des christlichen Selbstverständnisses nicht in Frage gestellt – es wird aber Niemanden mehr zugestanden. In dieser Logik werden geflüchtete Menschen entmenschlicht und zu Prototypen von „Sozialschmarotzern“, die für alle sozialen Missstände in der Gesellschaft schuldig erklärt werden und kein Recht auf veränderte Lebensbedingungen haben.

Was können wir angesichts dieser Menschenfeindlichkeit dem Hass im Netz entgegensetzen

und ist eine demokratische Debattenkultur online überhaupt möglich?

Zivilcourage – nicht nur auf der Straße

Sogenanntes „Counterspeech“ (dt.: Gegenrede) ist eine Möglichkeit, direkt auf Hass im Netz, zu reagieren. Schon ein Klick oder ein Satz kann manchmal ein wichtiges Zeichen darstellen. Nicht bei jedem Fall von Hate Speech ist eine Reaktion sinnvoll – zunächst ist die Frage wichtig, welches Ziel mit welcher Strategie verfolgt werden soll. Strafrechtsrelevante Inhalte sollten immer zur Anzeige gebracht und zusätzlich bei der Plattform gemeldet werden. Nicht mit allen Menschen und nicht in allen Situationen aber lohnt es sich, in eine Diskussion zu gehen – zumindest nicht mit dem Ziel, das Gegenüber überzeugen zu wollen. Versuche einer Gegenwehr angesichts von Hate Speech stoßen häufig auf noch mehr Hass und Aufmerksamkeit von Hater/innen. Dennoch erfüllt Counter Speech, als direkte Reaktionsstrategie auf Hate Speech, eine wichtige Funktion, die nur schwer zu messen ist. Wenn Hass und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit nicht einfach unkommentiert bleibt, klar Position bezogen oder der toxische Gehalt von Hasskommentaren entlarvt und offengelegt wird, dann geht es nicht darum, die verfassenden Personen von Hate Speech selbst in den Blick zu nehmen, sondern diejenigen, die mitlesen. Ja, Meinungs- und Perspektivenvielfalt ist die Voraussetzung für eine demokratische Debattenkultur im Netz, doch was in der Theorie einfach klingt, ist in der Praxis mühsam umsetzbar. Mitunter aber kann schon ein Like oder ein kurzer Kommentar solidarisieren und dazu beitragen, dass der oft als Mehrheit wahrgenommen Hass etwas leiser wird. Auch Kirche und Christ/innen sind im Netz gefragt. Wo die Würde des Menschen angegriffen oder die Ausgrenzung von Menschen im Namen des christlichen Glaubens gerechtfertigt wird, braucht es die digitale Zivilgesellschaft, die die Stimme oder besser gesagt das Wort erhebt. Das Entstehen von christlichen Grundwerten ist dann nicht nur Sache der kirchlichen Öffentlichkeitsarbeitsabteilungen, sondern eine Sache der digitalen Zivilcourage.

#hopeSpeech statt hateSpeech – Wo bleibt die Hoffnung?

Und es braucht mehr als eine punktuelle direkte Gegenrede. Das Netz sollte nicht denjenigen überlassen werden, die Hass verbreiten und die Kommunikation in den sozialen Medien vergiften. Die Positionierung mit eigenen positiven Inhalten und Narrativen ist eine Chance, die noch zu wenig genutzt wird. Daher möchten wir auch mit dem Projekt NetzTeufel nicht beim Hass verharren, sondern eine hoffnungsvolle Perspektive einnehmen und danach fragen, welche theologischen Auseinandersetzungen wir benötigen und welche Geschichten der

⁴ Die Ergebnisse sind auf der Website www.netzteufel.eaberlin.de zu finden und nachzulesen.

christliche Glauben bietet, um menschenfreundliche Positionen zu stärken. Die christliche Tradition bietet zahlreiche Bilder, die Hass und Menschenfeindlichkeit entgegengesetzt werden können, nur fehlt ihr digitale Präsenz. Um digitaler Kommunikation gerecht zu werden, müssen wir kreative Kommunikationsformen erlernen. Mit Techniken und Phänomenen, wie Videos, Bildern, GIFs oder Memes bieten sich weit mehr Kommunikationsformen als Wort und Schrift. Hier ist nicht nur Bildungsarbeit mit Kindern und Jugendlichen in den Blick zu nehmen, sondern auch die Erwachsenenbildung ist gefragt: Medienpädagogische Formate und technikorientierte Angebote können dazu beitragen, Logiken und Dynamiken des Netzes und der sozialen Medien zu verstehen und digitale Techniken zu erfahren. Gleichzeitig sind politische Bildungsangebote zu Themen, wie Hate Speech oder Fake News wichtig, um eine Sensibilisierung für diese Phänomene zu fördern und junge wie ältere Erwachsene zu empoweren, eigene Umgangsstrategien zu entwickeln.

Das Netz ist wieder mehr als ein Ort der Diskussion, des Austausches und des öffentlichen Auseinanderhandelns wahrzunehmen und nicht als einen von

der Realität getrennten Ort, der wieder verschwinden könnte. Soziale Netzwerke können, das haben auch unsere Recherchen gezeigt, ein Ort rationaler und respektvoller Diskussionen sein. Das Internet und soziale Medien bieten neue Formen der digitalen Kommunikation und Selbstpositionierung, die stärker genutzt werden sollten – auch von Kirche und Christ/innen. Es ist eine riesige Chance für Kirche und Theologie die Digitalisierung mitzugestalten und die Räume zu nutzen, die diese zur Verfügung gestellt hat.

Es hilft nicht weiter, das Internet als Ort des Hasses für den Hass verantwortlich zu machen. Wir müssen diesen Ort selbst mitgestalten und vor allem nach den Ursachen für Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit fragen und alternative Botschaften entgegensetzen. Wir brauchen in zweierlei Hinsicht mehr Hoffnung für das Netz: Hoffnungsvolle Bilder und Erzählungen, die einen Kontrapunkt zu Hate Speech im Namen des christlichen Glaubens sein können und einen hoffnungsvollen Blick auf das Netz als Ort, der viele Chancen bietet. Denn #digitaleZivilgesellschaft muss gestaltet werden.

Zum Umgang mit Hass im Netz – #hopeSpeech-Workshop

Im Rahmen des Projektes haben wir einen Offline-Workshop für Jugendliche und Multiplikator*innen aus dem kirchlichen Bereich entwickelt. Mit einem #hopeSpeech toolkit (Materialkoffer) und Textbeispielen aus der Analyse zu Hate Speech beschäftigen sich die Teilnehmenden in dem Workshop mit Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und tauschen sich über Erfahrungen mit Diskriminierungen offline sowie online aus. In einem kreativen Prozess werden analog mögliche Handlungsstrategien mit Hass im Netz ausprobiert (Diskutieren, Positionieren, Ignorieren, Zensieren, Ironisieren, paradoxe Intervention, etc.) und auf das Netz als soziale Lebensrealität übertragen.

Kontakt bei Interesse: netzteufel@eaberlin.de



STANDPUNKT

» Wo die Kultur beim Streiten ein Ende hat



Dipl.pol. Martina
Wasserloos-Strunk

Philippus-Akademie
Evangelischer Kirchenkreis
Gladbach-Neuss
martina.wasserloos-
strunk@kkgn.de

Wenn es um das Thema Streit geht, dann bekommen zahlreiche Berufsgruppen einen veritablen Adrenalinstoß. Biolog/innen, die untersuchen, was da im Körper passiert, wenn die Tassen fliegen, Psycholog/innen, die Muster suchen und Verletzungen heilen, Mediziner/

innen, die auch Verletzungen heilen, Esoteriker/innen, die den inneren Frieden preisen und für teurer Geld Wege dahin weisen, Pfarrer/innen, die die Bergpredigt schwenken, Ratgeberschreiber/innen, die zu einer „Streitkultur“ einladen – und wenn wir dann ganz konstruktiv unsere Konflikte gelöst haben und im Idealfall der Konsens da ist, dann ist alles vergeben und vergessen. Nein, noch anders: Wer konstruktiv streitet, der hat am Ende nichts zu vergeben und zu vergessen ...

Mit dem Thema Streit wird eine ganze Industrie von Expertinnen und Experten am Leben gehalten. Und allen ist gemeinsam, dass sie uns einreden wollen, dass ein Streit nur dann gut ist, wenn er „Kultur“ hat. Ehrlich gesagt: Das klingt für mich ein bisschen himmelblau. Wenn ich streite, dann habe ich normalerweise wenig Zeit, um mir zu überlegen, wie ich das, worüber ich sawütend bin, in gepflegten Worten, angemessenem Ton und gesprächsoffener Haltung formulieren soll. Das wäre dann ja auch kein Streit. So wie bei meinen Freunden, bei denen ich vor einigen Wochen einen dicken Porzellansplitter aus dem Stamm der Yucca-Palme gezogen habe. „Kuchenteller“, war die etwas einsilbige Erklärung.

Ich habe mich beim Thema „Streitkultur“ gefragt, ob es nicht Situationen gibt, in denen die ganze Kultur, die man zum gepflegten Streiten braucht, eine echte, notwendige und klare – vielleicht sogar aggressive – Positionierung unmöglich macht. Ja, Sie haben richtig gelesen: „echte, notwendige, vielleicht sogar aggressive Positionierung!“ Denn ich kann mir sehr wohl Situationen und Themen vorstellen, über die zu streiten – im Sinne einer „Streitkultur“ – ich gar keine Lust habe. Also Auseinandersetzungen, bei denen ich das „Basta!“ als Beitrag einbringe und nicht immer nur das wertschätzende

und offene Ohr für eine andere Meinung und den Respekt vor dem Menschen mit der anderen Meinung. Menschenwürde zum Beispiel. Oder Europa. Oder Demokratie. Oder Seenotrettung.

Oder wenn es um die AfD geht. Da will ich nicht gepflegt streiten, sondern ungepflegt sagen, dass ich die völkisch-nationalen Ideen dieser Partei – und auch derjenigen, die sie vertreten – für *un*-bestreitbar halte.

Das Schlimme ist, dass viele Menschen immer noch glauben, dass man über diese Ideen ja reden könnte – natürlich nicht zustimmend, sondern sie meinen, dass man in einen konstruktiven Streit treten sollte. „Konstruktiven Dialog“ nennen es die ganz Sanftmütigen. Auf Augenhöhe noch am besten! Ungefähr so, wie wenn man versucht, ein brennendes Haus mit dem Fingerhut zu löschen.

Sozusagen „auf den letzten Drücker“ hat der Kirchentag reagiert: Diesmal müssen wir in Dortmund nicht wieder Vertreter dieser Partei auf den Podien begrüßen, zu Andachten sind sie dagegen zugelassen – na, das schadet ja wahrscheinlich nicht viel, leider. Ursprünglich sollten noch die eingeladen werden, die sich nachweislich nicht menschenverachtend geäußert hatten – na, wenn das nicht Gesprächspartner auf Augenhöhe sind, diejenigen, die durch ihre Parteimitgliedschaft nur „Beihilfe“ zur Menschenverachtung leisten. Da lässt es sich doch trefflich streiten, nach der Devise: Immer schön nett bleiben. Derweil marschieren ihre „Bewegungscharaktere“ (O-Ton) durch unsere Städte und hetzen ein wenig herum – in Worten und Taten. Das mag manchem vielleicht ein bisschen zu pointiert vorkommen, trotzdem glaube ich, dass die Grenzen der „Streitkultur“ genau hier sichtbar werden. Denn Streitkultur setzt voraus, dass die streitenden Parteien gemeinsam ein Interesse daran haben, in einer grundsätzlich offenen und konstruktiven Haltung zu einem Ergebnis zu kommen, mit dem alle – unverletzt – leben können.

Das ist aber ja im genannten Fall gar nicht beabsichtigt. Im Gegenteil. Die genannten Parteivertreter haben ein umfangreiches Repertoire destruktiver, impliziter, offen-aggressiver verbaler „Tritte unter dem Tisch“ zur Verfügung, die uns Streitkulturschaffenden die Konsenssuppe versalzen. Und damit wird auch schon eine gravierende Schlagseite der Streitkultur deutlich – man mag mir die mar-



tialische Wortwahl nachsehen –, aber wenn keine Waffengleichheit zwischen den Streitenden besteht, dann geht es auch nicht mit der Kultur!

In der Diskussion mit der AfD erleben wir immer wieder, dass unsere Erwartungshaltung an einen förderlichen und weiterführenden „Streitdialog“ bitter enttäuscht wird. Während die Partei aus allen Rohren auf unsere Demokratie schießt, lassen wir – vor allem in kirchlichen Gremien – bestenfalls verbale Luftballons steigen. Da steht dann drauf: „Man muss offen für ein Gespräch bleiben“ oder „Wir wollen doch nicht mit den gleichen Mitteln hantieren“, oder am allerschlimmsten: „Die fühlen sich abgehängt“. Das ist dann ungefähr so, wie wenn der Besitzer eines zähnefletschenden Bullterriers beruhigend wissen lässt, dass der gefährliche Köter nur spielen will. Dabei wissen wir es doch inzwischen, dass „die“ nicht spielen wollen.

Streitkultur hat Spielregeln. Die Kultur ist hin, wenn sich einer nicht daran hält.

Es wird verletzt und behauptet, diffamiert und gelogen. Es werden Sprüche gekloppt, die jeden Stammisch erröten lassen. Was alles darauf schließen lässt, dass die Partei und ihre Anhänger zwar streiten möchten, aber lieber nicht mit Kultur, sondern unter Zuhilfenahme aller – auch subversiver – Formen sprachlicher und inzwischen auch sonstiger Gewalt. Gegenseitige Achtung, Augenhöhe, gewaltfreier Dialog, die Übereinkunft, dass nicht verletzt wird, die Klarheit über verwendete Sprache und Begriffe – Pustekuchen. Letzteres ist allerdings in den Debatten mit der AfD unbestreitbar, denn:

„Hass ist nicht strafbar!“, sagt der Parteivorsitzende. Und zeigt mit diesem Satz, wie plötzlich die gemeinsamen Grundlagen unserer Gesellschaft – für die es sich ja schließlich lohnen sollte zu streiten – neu bewertet werden.

Bei solchen Worten kann uns der Atem stocken. Denn wir dachten doch, dass so etwas wie Hass gebannt sei aus unserem Miteinander. Wir haben Streitkulturseminare besucht, Coachings gemacht und Mediationen durchlebt. Wir haben viel Zeit aufgewendet, für zivilisierten Streitdiskurs zu werben. Wir haben uns in der Sicherheit gewöhnt, dass die freiheitlich-demokratische Grundordnung alle Voraussetzungen schafft, damit der Hass abgeschafft ist. Ist er aber nicht. Und schlimmer noch, er wird vom Brandstifter im grünen Wohnsacko mit Hundekrawatte und seinen Claqueuren eifrig befeuert. Das sind nicht mehr irgendwelche Wirrköpfe, die durch das Parlament rülpeln. Die wollen nicht spielen!

Die Hilflosigkeit im Umgang mit diesem rasend unfairen Streitpartner ist offenkundig. Wo wir uns darauf verständigt haben, dass Streiten Spielregeln braucht, damit kein Waterloo übrig bleibt, will dieser Streitpartner gerade das: diffamieren und kaputt machen. Und bei der Wahl der Mittel ist er nicht zimperlich! Man hat den Eindruck, dass er sich in der trüben Brühe von Beleidigungen und Grenzverletzungen wohlfühlt, wie ein Fisch im Wasser.

Unter diesen Voraussetzungen ist es nicht leicht mit der Streit-KULTUR und wir tun gut daran, sehr genau zu überlegen, wie wir damit umgehen, dass ein Streitpartner sich der Kultur verweigert. Auch weiterhin vorauszusetzen, dass diese Haltung unseres Gegenübers so harmlos sei wie ein zähnefletschender Bullterrier – das wird am Ende zu erheblichen Verletzungen führen!

In diesem Sinne wird wohl leider doch kein Weg daran vorbeiführen, den Streit zu suchen – wo immer sich die Gelegenheit bietet! Streit, jenseits von allen Möglichkeiten, als Konsensangebot oder Kompromissuche oder Ausdruck der Achtung vor der anderen Meinung missverstanden zu werden.

» Netzgefahren – Vorsicht Liebesbetrug!



Sonja Böhm

ist Polizeibeamtin und zuständig für die Deliktsfelder Jugenddelinquenz, häusliche Gewalt, Stalking und Cybermobbing, seit mehreren Jahren ist sie auch als Autorin für die Evangelische Arbeitsstelle Fernstudium „im Einsatz“.



Henrik Wolf

ist Tontechniker und Mediendesigner und unterstützt die Fernstudienstelle bei Messeauftritten

Das Internet ist eine virtuelle Erweiterung der Welt, in der wir uns bewegen. Dunkle Orte, gefährliche Gänge und Gassen gibt es diesseits wie jenseits der uns bekannten Wege. Aber auch auf den virtuellen Straßen des Netzwerks ist Vorsicht geboten. Der mündige Internetnutzer zeichnet sich keineswegs nur dadurch aus, dass er „schon drin ist“, sondern auch dadurch, dass er sich dort sicher bewegen kann. Medienkompetenz beinhaltet zunehmend Aspekte von Sicherheit und Gefahrenabwehr für sich und andere. Aus diesem Grund soll es im Folgenden um die dunklen Seiten der vernetzten Welt gehen.

Soziale Netzwerke wie Facebook und Instagram, Partnerbörsen wie Parship und Lebensfreude oder sog. Single Apps dienen auf unterschiedliche Weise dazu, Menschen miteinander in Kontakt zu bringen. Sie suchen einen Wanderfreund, jemanden, der mit ihnen Sport macht oder einen Kochkurs besucht, oder sie suchen einen Lebenspartner. Die meisten Kontaktsuchenden meinen es ehrlich. Manche nutzen solche Plattformen aber auch als Tarnmantel für kriminelle Handlungen, wie zum Beispiel Romance Scamming, den Liebesbetrug.

Liebesrausch und Nächstenliebe

Das trifft doch immer nur die anderen, sagen Sie? Der Meinung war auch Daniel T. „Das passiert vielleicht alleinstehenden Frauen Ü 50“, dachte Daniel, „aber nicht mir, nicht einem jungen Kerl um die 20.“

Daniel traf Natascha im Internet. Die hübsche blonde junge Frau schickte ihm eines Sonntagabends eine Freundschaftsanfrage. „Solche Anfragen schlägt man ja nicht aus“, grinst Daniel breit, aber das Lächeln gefriert ihm: „Wie konnte ich nur so ...!“ Als Natascha Daniel auf Facebook an-

sprach, war das der Beginn einer langen Freundschaft. Natascha likte seine Beiträge, schickte ihm ab und zu Bilder, fragte ihn regelmäßig, aber doch locker und unaufdringlich nach seinem Befinden. Natascha hatte immer ein offenes Ohr, wenn es ihm schlecht ging, und baute ihn wieder auf. Sie schickte ihm jetzt häufiger schöne Bilder und ab und zu ein Herzchen. Natascha war nicht nur ein guter Freund, sie war auch richtig hübsch – und das zeigte sie ihm nun immer öfter und offener. Nur schade, dass sie 500 km weit weg wohnte, irgendwo in Brandenburg. Trotz der Entfernung war es schließlich um Daniel geschehen, er verliebte sich in Natascha, die allerdings gerade selbst viel um die Ohren hatte, weil ihr Stiefvater, wie er nun erfuhr, das Erbe ihrer Mutter zu unterschlagen versuchte. Die Mutter war sehr vermögend gewesen, hatte dem Stiefvater aber zu viel vertraut und war dann bei einem Autounfall ums Leben gekommen. Es ging um mehrere hunderttausend Euro, wenn nicht gar um eine Million. Für den verliebten Daniel war es ein Geschenk, dass Natascha ihm so viel anvertraute. Es war verrückt, aber er fühlte sich ihr so nah, so verbunden, und ihr schien es genauso zu gehen. Sie wollten sich treffen. Aber zunächst brauchte sie erstmal Geld, um den Anwalt zu bezahlen. Daniel schickte ihr über einen Boten 1.300 Euro. Der Anwalt war gut, er machte ihr Hoffnung. Aber der Stiefvater bedrohte sie. Sie musste sogar untertauchen ... und sie brauchte noch mehr Geld. Am Ende war Daniel 8.000 Euro los und Natascha hatte sich in Luft aufgelöst.

Menschenhacker

Ganz ähnliche Geschichten haben Marion G. (43), Karl-Heinz M. (62), Johanna B. (27) erlebt – sind das alles nur bemitleidenswerte Zeitgenossen? Nein, sie sind ganz normal und genau das macht sie so

leicht zum Opfer. Die Täter sind nämlich Spezialisten, die genau wissen, was sie tun. Sie hacken sich in das System Mensch und erzeugen dort eine Art humanen Trojaner aus Liebeswahn und Nächstenliebe. Genau wie andere Hacker müssen sie dafür möglichst viel über das System wissen, welches sie zu ihren Gunsten umprogrammieren wollen. Dieses Wissen besteht aus Allgemeinwissen – wie funktioniert ein Mensch? – und Spezialwissen über das Opfer. Zum Allgemeinwissen zählt etwa, dass Menschen gerne geliebt werden, dass Menschen sich besser fühlen, wenn sie einem anderen geholfen haben, dass Menschen anfällig sind für Komplimente – und dass Menschen, wenn sie sich verlieben, nicht mehr klar denken können. Verliebtheit bewirkt eine überdurchschnittliche Ausschüttung unterschiedlichster Botenstoffe im Gehirn, die zusammen etwas bewirken, das mit einem Drogenrausch gleichzusetzen ist. Wer so unter Liebesdrogen steht, ist leicht zu manipulieren ...

Der klassische Heiratsschwindler hat sich dies schon immer zunutze gemacht. Beim Internet kommt nun aber hinzu, dass es leichter geworden ist, an detailliertes Opferwissen heranzukommen: Neben persönlichen Daten werden oft weitere private Details wie Lebensgewohnheiten, Hobbies, Urlaubsziele, Informationen über den Freundeskreis, den Beziehungsstatus, das Vermögen und selbst das Konsum- und Essverhalten bereitwillig bekannt gegeben oder gar fotografisch festgehalten. Die Opfer veröffentlichen diese Daten, um ihre Chancen auf ein Kennenlernen und eine Beziehung zu vergrößern. Für Kriminelle ist es jedoch ein Leichtes, sich einen sogenannten „fake account“ zuzulegen. So werden „Bilderbuch-Profile“ erstellt, getoppt vom Foto eines smarten Modells oder erfolgreichen Geschäftsmannes nebst Limousine oder Yacht.

Programmiersprache Rhetorik

Zu dem Wissen um das System Mensch und das System Opfer muss nun noch eine Sache hinzukommen und schon ist der Menschenhacker perfekt: Die Rhetorik. Sie ist quasi die Programmiersprache, mit welcher der Täter sein Opfer programmiert und manipuliert. Wie erfragt man Informationen? Wie kommuniziert man so, dass keine Fragen entstehen. Wie weicht man Fragen aus? Wie stellt man Nähe her, scheinbare Verbindlichkeit? Wie gewinnt man das Vertrauen des Opfers?

Wichtige rhetorische Helfer sind dabei Geschichten und Metaphern, weil durch sie Bilder erzeugt werden. Menschen mögen das, deshalb erzählt man schon Kindern Gute-Nacht-Geschichten. Geschichten dringen schnell in uns ein und berühren uns emotional. Eine Natascha ist dann nicht nur irgendein hübsches Mädchen, sondern jemand mit einer anrührenden Geschichte, mit einem Schicksal. Da fühlt man sich schnell aufgefordert, die Geschich-

te zu einem guten Ende zu bringen, und außerdem will man in dieser Story ja zu den Guten gehören.

Täter – Opfer

Bei den Tätern handelt es sich in diesem Bereich oft um ganze Täterbanden im afrikanischen oder karibischen Raum. Sie sind hochorganisiert und arbeiten von Internet-Cafés aus, um ihre Opfer professionell zu umgarnen. Oft agieren sie im Schichtrhythmus, so dass die Opfer nicht immer mit ein und derselben Person kommunizieren. Im Nachhinein scheint das besonders demütigend, da oft sehr persönliche und intime Details preisgegeben wurden. Für die Opfer sind die Folgen dramatisch. Abgesehen vom finanziellen Schaden leiden sie psychisch am Verlust der geglaubten großen Liebe sowie an starken Selbstzweifeln.

Aus Scham erstatten viele Opfer keine Strafanzeige. Das ist falsch! Denn auch wenn es noch so peinlich zu sein scheint, ist es am Ende besser, alle juristischen Mittel auszuschöpfen. So wie es die Milliardärin Susanne Klatten vorgemacht hat, die Opfer eines Liebesschwindlers wurde und trotz der drohenden Medienschlacht den Mut fand, den Täter vor Gericht zu bringen.

Wie schützt man sich?

Der erste Schutz besteht darin, anzuerkennen, dass es menschliche Grundmuster und -bedürfnisse gibt, die uns anfällig für derartige Betrügereien werden lassen. Erst wenn einem das klar ist, sieht man den Sinn von Vorsichtsmaßnahmen ein. Insbesondere sollte man genau abwägen, welche persönlichen Details, inklusive Fotos, man auf Internet-Plattformen preisgibt. Virtuelle Kontakte sollten rasch einem Realitätscheck ausgesetzt werden, am besten mit Freunden. Gegebenenfalls sollte man seine eigenen Beziehungs- und Liebessehnsüchte kritisch hinterfragen, damit aus dem vermeintlichen Traumprinz kein Alptraumprinz wird.

Bei jedweden finanziellen Forderungen, egal wie plausibel die Geschichten auch klingen mögen, sollte man sehr, sehr skeptisch werden und immer einen Außenstehenden zu Rate ziehen.

Ist man von Romance Scamming oder anderen Straftaten betroffen, sollten diese unbedingt zur Anzeige gebracht werden. Doch gibt es neben polizeilichen mittlerweile auch zahlreiche andere Beratungsstellen, bei denen man sich Hilfe holen kann – und die Erkenntnis, dass es noch viele weitere Betroffene gibt.

» Die Jury der Evangelischen Filmarbeit empfiehlt

Fridas Sommer (Estiu 1993)

Spanien 2016
Regie: Carla Simón

Preise: 67. Berlinale: u.a. Preis für den besten Erstlingsfilm; Filmfestival Málaga 2017 – Bester Spielfilm; Filmfestival Istanbul 2017 – Spezialpreis der Jury; Offizieller spanischer Beitrag für die Oscars 2018 u.a.

Als Fridas Mutter stirbt, ist das Mädchen sechs Jahre alt. Das Großstadtkind, das nun keine leiblichen Eltern mehr hat, soll künftig bei dem Onkel und dessen Frau leben. Die beiden leben mit ihrer kleinen Tochter Anna im dicht bewaldeten katalonischen Bergland. Die Verarbeitung des Verlusts der Eltern verläuft für Frida nicht ohne Rückschläge. Nur mühsam findet die neue Familienkonstellation zueinander. Die Geduld der neuen Bezugspersonen wird immer wieder auf die Probe gestellt. Fridas Bemühungen, ihren Platz in der neuen Familie zu finden, sind nicht immer sympathisch, mitunter ist sie harsch und zurückweisend. Vor allem die kleine Anna bekommt das zu spüren. In einer Szene lässt Frida die Stiefschwester im Wald zurück,



einmal will sie selbst weglaufen, kehrt aber trotzig zurück, weil es ihr zu dunkel ist. Die Rollenspiele der beiden Mädchen machen sichtbar, um was es geht, welche Ängste und Fragen Frida beschäftigen. Die Empathie ihres Umfelds, die Fröhlichkeit der kleinen Schwester und Fridas eigene Neugier und Energie machen einen Neuanfang möglich.

Das Besondere an Carla Simóns erstem Langspielfilm besteht darin, wie unmittelbar sich die spanische Regisseurin auf die kindliche Erlebniswelt ihrer Protagonistin und deren jüngerer Spielgefährtin einzulassen versteht. Geduldig und zurückhaltend schildert der Film Fridas ersten Sommer in der neuen Umgebung. Die Kamera bleibt nah bei Frida, erst im Verlauf der Handlung weitet sich der Blick für die Umgebung, das Haus, die Landschaft, die Familie. Sie begleitet das eindrucksvoll gespielte Mädchen bei seiner Eingewöhnung in die neue Umgebung, bei den intensiven Konflikten, die es mit seinen neuen Bezugspersonen erlebt, und der allmählichen Verarbeitung des Geschehenen. Die Zeit, die sich der Film nimmt, macht diese Entwicklung glaubwürdig. Wenn Frida am Ende in den Armen ihrer neuen Eltern bitterlich weint, dann ist dies nichts anderes als ein Happy End.

Styx (Styx)

Deutschland, Österreich 2018
Regie: Wolfgang Fischer

Preise: Berlinale 2018: u.a. Preis der Ökumenischen Jury; Filmkunstfest Mecklenburg-Vorpommern: Publikumspreis u.a. Festival des deutschen Films 2018: Besondere Auszeichnung der Jury u.a.

Rike ist Anfang vierzig und arbeitet als Notärztin in Köln – ein harter Job. Ihr Urlaubsplan verspricht auch nicht gerade Entspannung pur: Sie will von Gibraltar nach Ascension segeln, eine Insel im Südatlantik. Tausende von Kilometern auf dem rauen Meer, allein in einer Zwölf-Meter-Yacht? Rike glaubt zu wissen, was sie sich zumuten kann: Sie ist fit, eine gewiefte Seglerin, und sie hat sich umsichtig ausgerüstet. Selbst als sie vor der afrikanischen Küste in einen schweren Sturm gerät, sitzt bei ihr jeder Handgriff. Doch dann entdeckt sie einen havarierten Kutter, auf dem mehr als hundert geschwächte Flüchtende um ihr Leben flehen; einige springen ins Wasser, als sie die Yacht erblicken. Die Küstenwache weist Rike an, sich zurückzuziehen.



Aber als Ärztin kann und will sie nicht wegsehen. Ohnehin hat einer der Flüchtenden, ein Junge, bereits ihr Schiff erreicht.

Abenteuerfilm, Thriller, Dokudrama? Wolfgang Fischers „Styx“ hat von allem etwas. Die Protagonistin (Susanne Wolff) ist verantwortungsvoll und wirkt sympathisch in ihrem Drang zu helfen. Doch sie repräsentiert ein saturiertes Europa, dessen Bürger selbst bestimmen können, welchen Lebensrisiken sie sich aussetzen: Ihre „Abenteuer“ sind allemal abgesichert. Die Menschen auf dem sinkenden Boot haben keine Wahl. Auf der Flucht vor Armut und Zwang liefern sie sich nicht nur den Elementen aus, sondern vor allem der Politik, denen, die darüber entscheiden, wem wann geholfen wird. Angesichts der inhumanen Tendenzen unserer Migrationsdebatte und der beständig steigenden Zahl der Opfer im Mittelmeer gewinnt der Film eine furchtbare Dringlichkeit. Seine Stärke liegt darin, wie er das Thema kammerspielerartig in einer Extremsituation verdichtet und zugleich den Blick weitet: auf die grundlegende Ungleichheit im Verhältnis von Nord und Süd. In Ascension hätte Rike nicht nur Darwins blühendes Biotop gefunden, sondern auch englische und amerikanische Militärbasen.

Die defekte Katze

Deutschland 2018
Regie: Susan Gordanshekan

Wie führt man eine Ehe, wenn man sich kaum kennt? Mina und Kian sind nicht aus Liebe zusammengekommen, sondern weil sie beide heiraten wollten. Nachdem Tinder und andere Wege nicht funktionierten, haben sie sich auf eine arrangierte Ehe eingelassen. Mina ist Elektrotechnikerin und lebte bisher im Iran, Kian ist Arzt und als Sohn iranischer Eltern in Deutschland aufgewachsen. Mit besten Absichten starten die beiden in ihr neues Leben als Ehepaar in einer typisch deutschen Dreizimmerwohnung. Aber wie hat man Sex mit einem völlig Fremden? Wie bleibt man gelassen, wenn die andere plötzlich eine grauenhafte Katze anschafft? Zumal erschwerend hinzukommt, dass Mina sich erst noch einleben muss; sie kennt niemanden,



kann die Sprache nicht, und ihr Berufsabschluss wird nicht anerkannt. Kian wiederum weiß nicht so recht, was von ihm erwartet wird und schwankt zwischen verschiedenen Vorstellungen von Männlichkeit. Umgeben von den Ansprüchen anderer und stereotypen Vorstellungen davon, wie Liebe und Ehe zu sein haben, scheint das Projekt zum Scheitern verurteilt.

Die deutsche Regisseurin Susan Gordanshekan, die selbst iranische Eltern hat, beobachtet ihre Hauptfiguren – die von Pegah Ferydoni und Hadi Khanjanpour überzeugend dargestellt werden – differenziert und genau. Sie wirft einen frischen Blick auf die Themen Paarbeziehung und Migration. Es gelingt ihr in ihrem Spielfilmdebüt, mit erwartbaren Klischees nur zu spielen und immer wieder überraschende Wendungen für die Handlung zu finden. Typische Probleme von Migration und interkulturellen Missverständnissen werden in zahlreichen kleinen Details gezeigt, sie überstrahlen aber nie die Individualität der Personen und ihrer Entscheidungen. Daher ist „Die defekte Katze“ auch eher ein Liebesfilm als ein Migrationsfilm – obwohl man als Zuschauer/in ohne Migrationserfahrung auch darüber eine ganze Menge lernen kann.

» Publikationen



Claudia Schulz,
Maria Rehm-Kordese

Lebenslanges Lernen in kirchlichen Handlungsfeldern

Bildungsdispositionen in Diakonat und Pfarramt und Analysen zu deren Nutzung in Weiterbildung und Personalentwicklung

€ 34,90, 224 S., Münster 2017

Waxmann

ISBN: 978-3-8309-3660-2

Mein Fehler – habe ich das Buch von Claudia Schulz und Maria Rehm-Kordese doch zuallererst mit den Augen des Erwachsenenbildners und (Fort-)Bildungsanbieters in die Hand genommen und überflogen. „Bildungsdispositionen ... und Analysen zu deren Nutzung in Weiterbildung ...“ – das klingt für mich so, als ließen sich wertvolle Erkenntnisse aus der hier dokumentierten Studie in den Alltag einer Evangelischen Bildungseinrichtung übertragen. Mit diesem Leseinteresse konnte ich dem Buch jedoch nicht gerecht werden, ist es doch vor allem die sehr ausführliche und präzise Dokumentation einer Studie, die zwischen 2014 und 2016 von den beiden Autorinnen in der Evangelischen Landeskirche Württembergs durchgeführt wurde. In zwei Teilstudien wurden dabei 14 qualitative Interviews als 90-minütige Stegreiferzählungen geführt und mit den Mitteln der Narrationsanalyse ausgewertet. Der vorliegende Band verbleibt überwiegend auf der Ebene der Dokumentation und leitet ausführlich und anhand aller Interviews einige wesentliche Erkenntnisse her. Das jedoch geschieht durchaus interessant und nachvollziehbar im Text und liefert in nahezu jedem Kapitel Detailkenntnisse und Sichtweisen, die auch den Bildungspraktiker zu eigenem Nachdenken anregen. Ein Praxishandbuch ist es ausdrücklich nicht und will es auch nicht sein. Wie gesagt – mein Fehler. Ein wenig mehr nun in der Übersicht.

Nach einer knappen und gut verständlichen Einführung in das Studiendesign und seine wissenschaftliche Einordnung geht es zunächst um sechs Bildungslogiken im Diakonat, die sich anhand von sechs Interviews herausarbeiten ließen. Es geht um Bildung als berufliche Formung, als Selbstvergewisserung, als biographisches Nachsteuern und so fort. Eine abschließende Gesamtschau der Logiken spricht schließlich davon, dass implizite Bildungslogiken in ihrer Wirksamkeit „kaum zu überschätzen“ (S. 60) sind. Äußere Faktoren spielen beim Umgang mit Fortbildungsangeboten eine nachrangige Rolle – zentral scheint zu sein, „wie eine Person sich und ihre Umwelt versteht [und] wie sich implizite Sinnstrukturen gestalten [...] und auswirken.“ (S. 58)

Im weiteren Text liefert das Buch dann eine Einordnung dieser Forschungsergebnisse im Diakonat jeweils unter einem bestimmten Oberthema. Gefragt wird nach den Verantwortlichkeiten in Bezug auf Fortbildung, nach der biographischen Funktion einzelner Formate, der Rolle eigener Religiosität im

Kontext von Fortbildung und den Chancen von Personalentwicklung im Diakonat.

Vom Aufbau her ist der zweite Teil der Studie und ihrer Dokumentation sehr ähnlich angelegt wie der erste im Kontext des Diakonats. Hierfür wurden aus acht Interviews mit Pfarrerinnen und Pfarrern sechs Bildungslogiken abgeleitet, die wiederum unter verschiedenen Themen für eine weiterführende Analyse herangezogen wurden. Hier geht es zum Beispiel um die Rolle informellen Lernens, um Bildung als kontinuierliche Formung von Person und Beruf und in einem recht umfangreichen Abschnitt um den Stellenwert von Personalentwicklungsgesprächen.

Zusammenfassend liefert die Dokumentation dann auch das, was (so die Autorinnen in ihrem Resümee) „wir und die Fachwelt bereits wussten“ (S. 215): Bildungslogiken und -dispositionen sind enorm wirksam für die individuelle Sicht auf die eigene Beruflichkeit und wirken sich daher auch auf das konkrete Bildungsverhalten aus. Dies kann so weit gehen, dass im Kontext der einen oder anderen Bildungslogik eben auch die Nicht-Teilnahme an Fortbildung vollkommen plausibel und nachvollziehbar ist.

Diese Erkenntnis steht zum Schluss im Mittelpunkt – verbunden mit einer etwas merkwürdig anmutenden weiteren Einsicht: „Die biographische Forschung ist ein riskanter Weg: Mit dem Fokus auf Einzelfälle führt sie zu einem tiefen Verständnis – für den Einzelfall. Dies kann aber bekanntlich für einen Blick in die Landschaft hinein nicht mehr sein als ein Anfang. [...] Ob damit aber eine ‚Wirklichkeit‘ abgebildet ist, kann nur mit einer anderen methodischen Annäherung bewiesen werden.“ (S. 215 f.)

Die abschließend formulierten offenen Fragen und zukünftigen Forschungsanliegen sind denn auch die meinen: Lässt sich eine höhere Bildungsaffinität über die (Berufs-) Jahre hinweg anregen und fördern? Kann es unterstützende Strukturen in Lern- und Arbeitsumgebung geben? Wie lassen sich die durchaus unterschiedliche Haltung und berufliche Perspektive bezogen auf die untersuchten Berufsgruppen nutzen und auch im Hinblick auf eine gemeinsam weiterentwickelte Zukunft von Kirche aufeinander beziehen? Und wie lassen sich Formen informellen und nonformalen Lernens besser im Kontext von Fortbildung begreifen und nutzen. So sehr das Buch von Schulz und Rehm-Kordese den Bildungswissenschaftler in mir in vielen Kapiteln erfreut ..., so ratlos lässt es jedoch den Bildungspraktiker auch nach 221 Seiten noch überwiegend zurück.

Dieter Niermann

Bildungswissenschaftler und Diakon,
Leiter des Evangelischen Bildungswerks Bremen
dieter.niermann@kirche-bremen.de



Wolfgang Sander

Bildung – ein kulturelles Erbe für die Weltgesellschaft

€ 24,00, 232 S., Frankfurt am Main 2018

Wochenschau Verlag

ISBN 978-3-7344-0625-6

Wolfgang Sander, Professor für Didaktik der Gesellschaftswissenschaften in Gießen, wagt mit seiner Studie einen großen Wurf. Er möchte den Bildungsbegriff in seiner Bedeutung für die Entwicklung der Weltgesellschaft neu verorten.

Der Autor stellt fest, dass Bildung heute zwar in aller Munde sei, aber überwiegend so „leerformelhaft“ verwendet werde, dass Sinn und Bedeutung von Bildung dahinter verschwinden. Dies führe dazu, dass der Begriff mit Surrogaten gleichgesetzt werde, wie z. B. Erfolg, Wohlstand oder Kompetenzorientierung. Sanders möchte Bildung dagegen als ein bedeutsames kulturelles Erbe der Menschheit verstanden wissen. Er fragt, welche Konzepte von Bildung in einer sich verdichtenden Weltgesellschaft gemeinschaftlich tragfähig sind, weil sie die kulturelle Vielfalt produktiv aufnehmen, Anknüpfungsmöglichkeiten an unterschiedliche Traditionen herstellen und somit übergreifende Sinnperspektiven bieten. In Anlehnung an den amerikanischen Philosophen John Rawls geht er davon aus, dass es in modernen Gesellschaften basale übergreifende Ziele und Konsense geben muss, damit diese angesichts von faktisch vorhandener Pluralität nicht auseinanderbrechen.

Der Autor schreitet in den sechs Kapiteln folgenden Weg ab: Zuerst legt er in Anlehnung an die biblischen Schöpfungsberichte und konstruktivistische Erkenntnistheorien dar, dass menschliche Erkenntnis immer als Stückwerk zu betrachten ist. Ein Bewusstsein für das Nicht-Wissen gehört wesentlich zum Bildungsvorgang dazu. Die dunklen Seiten der Bildung, zum Beispiel ihr Beitrag zur Gewaltanwendung, müssen wissenschaftstheoretisch reflektiert werden. (Kapitel 1)

Danach versucht er einige Merkmale unserer gegenwärtigen Weltgesellschaft zu durchdringen, wie z. B. die Konflikte um die Religionen bzw. die Säkularisierungsprozesse und die Globalisierung der Wissenschaften. Schon an dieser Stelle weist er auf einen Anachronismus hin, der als Triebfeder seines Buches gelten könnte: dass nämlich die Universitäten ihre Forschung und Bildung in den letzten Jahrzehnten deutlich internationalisiert haben, wohingegen die Schulen überwiegend noch in denselben „nationalen Containern“ verharren, durch die sie im 19. und 20. Jahrhundert geprägt worden sind. (Kapitel 2)

Auf der Suche nach einem übergreifenden Konsens für die Weltgesellschaft untersucht er in Kapitel 3 den Humanismus. Sehr spannend sind seine Ausführungen zu „Glanz und Elend des Neuhumanismus“. Er begründet – nicht zuletzt aus theologischer Perspektive –, warum die Idealisierung der Antike und der naive anthropologische Optimismus im humanistischen Denken kritikwürdig sind. Seiner Meinung nach hat der Neuhumanismus die Erlösungshoffnung in eine säkulare Sprache transformiert, den „Grund für die Erlösungsbedürftigkeit des Menschen, die Sünde, jedoch ausgeblendet“ (S. 76). Er kommt zu dem Fazit, dass der Humanismus auch in seinen jüngeren Ausprägungen (Posthumanismus/Kritische Theorie)

keine globale Akzeptanz finden wird, weil seine Schwäche darin liege, dass er aufgrund der Ausblendung von gewissen religiösen Vorstellungen Erziehung und Pädagogik mit überzogenen Heilserwartungen verknüpfe.

Damit ist er bei seiner These angekommen, dass der Bildungsbegriff unter gewissen Bedingungen womöglich eher geeignet ist, einen übergreifenden Konsens herzustellen. Deshalb untersucht er in Kapitel 4 Bildungstraditionen in transkultureller Perspektive, wie z. B. den Bildungsbegriff bei Humboldt, in den mittelalterlichen Klöstern, in der Reformation, im Judentum, Islam, Hinduismus und Buddhismus. Sein Streifzug durch die Geschichte führt ihn zu dem Resümee, dass es in der menschlichen Kulturgeschichte seit Jahrtausenden eine Aufgeschlossenheit dafür gegeben habe, was wir heute unter Bildung verstehen: „Das Konzept der Bildung ist somit (...) keine Marotte des mitteleuropäischen Bürgertums im frühen 19. Jahrhundert. Bildung ist ein weit in die Geschichte der menschlichen Zivilisation zurückreichendes kulturelles Erbe der Menschheit.“ (S. 130)

Im 5. Kapitel erörtert er noch einmal sehr ausführlich, was die christliche Tradition zu einer Bildungstheorie beitragen kann. Sander untersucht „den Schutthaufen an Fehl- und Missverständnissen“, der über der Frage nach Gott von den Geisteswissenschaften im 19. und 20. Jahrhundert aufgetürmt worden ist und weiter wirkt. Danach entfaltet er – in Anlehnung an auch religiös geprägte Bildungstraditionen – sein eigenes Verständnis von zweckfreier, weltoffener Bildung, von Bildung als Habitus (als das, was man nicht *hat*, sondern *ist*).

Das letzte Kapitel widmet sich dem Bildungsort „Schule“, der – so Sander – nach einer Phase der extremen nationalen Abschottung im 19. und 20. Jahrhundert aus weltgesellschaftlicher Perspektive reformiert werden sollte. Bildungskonzepte, die seit ca. 30 Jahren unter dem Label „Globales Lernen“ entwickelt wurden, müssten auf allen Ebenen in das System Schule eingespeist werden. Dazu gehörten dann sowohl veränderte Curricula als auch reflektierte Lernprozesse durch internationale Begegnungen, international orientierte Schulverbände, aber auch neue Strategien zur Konfliktbewältigung im Schulalltag (Integration von Geflüchteten etc.).

Die gesamte Studie mündet in die abschließende These, dass Erziehung für junge Menschen heute zwingend in weltgeschichtlicher Perspektive geschehen müsse. Identitätsbildungsprozesse bei jungen Menschen sollten vom Leitbild des Weltbürgers inspiriert sein, wobei dieser nicht einheitlich, sondern nur in großer Vielfalt gedacht werden könne. Eine so verstandene Bildung wäre dann „ein Gegengift gegen Engstirnigkeit und Ressentiments, und erst recht gegen Extremismus und Fanatismus.“ (S. 199).

Die Grenzen und fatalen Fehleinschätzungen, die rein national ausgerichtetes Denken und Handeln derzeit entfalten, sind mit Händen zu greifen. Es bleibt deshalb zu wünschen, dass der Impuls des Buches aufgegriffen wird und in Bildungskonzepte und Organisationsentwicklungsprozesse in Schulen/Hochschulen/Weiterbildungseinrichtungen etc. einfließt. Denn hier gibt es noch einiges zu tun.

Antje Rösener

Geschäftsführerin des Ev. Erwachsenenbildungswerkes Westfalen und Lippe e.V.

Antje.roesener@ebwwest.de



Franziska Bonne

Berufliche Zukunftsvorstellungen Langzeitarbeitsloser

Eine biographieanalytische Untersuchung

44,90 €, 260 S., Bielefeld 2018

wbv Media (Erwachsenenbildung und Lebenslanges Lernen – Forschung und Praxis, Band 31)

ISBN 078-3-7639-5823-8

Im Heft 3/16 dieser Zeitschrift hatte ich behauptet, die wissenschaftliche Beschäftigung mit Langzeitarbeitslosen ließe „keine wissenschaftlichen Meriten erwarten“ (S. 58). Ich muss mich zu meiner Freude korrigieren, weil Franziska Bonne mit einer beeindruckenden Arbeit das Gegenteil beweist. Auf der Basis von neun aussagekräftigen narrativen Interviews zeichnet sie Berufsbiographien und Langzeitarbeitslosigkeits-erfahrungen nach und interpretiert sie. Im Mittelpunkt steht die Frage nach den Zielen und Berufswünschen der Befragten und nach den Umständen und Hindernissen, die ihrer Realisierung im Wege stehen.

Im ersten Kapitel geht die Autorin auf die Bedeutung von Beruf, Arbeit und Langzeitarbeitslosigkeit im Lebenslauf ein, wobei insbesondere die Ausführungen zur Bedeutung und den Folgen von Langzeitarbeitslosigkeit lesenswert sind, die sie in Anlehnung an Oskar Negt als einen Gewaltakt bezeichnet, dessen Wirkungen umso gravierender sind, je negativer die gesellschaftliche Sicht auf die Betroffenen ist. In Deutschland gibt es eine deutliche Mehrheitsauffassung, dass Langzeitarbeitslose für ihre Situation selbst verantwortlich seien.

Das zweite Kapitel greift diese Problematik auf und setzt sich mit der Ausgrenzung und Benachteiligung Langzeitarbeitsloser auseinander, insbesondere in der Folge einer veränderten Arbeitsmarktpolitik durch die sog. Hartz-Reformen, die den Vermittlungsfachkräften ein hohes Maß an Willkür und Machtausübung erlaubt und durch die ungleiche Vergabe von Bildungsgutscheinen zu einer strukturellen systematischen Ausgrenzung Langzeitarbeitsloser führt. Sie zeichnet sehr differenziert nach, wie Langzeitarbeitslose zum Objekt der Arbeitsverwaltung werden, bei dem ihre eigenen beruflichen Zukunftsvorstellungen nicht interessieren, sondern sie fremdbestimmten Zielen zu folgen haben. Der Verdienst dieser Promotionsarbeit besteht darin, dass sie die Vorstellungen Langzeitarbeitsloser zu ihrer beruflichen Zukunft zur forschungsleitenden Fragestellung macht und differenziert begründet, warum die „Utopiefähigkeit von Langzeitarbeitslosen“ (S. 83) für ihre Beteiligung an Weiterbildung relevant ist. Die anregenden Ausführungen zu Utopie, zum utopischen Denken und zur Utopiefähigkeit orientieren sich stark an Negt und werden verknüpft mit der subjektwissenschaftlichen Lerntheorie von Klaus Holzkamp.

Die narrativen Interviews werden mit neun Langzeitarbeitslosen durchgeführt, die „Leistungen beziehen und den Wunsch zu arbeiten äußern oder zumindest andeuten.“ (S. 120) Das Sample variiert nach Alter, Geschlecht, Dauer der Arbeitslosigkeit und den Bildungs- und Berufsabschlüssen. Die entscheidenden Weichenstellungen in der Biographie und im Erwerbsverlauf werden in Segmenten vorgestellt und anschließend interpretiert. Das Nachvollziehen der (Be-

rufs-)Biographien konfrontiert den Leser/die Leserin mit Lebenswelten und Schicksalen, die deutlich machen, in welcher privilegierten Situation die meisten von uns leben und wie wenig Ahnung und Zugänge wir zu diesen Welten haben. Bei allen Interviewten gibt es Kumulationen von Problemen, wobei manchmal unklar ist, was Ursachen und was Folgen der Langzeitarbeitslosigkeit sind, die bei zwei Interviewten schon über 15 Jahre dauert. Angesichts der Lebensgeschichten beeindruckt, wie einige der Interviewten es schaffen, an den Krisenerfahrungen nicht zu verzweifeln und aufzugeben, sondern aus deren Bewältigung Stärke beziehen und an Zukunftsperspektiven festhalten. Besonders beeindruckend sind die Aussagen einer vierfachen Mutter – eines der Kinder ist behindert und sie pflegt darüber hinaus noch ihre Mutter – zum Stellenwert von Familienarbeit im Vergleich zur Erwerbsarbeit. Sie fühlt sich gesellschaftlich als Schmarotzerin stigmatisiert (S. 192) und leidet darunter, dass ihre Erziehungs- und Pflegearbeit ihr keine Anerkennung verschafft und ihre Abhängigkeit von der Arbeitsverwaltung eher noch verstärkt. Auch eine Mutter von zwei Kleinkindern sieht sich als „sozialer Abschaum“ stigmatisiert (S. 196).

Die anfangs beschriebene Machtfülle und Willkür der Vermittlungsfachleute in der Arbeitsverwaltung wird an Beispielen plastisch. Ein Interviewter, der über unzureichende Lese- und Schreibkompetenzen verfügt, wird es bspw. erst beim dritten Vermittler schaffen, einen Abendkurs zur Alphabetisierung finanziert zu bekommen (S. 202).

Streiten kann man darüber, ob es zulässig ist, auf der Basis von nur neun Interviews eine Typenbildung zu versuchen. Bonne differenziert nach Fällen, die

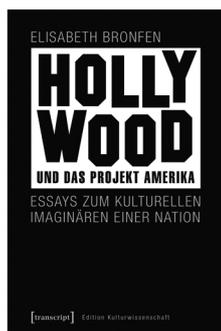
- keine Vorstellung zu der beruflichen Zukunft haben,
- individuell-selbstbestimmte Vorstellungen von der beruflichen Zukunft haben,
- institutionell-angepasste Vorstellungen von der beruflichen Zukunft haben.

Diese Typen werden mit Interviewauszügen überzeugend unterfüttert und interpretiert.

Besonders interessant sind die Ausführungen zum „Ausblick für die Erwachsenenbildung“. Bonne plädiert überzeugend für eine Integration kritisch-theoretischer Konzepte in die Erwachsenenbildungspraxis. Sie ist im Ergebnis ihrer Arbeit überzeugt, dass „die von Faulstich assoziierte Mauer der Arbeitslosigkeit“ (S. 238) durchbrochen werden kann, wenn Arbeit nicht mehr nur über Erwerbsarbeit definiert wird. Endlich mal wieder eine überzeugende wissenschaftliche Auseinandersetzung mit einem gesellschaftlichen Problem, das im politischen und im wissenschaftlichen Diskurs dem Vergessen anheimgefallen scheint.

Gerhard Reutter

bbb Büro für berufliche Bildungsplanung Dortmund
reutter@bbbklein.de



Elisabeth Bronfen

Hollywood und das Projekt Amerika

Essays zum kulturellen Imaginären einer Nation.

€ 29,99, 300 S., Bielefeld 2018

transcript Verlag

ISBN 978-3-8376-4025-0

Elisabeth Bronfen, Jahrgang 1958, ist Professorin für Englische und amerikanische Literatur- und Kulturwissenschaft und lehrt in Zürich und New York. Der vorliegende Band bringt Artikel aus den letzten 20 Jahren ihrer Arbeit zusammen. Den Fokus der Essays beschreiben Titel und Untertitel – was bei Aufsatzsammlungen nicht immer der Fall ist – sehr genau: Es geht um mediale Inszenierungen und Fortschreibungen der Identität Amerikas. Im Zentrum dieser Identität sieht Bronfen „the persuite of happiness“, das Recht, nach Glück zu streben – und zwar ausgehend von realen gesellschaftlichen Differenzen, vor allem Geschlechterdifferenzen und unter dem (Ein-)Druck einer Ökonomisierung, die Träume produziert, um sie besser auffressen zu können. Der amerikanische Traum ist nicht das alles versöhnende Happy End, sondern ist grundgelegt im Streben nach Glück, und dies macht aus einer geschlossenen Identität ein offenes, dynamisches Projekt, das sich selber medial immer neu und auch kritisch reinszeniert. Oder anders gesagt: Amerika war von Anfang an, seit den Pilgrimfathers ein Entdeckungsprojekt, ging aus von einem göttlichen Auftrag, einen Kontinent zu besiedeln – Amerika ‚began as theater‘, wie Bronfen Stanley Cavell zitiert, und bleibt ein ‚fragiles Projekt‘, das ständig neu gemessen wird an seinen Ursprüngen und dessen Zukunft immer neu ausgehandelt werden muss. Dies geschieht für alteuropäische Kulturimaginationen eher befremdlich speziell in und durch Filme, durch Visualisierungen dieses Traums. Und dafür steht als Metapher und Metaphernmaschine die Traumfabrik Hollywood, in der kollektive Imaginationen und individuelle Wahrnehmungsmuster immer schon miteinander verknüpft sind. Dass Filme bei der kulturellen Inszenierung Amerikas eine wesentliche Rolle spielen, das lässt sich nachlesen etwa im Roman von John Updike „Gott und die Wilmots“ oder nachvollziehen, wenn Schauspieler Politiker werden wie Arnold Schwarzenegger oder Ronald Reagan – oder wenn Bronfen in einem Interview 2017 darauf hinweist, dass Donald Trump ein hervorragender politischer Schauspieler ist im Format der Realityshows.

Filme sind damit nicht nur einfache Illustrationen gesellschaftlicher Prozesse, sekundäre Schaubilder von gesellschaftlichen Realitäten, die man schnell auf das durchschauen kann, was dahintersteckt. Vielmehr sind sie unverzichtbares Medium kultureller Imaginationen, die eine eigene Zeichen- und Deutungstradition haben, die in der (Film-)Geschichte und in (Film-)Geschichten weitergegeben und immer neu fortgeschrieben, um(ge)schrieben werden, wie Bronfen formuliert. Dafür hat sie die Methode des *crossmappings* entwickelt. In Konflikten und deren Wahrnehmung und Bearbeitung wird soziale Energie frei, die sich in Texten, Denkfiguren und Gesten bündelt und festschreibt und in ein kollektives Gedächtnis einschreibt. In anderen Konflikten und geschichtlichen Konstellationen können und werden diese Texte und Gesten aufgenommen und umgeschrieben und entfalten so ihre Energie. Das ist mehr und anderes als Intertextualität,

weil mehr in den Blick kommt als Texte, also auch Denkfiguren, Gesten, Szenarien, Bilder; weil nicht nur Vorlagen in Blick genommen, sondern durch ein Übereinanderlegen von Texten, Denkfiguren etc. auch Veränderungen deutlich werden und so die Energie in den Um-Schreibungen erkennbar wird. „Was überlebt an kulturellen Energien aufgrund von Umschriften, die Autorinnen und Autoren in ihre Werke einbauen?“ (S. 37). Bronfen zeigt dies im Essay Crossmapping (S. 33–57) an der Figur der rebellischen und klarsichtigen Tochter. Für das 18. Jahrhundert konstatiert Michel Foucault eine Veränderung in der Familienökonomie, die nach neuen Konstellationen suchen lässt. Überlebensfähige Töchter entstehen im kulturellen Kontext, etwa Clara in E. T. A Hoffmanns „Sandmann“ (1816) oder in Filmen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. Die gesellschaftlichen Prozesse sind je andere, die Figuren der überlebensfähigen Töchter vergleichbar und im Vergleich wird die Kraft des Überlebens anschaulich – etwa in einem Film.

Was den Fragestellungen und Forschungsperspektiven von Bronfen einen besonderen Reiz verleiht, ist der Blick auf das, was in hochkulturellen Diskursen eher am Rande und unterbelichtet bleibt: die marginalisierte Massenmedialität. Ein schönes Beispiel dafür ist ihr Essay „Pop Kino. Konsum und Kritik des Populären in Hollywood“ (S. 77–95). Ausgangspunkt dabei ist Andy Warhols Interesse oder gar Lust an Outtakes, an weggeworfenem (Film-)Material und der massenmedialen Reinszenierung, die an ästhetischen Prinzipien gemessen eher minderwertig ist, aber eine Verwertung von in ökonomischem Prozessen wertlos gewordenen Abfällen und damit eine ästhetische Widerstandskraft gegen Ökonomisierung darstellt. Das ist das Pop-Konzept von Andy Warhol, das Bronfen auch in Hollywoodfilmen wiederfindet. „Es geht mir ... um Filme, die genau jene von der Pop-Art aufgegriffenen Sujets – Werbung, Billboards, Verpackungen, Comics, Photographie und Zeitungen und Zeitschriften, Ikonen des Entertainment-Business sowie das Kinobild selber – ironisch einsetzen und somit ein populäres, kommerziell erfolgreiches Produkt erzeugen, dessen visueller wie thematischer Reiz gerade in der Entfremdung liegt, die diese selbstreflexive Distanz zum eigenen Medium hervorruft“ (S. 80). Dies spielt sie durch etwa an Georges Stevens Film „Ein Platz an der Sonne“ (1951). Der Zielpunkt, das Happy End im Film „Ein Platz an der Sonne“ ist die Schlusszene: Das Paar küsst sich vor einem Werbeplakat für das Musical, in dem das Paar als Schauspieler sich suchend-findend gegenübersteht. Der Schluss ist als ‚mise en abyme‘ konstruiert, als Bild im Bild. Die rührende Kusszene gehört in das inszenierte Musical hinein, das Leben ist Teil des Schauspiels, der Kuss ein Element der Unterhaltungsindustrie – das ist Einblick in die Konsumgesellschaft und gleichzeitig Kritik daran, weil die Mechanismen der Inszenierung sichtbar gemacht werden. Die einzige Realität, die bleibt, ist die zellophane Materialität der Leinwand. Welt, so der Schluss, kann nur durch Reproduktion wahrgenommen und vermittelt werden, durch Bilder von Bildern, durch Bildfluchten und flüchtige Bilder. Weil es aber unsere gemeinsamen Bilderwelten sind, unser anderes Zuhause, verbinden und berühren sie und führen weiter ...

Ein Lese- und Lernbuch auch für die Erwachsenenbildung? Ja, wenn sie mehr will als Entwicklung von hochkultureller Sprachfähigkeit, also etwa Orientierung bieten für das Erleben in der zweiten, der medialen Welt.

Prof. Dr. Hans Jürgen Luibl

Leiter BildungEvangelische Villa an der Schwabach
Hj.luibl@bildung-evangelisch.de



Klaus Ahlheim

Zwischen Arbeiterbildung und Erziehung zur Volksgemeinschaft.

Protestantische Erwachsenenbildung in der Weimarer Republik

€ 16,80, 160 S., Hannover 2015

Offizin Verlag (Kritische Beiträge zur Bildungswissenschaft Band 10)

ISBN 978-3-945447-03-1

Beiträge zur Geschichte der Erwachsenenbildung sind unter den aktuellen Publikationen rar. Umso verdienstvoller ist diese Veröffentlichung von drei Texten Klaus Ahlheims zur protestantischen Erwachsenenbildung der Weimarer Republik. Ahlheim greift exemplarisch zwei Positionen heraus, die, politisch-weltanschaulich diametral entgegengesetzt, das Spektrum des damaligen Protestantismus repräsentieren: die religiösen Sozialisten und einen Vertreter der christlich-nationalen Strömung des Weimarer Protestantismus, Hans von Lüpke.

Ahlheims Untersuchung zu den religiösen Sozialisten rückt in den Fokus, was im Diskurs um die kirchliche Erwachsenenbildung wenig Beachtung fand: Die Reformdiskussionen der 1970er Jahre und ihre Themen knüpften nahtlos an die Bildungskonzeptionen und die Praxis der religiösen Sozialisten an, etwa bei der Verhältnisbestimmung von Reflexion und Aktion, von Leben und Lernen und bei der Präferenz von Gruppenarbeit (S. 18). Die Ansätze der Sozialisten wirkten in der Evangelischen Erwachsenenbildung bis heute nach, was Ahlheim im systematischen Durchgang der durchaus unterschiedlichen Werdegänge, Bildungspraxis und Methoden von Emil Blum, Emil Fuchs und Carl Mennickes skizziert.

Auch das fortdauernd ambivalente Verhältnis von protestantischer Kirche und Erwachsenenbildung war laut Ahlheim bereits bei den religiösen Sozialisten angelegt: Indem protestantische Erwachsenenbildung sich auf die Lebens- und Alltagssituation von Lernenden einlasse und die christliche Tradition entsprechend „neu und lebensnah“ reformuliere, entstehe eine produktive Distanz zur verfassten Kirche (S. 115). Bereits in der Weimarer Zeit wird daran der bis heute zentrale „Widerspruch zwischen legitimen Ansprüchen der kirchlichen Institution und zumindest ebenso legitimen Elementen protestantischer Tradition, die sich der Institutionalisierung verweigern“ (S.15) virulent. Doch innerhalb der protestantischen Theologie und Kirche damals stellten die religiösen Sozialisten eine „scheinbar unbedeutende Minderheit“ dar (S. 19). Bei Repräsentanten der Kirche überwogen konservativ-nationalistische und demokratiefeindliche Haltungen, die einer freien Volksbildung getragen von demokratischen und sozialistischen Grundsätzen ablehnend gegenüberstanden (S. 26). Ahlheim hebt folglich die Verdienste der religiösen Sozialisten und deren Stellung in der Volkshochschulbewegung hervor. Sie hätten am Schnittpunkt von Volkshochschulbewegung und Arbeiterbildung agiert (S. 13) und die kritische Richtung der Weimarer Volksbildung gestärkt. Die Erwachsenenbildungsarbeit der religiösen Sozialisten wurde von der protestantischen Theologie motiviert und geprägt, sie kritisierten jedoch, dass Kirche und Theologie durch ihre kapitalismusfreundliche Haltung auf politisch-gesellschaftlichem Gebiet weitgehend versagt hätten (S. 96).

Die Mehrheit der Bevölkerung und besonders der Arbeiter sei deswegen für die Kirche verloren gegangen.

Emil Fuchs plädiert für ein Einbeziehen der jeweiligen Lebens- und Arbeitssituation der Lernenden und bezieht Stellung gegen eine gutbürgerliche Orientierung an „abstrakten Bildungsgütern“ (S. 54). Sein Konzept der „Volksakademien“ verbindet Sozialintegration mit dem Anspruch politischer Neutralität. Damit tritt Fuchs in Gegensatz zur bestehenden Volksbildungsbewegung mit klassischen bildungsbürgerlichen Programmen und Angeboten (S. 51). Besonders die Hochschätzung der ganz eigenen bildenden Kraft der Arbeit repräsentiert dabei einen neuen Ansatz. Pluralität als Grundkonsens der Volkshochschule bedeutete auch eine Grenze für die parteiliche Bildung im Sinne der Arbeiterklasse, so Fuchs. Zwar macht er das Fehlen politischer Themen in den Programmen selbstkritisch (S. 62/64) als entscheidendes Defizit der Volkshochschularbeit aus, doch zieht er daraus selbst keine praktischen Konsequenzen.

Einen anderen Ansatz vertreten Blum und Mennicke: Mit ihrem Begriff einer „existentiellen Bildung“ wurde, so Ahlheim, eine Form der Arbeiterbildung bezeichnet, die „gegen ein humanistisch-individualistisches Bildungsideal einen realen Humanismus der Bildung“ (S. 65) vertrat. Blum und Mennicke verneinen das Neutralitätsgebot der Bildungsarbeit und postulieren eine Parteilichkeit für die Arbeiterklasse. Die Gruppe gilt als demokratisches, offenes Diskussionsforum und als bevorzugte Lernform und die Heimvolkshochschule als der geeignete Lernort für die Einübung konkreter Solidarität und der Verwirklichung des Sozialismus vor Ort (S. 90) im Sinne einer exemplarischen alternativen Ordnung.

Im zweiten Beitrag nimmt Ahlheim ein Thema in den Blick, das lange Zeit, bis in die 1970er Jahre hinein, im erwachsenenbildnerischen Diskurs kaum Aufmerksamkeit gefunden hatte: die Geschichte der völkischen und protestantisch-nationalistischen Erwachsenenbildung in der Weimarer Republik, die Dorfkirchenbewegung und die Entwicklung der ländlichen Heimvolkshochschulen. Führender Kopf der Dorfkirchenbewegung war der Pfarrer Hans von Lüpke, der besonders als Organisator und Publizist hervorgetreten ist, und als Ziel der Volksbildung die „Volk-Bildung“ reklamiert (S.117): Die Hypostasierung des Volksgedankens scheint ihm Ausweg aus Niederlage und Krisenempfinden nach dem 1. Weltkrieg (S. 128) zu sein. Orientierung geben – durch Pflege des religiösen Lebens auf dem Lande in heimatlicher und volkstümlicher Gestalt, das ist für ihn die zentrale Aufgabe und dafür nimmt er die Pfarrer und Lehrer in die Pflicht. Im Sinne eines „deutschen Glauben[s]“ (S. 129) richtet sich sein volksbildnerisches Credo auf eine christliche und national-volkstümliche Weltanschauung beziehungsweise Gemütsbildung (S. 133). Und Lüpke stand nicht allein: Entsprechende demokratieskeptische, zivilisations-, modernitäts- und kapitalismuskritische Positionen, so betont Ahlheim, sind in der Weimarer Volksbildung vermehrt anzutreffen. Mit seinen Positionen ist er ein Vorläufer der Entwicklungen im deutschen Protestantismus nach 1933 in der NS-Zeit, die Ahlheim ebenfalls skizziert (S. 141ff).

Petra Herre

Theologin und Sozialwissenschaftlerin
PetraHerre@t-online.de

» Veranstaltungstipps

Termin/ Veranstaltungsort	Veranstaltung	Kontakt & Information
19.–20.11.2018 Köln	Fachtagung „Digitales Lernen in Grundbildung und Integration“	
	Im Herbst geht das neue Lernportal des Deutschen Volkshochschul-Verbandes online. Das wird zum Anlass genommen, sich mit den didaktischen und technischen Grundlagen guter digitaler Lernangebote sowie den Erfolgsfaktoren computergestützten Lernens zu beschäftigen. Besonderes Interesse gilt dabei dem Potenzial des digitalen Lernens im Kontext Integration, Zweitsprachenlernen und Grundbildung.	https://portal-deutsch.de/schulungen/fachtagung-digitales-lernen/
19.–25.11.2018	Global Education Week 2018: Die Welt verändert sich – und wir? Gemeinsames Globales Lernen als Chance	
	Schulen, Verbände, Universitäten und lokale und regionale Initiativen sind eingeladen, Globales Lernen als Austausch zwischen Ländern des Südens und Nordens mitzugestalten: mit Workshops, Videoclips, Projekttagen, einer Unterrichtseinheit, Ausstellung oder Schulpartnerschaft. Die „Global Education Week“ wird in Deutschland von der Informationsstelle Bildungsauftrag Nord-Süd beim World University Service (WUS) koordiniert und europaweit vom Nord-Süd-Zentrum des Europarates getragen.	https://www.wusgermany.de
21.–23.11.2018 Erfurt	Kongress „Vision Kino“	
	Bundesweite Konferenz zu Film, Kompetenz und Bildung. Seit dem ersten Kongress 2006 treffen sich alle zwei Jahre Pädagog/innen, Filmschaffende, Kinobetreiber/innen, Politiker/innen und Wissenschaftler/innen, um miteinander zu diskutieren, Projekte zu entwickeln und neue Perspektiven für die Filmbildung zu eröffnen.	https://www.visionkino.de/kongress/
23.11.2018 Stuttgart	Einmal arm, immer arm – aktiv gegen Armut von Familien!	
	Jedes fünfte Kind in Deutschland ist trotz guter wirtschaftlicher Lage und geringer Arbeitslosigkeit von Armut bedroht. Für Kinder, die nur bei einem Elternteil leben, mit mehreren Geschwistern aufwachsen oder einen Migrationshintergrund haben, ist die Gefahr in Armut groß zu werden, besonders groß. Deshalb beschäftigen wir uns in dieser Veranstaltung mit den Fragen, welche Faktoren eine Verstetigung der Armut von Familien bedingen sowie welche Konsequenzen sich daraus ergeben um Teilhabe und Chancengleichheit zu verbessern. Wir laden Sie herzlich ein, mit Expert/innen und Politiker/innen Strategien zur wirksamen Bekämpfung der Armut von Familien zu diskutieren und mögliche nachhaltige Maßnahmen zur Stärkung von Familien zu entwickeln.	Fachstelle Familienpolitik und Familienbildung Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienpolitik in Württemberg (eaf) Dietmar Lipkow d.lipkow@eaew.de Evangelische Landeskirche in Württemberg Projektleitung Projekt Familien stärken Martina Nägele martina.naegele@elk-wue.de
26.–27.11.2018 Offenbach am Main	Mit Gewalt ins Paradies?	
	Fachtagung zur Radikalisierungsprävention. Akteure und Expert/innen kommen zusammen, um sich über aktuelle Themen auszutauschen, Handlungsstrategien zu diskutieren und um die regionale sowie überregionale Vernetzung zu stärken.	Bundeszentrale für politische Bildung http://www.bpb.de

27.–28.11.2018 Goslar	Die Würde des Menschen ist unantastbar. Wertorientierungen des Grundgesetzes und gesellschaftlicher Wandel	
	Welche Spannungsverhältnisse ergeben sich auf Grund aktueller gesellschaftlicher Wandlungsprozesse? Trägt die bisherige Grundlage noch angesichts der tiefgreifenden Veränderungen? Und welche Aufgaben kommen auf Politik und politische Bildung zu, wenn es darum geht, die Grundwerte des Grundgesetzes zu stärken, weiterzuentwickeln und im Alltag aller Menschen zu verankern?	Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e.V. https://www.adb.de/fachtagung-zum-grundgesetz
28.–30.11.2018 Loccum	Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse: Zwischen produktiver Vielfalt und problematischer Ungleichheit	
	Die regionalen Ungleichheiten in Deutschland und ihre politischen Auswirkungen haben die öffentliche Aufmerksamkeit wieder verstärkt auf die im Grundgesetz gebotene Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse gelenkt. Das Bundeskabinett hat im Sommer eine Regierungskommission zu diesem Thema eingesetzt. Vor welchen Herausforderungen, die sich nicht auf ein simples Stadt versus Land oder West versus Ost reduzieren lassen, stehen wir? Welche Handlungsansätze zeichnen sich ab? Welche Anforderungen und Spielräume ergeben sich auf den verschiedenen föderalen Ebenen?	Ev. Akademie Loccum http://www.loccum.de/programm/prog.html
29.–30.11.2018 Berlin	3. Bundeskongress Elternbegleitung	
	Seit Mai 2011 wurden im Rahmen des Bundesprogramm „Elternchance ist Kinderchance“ und des ESF-Bundesprogramms „Elternchance II“ über 9.000 Elternbegleiterinnen und Elternbegleiter qualifiziert. Mit dem 3. Bundeskongress Elternbegleitung wird das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend eine Zwischenbilanz zum Programm ziehen und aktuelle Herausforderungen für die Elternbegleiterinnen und Elternbegleiter diskutieren.	www.elternchance.de
30.11.– 02.12.2018 Hofgeismar	WIDERSTAND!? Als Hitler die Christen herausforderte	
	Anlässlich des 75. Jahrestages der Verhaftung der Geschwister Scholl stellt sich die Frage nach dem christlich motivierten Widerstand neu: Welche Bedeutung kam ihm während der NS-Zeit in Deutschland zu? Welche Rolle spielten dabei die christlichen Kirchen? Und welches Gewicht hat der christlich motivierte Widerstand in der gegenwärtigen Erinnerungskultur? Wir haben prominente Gäste innerhalb und außerhalb der Kirche sowie aus verschiedenen Disziplinen eingeladen.	Evang. Tagungsstätte Hofgeismar https://www.akademie-hofgeismar.de
30.11.2018 Klagenfurt	Forschungstag: „Bildung und Gesellschaft – Was trägt die Erziehungswissenschaft zur Empirischen Bildungsforschung bei?“	
	Dieser Forschungstag wird von den Instituten für Unterrichts- und Schulentwicklung, Volkswirtschaftslehre sowie Erziehungswissenschaft und Bildungsforschung veranstaltet.	Institut für Erziehungswissenschaft und Bildungsforschung, Alpen-Adria-Universität Klagenfurt https://www.aau.at/event/bildung-und-gesellschaft/
30.11.–01.12.2018 Bad Boll	Arbeit 4.0 – Wie Digitalisierung Arbeit verändert	
	Die Digitalisierung soll in den nächsten Jahren die Arbeitswelt grundlegend verändern. Dabei denkt man primär an Roboter, die Menschenarbeit in der Industrie ersetzen. Doch der Prozess ist viel komplexer und betrifft auch die Gestaltung neuer Routinen, ermöglicht neue Konkurrenzen zwischen Standorten und eröffnet durch Internetplattformen neue Arbeitsverhältnisse für unabhängige Selbstständige. Droht Arbeitern eine massive zukünftige Arbeitslosigkeit oder eher eine Prekarisierung? Welche Gestaltungsräume gibt es in der Politik, um negative Auswirkungen zu vermeiden?	Ev. Akademie Bad Boll https://www.ev-akademie-boll.de/tagung/640818.html

03.–04.12.2018 Bonn	Regionale Ungleichheit in Deutschland – auch in der Erwachsenenbildung!?	
	Das 21. „DIE-Forum Weiterbildung“ diskutiert, wie gerechte Bildungschancen auch in strukturschwachen Regionen ermöglicht werden können. Diskutiert werden aktuelle Herausforderungen für die Erwachsenen- und Weiterbildung: Wie stark ist Weiterbildung von regionalen Entwicklungsdynamiken betroffen? Welche Auswirkungen haben sie auf Teilnahmechancen und Bildungsangebote? Welches Potenzial hat Weiterbildung für die Regionalentwicklung?	Deutsches Institut für Erwachsenenbildung Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen e. V. (DIE) www.die-bonn.de
03.–07.12.2018 Bad Boll	Migration in Deutschland, Österreich und den Niederlanden. Sozialarbeit im Spannungsfeld von Anpassungserwartung und Ablehnung	
	Das fünftägige Kompaktseminar gibt Studierenden der Sozialen Arbeit und Sozialpädagogik aus Deutschland, Österreich und den Niederlanden Gelegenheit, die vielschichtigen Aspekte von Migration und Integration zu diskutieren sowie die vielfältigen Angebote und sozialen Projekte am Beispiel des Ballungsraums Stuttgart kennenzulernen.	Evangelische Akademie Bad Boll https://www.ev-akademie-boll.de/tagung/360818.html
05.–06.12.2018 St. Wolfgang, Österreich	Barcamp Digitalisierung in der Erwachsenenbildung ... zum ersten Mal ein Barcamp für ErwachsenenbildnerInnen.	
	Die Teilnehmer/innen beschäftigen sich mit Fragen, die die Erwachsenenbildung rund um das Thema Digitalisierung beschäftigen. Anmeldeabschluss 19. November.	https://www.bifeb.at/programm/termin/calendar/2018/12/05/event/tx_cal_phpicalendar/ebcamp/
07.–08.12.2018 Loccum	Mühsal und Begeisterung. Arbeiten in theologischer Perspektive	
	Heißt Leben Arbeiten? Wieviel Mühsal steckt heute im Arbeiten und wieviel Begeisterung? Wie sähe heute eine Theologie der Arbeit aus? Welche Themen muss sie behandeln? Welche Pointen sollte sie setzen? Ausgehend von Gegenwartsdiagnosen und biblischen Erkundungen wollen wir in dieser Tagung Grundzüge einer solchen zeitgenössischen Theologie der Arbeit entwickeln. Der Kieler Philosoph Ralf Konersmann, der im Jahre 2015 eine kulturphilosophische Theorie der tätigen Unruhe vorgelegt hat, wird das theologische Gespräch zusätzlich anregen. Eingeladen sind alle, die sich für die theologisch-konstruktive Arbeit an Gegenwartsfragen interessieren – egal ob mit oder ohne theologische Vorbildung.	Evangelische Akademie Loccum www.loccum.de
07.–09.12.2018 Loccum	Was ist eigentlich normal? Eine theologisch-ethische Diskussion zur Produktion von Normalität in unserer Gesellschaft	
	Auf vielen Feldern des sozialen Lebens in Deutschland formen sich neue gesellschaftliche Ordnungen aus: im Verständnis von Ehe und Familie, von Umgang mit Technik und Medien, in der Achtung werdenden Lebens, im Politikengagement. Es gilt, sich gemeinsam neu zu justieren. Die Tagung gibt dazu in der Diskussion mit Ethikerinnen und Ethikern Gelegenheit. Wie wird Normalität in verschiedenen gesellschaftlichen Feldern produziert und wie kann sich die evangelische Ethik dazu verhalten?	Evangelische Akademie Loccum http://www.loccum.de
10.12.2018 Hannover	Fachtag zum Thema vorurteilsbewusste Bildung und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit	
	Ziel des Fachtages ist, Pädagogische Fachkräfte, Mitarbeitende aus Familienbildungsstätten, Familienzentren, Kirchengemeinden und andere mit einander ins Gespräch zu bringen und sich über Erfahrungen auszutauschen. Wir werden in einer fachlichen Einführung ins Thema und in praxisorientierten Übungen mögliche Handlungsansätze kennenlernen. Der Fachtag wird organisiert und durchgeführt von der Diakonie Deutschland im Rahmend des BMFSJ finanzierten Projekts „Was heißt hier eigentlich Demokratie? Demokratieerziehung als originärer Auftrag der frühkindlichen Bildung“ und dem Forum Familienbildung, eaf e.V.	https://www.eaf-bund.de/

11.–13.01.2019 Tutzing	Tagung: Keep cool?	
Die Welt flirrt, fasziniert, ängstigt. Zu viel, zu schnell, zu komplex. Wen's überfordert, der spaltet? Freund-Feind, Links-Rechts, Offene-Identitäre? Helmut Lethens Buch „Verhaltenslehren der Kälte“ sah schon vor 25 Jahren die heißen Eisen heute: Droht eine Zukunft voller Hass?		Ev. Akademie Tutzing https://www.ev-akademie-tutzing.de
18.–19.02.2019 Berlin	Umgang mit Rechtspopulismus. Eine Herausforderung für Verantwortliche in Kirche und Diakonie	
In den letzten Jahren haben sich die politischen Kräfteverhältnisse in Deutschland verschoben. Eine neue rechte Bewegung mit parlamentarischer Vertretung hat zunehmend an Einfluss gewonnen. Für Führungskräfte aus Kirche und kirchlichen und diakonischen Einrichtungen ist dies eine Herausforderung: Wie sollte mit Angriffen von rechts umgegangen werden? Insbesondere angesichts der Tatsache, dass deren Grundpositionen christlichen Werten diametral entgegengesetzt sind? Kann etwa bei Podiumsdiskussionen, mit Vertreterinnen des Rechtspopulismus diskutiert werden? Unter welchen Bedingungen und wie? Was kann einer rechten Kampagne vor Ort entgegengesetzt werden?		Führungsakademie für Kirche und Diakonie http://www.fa-kd.de/programm/umgang-mit-rechtspopulismus/
19.–23.02.2019 Köln	Bildungsmesse didacta Köln 2019	
Die Messe <i>didacta</i> Köln ist eine Bildungsmesse und die größte Fachmesse für die Bildungswirtschaft in Europa und nationale wie internationale Kontaktbörse für Unternehmen. Mehr als 800 nationale und internationale Aussteller erwarten Sie auf der didacta Messe Köln mit ihren neuesten Lernmaterialien, Lernkonzepten und Lernumgebungen aus den Bereichen Kindergarten, Schule & Hochschule, Ausbildung & Qualifikation sowie Weiterbildung und Beratung. Ein attraktives Rahmenprogramm mit zahlreichen Foren, Workshops, Vorträgen, Seminaren und Podiumsdiskussionen ergänzt die Bildungsmesse didacta in Köln.		www.didacta-koeln.de
21.–22.02.2019 Wuppertal	Jahrestagung der Sektion Interkulturelle und International Vergleichende Erziehungswissenschaft: „Jenseits des Nationalen? Erziehungswissenschaftliche Perspektiven.“	
Die Jahrestagung nimmt das gegenwärtig besonders ausgeprägte Spannungsverhältnis zwischen der Entgrenzung des Nationalen und Tendenzen der Re-Nationalisierung zum Anlass für eine gemeinsame Auseinandersetzung. Welche Bedeutung kam dem Nationalen in der erziehungswissenschaftlichen Forschungslandschaft in der Vergangenheit zu und wie wird er gegenwärtig verhandelt, wie können Bildung und Erziehung jenseits des Nationalen gedacht werden und ggf. auch stattfinden und welche Relevanz hat das Spannungsverhältnis für die Erziehungswissenschaft?		Vorstand der SIIVE in Kooperation mit den Arbeitsbereichen Geschlecht und Diversität sowie Kindheitsforschung im Institut für Erziehungswissenschaft, Bergische Universität Wuppertal https://www.dgfe.de
07.–09.03.2019 Leipzig	14. Bundeskongress Politische Bildung: „Was uns bewegt. Emotionen in Politik und Gesellschaft“	
Welche Rolle spielen Emotionen in der Politik, in der politischen Auseinandersetzung und in der Öffentlichkeit? Sind Fakten und Rationalität als Grundlage politischen Denkens und Handelns auf dem Rückzug? Welche Strategien des Umgangs mit emotionaler politischer Auseinandersetzung in Gesellschaft, Politik und der Bildungspraxis gibt es? Wie sollten Emotionen in politischen Bildungsprozessen berücksichtigt werden?		Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) http://www.bpb.de
Fernstudium 11.09.2019– 25.04.2021	Lebensbegleitend Lernen – Fernstudium Erwachsenenbildung 2019–2021	
Im Fernstudium qualifizieren sich Frauen und Männer für ihre Tätigkeit in Erwachsenengruppen. Es ist unter dem Aspekt des selbstorganisierten Lernens konzipiert und bietet ein Trainingsfeld für kommunikatives Lernen in Gruppen. In fünf Blockseminaren wird das Spezifische des Lernens im Erwachsenenalter vermittelt und erlebbar gemacht. Mittels sozialen Lernphasen, Exkursionen und durch das eigene Leitungstraining gewinnen die Teilnehmenden Sicherheit für ihr künftiges Leitungshandeln. Die Herausforderungen an ein zeitgemäßes Bildungs- und Qualitätsmanagement werden thematisiert.		Evangelische Erwachsenenbildung Sachsen www.eeb-sachsen.de Kurskosten: 1.200,- Euro

» Impressum

forum erwachsenenbildung

Die evangelische Zeitschrift für Bildung und Lebenslauf

51. Jahrgang, Heft 4/2018
ISSN 1433-769X

Herausgegeben von der

Deutsche Evangelische Arbeitsgemeinschaft für
Erwachsenenbildung (DEAE) e.V.
Schreiberstraße 12, 48149 Münster
Tel.: 0251 98101-43
E-Mail: info@deae.de
www.deae.de

und dem
Comenius-Institut
Evangelische Arbeitsstätte für Erziehungswissenschaft e.V.
Schreiberstraße 12, 48149 Münster
Tel.: 0251 98101-0, Fax: -50
E-Mail: info@comenius.de
www.comenius.de

Redaktionsbeirat:

Dr. Marion Fleige, Dr. Steffen Kleint, Prof. Dr. Ulrich
Klemm, Prof. Dr. Hans Jürgen Luibl, Dr. Andreas Mayert,
Dr. Jutta Petri, Prof. Dr. Freimut Schirmmacher,
Dr. Peter Schreiner, Christiane Wessels, Johanna Wittmann,
Dr. Klaus Ziller.

Redaktion und Schriftleitung:

Dr. Steffen Kleint

Herstellung, Verlag und Vertrieb:

Waxmann Verlag GmbH
Steinfurter Straße 555, 48159 Münster

Bildnachweise:

Titelbild und S. 4: rebelf / fotolia.com; S. 9: © Rawpixel.com /
shutterstock.com; S. 16: © pressmaster / fotolia.com;
S. 17: © g-stockstudio / iStock.com; S. 19: © DA69 / iStock.com;
S. 20: © Aaron Amat / shutterstock.com; S. 22: © cinoby /
iStock.com; S. 24: © Trybex / shutterstock.com; S. 28: © Darran
Shen / unsplash.com; S. 29: © EtiAmmos / shutterstock.com;
S. 33: © oneinchpunch / shutterstock.com; S. 41: © hanohiki /
shutterstock.com.

» Abo

Unsere Empfehlung: Ein Jahresabonnement für jeweils vier
Ausgaben der *forum erwachsenenbildung* inklusive Zugang
zur Online-Ausgabe für € 25,-.

Weitere Informationen unter
www.waxmann.com/
forumerwachsenenbildung



Leserservice:

Dr. Sven Solterbeck

Tel.: 0251-26504-22
Fax: 0251-26504-26
E-Mail: solterbeck@waxmann.com

Bezugsbedingungen für ein Jahresabonnement (4 Aus-
gaben) der *forum erwachsenenbildung*: € 25,- (zzgl. Ver-
sandkosten); ermäßigtes Abonnement für Studierende:
€ 20,- (zzgl. Versandkosten), bitte gültige Studienbeschei-
nigung beilegen; Online-Abonnement: € 20,- .
Das Abonnement läuft bis auf Widerruf, zumindest jedoch
für ein Kalenderjahr. Die Kündigungsfrist beträgt sechs
Wochen zum Jahresende.
Einzelhefte können für € 9,90 (inkl. Versandkosten)
bezogen werden.

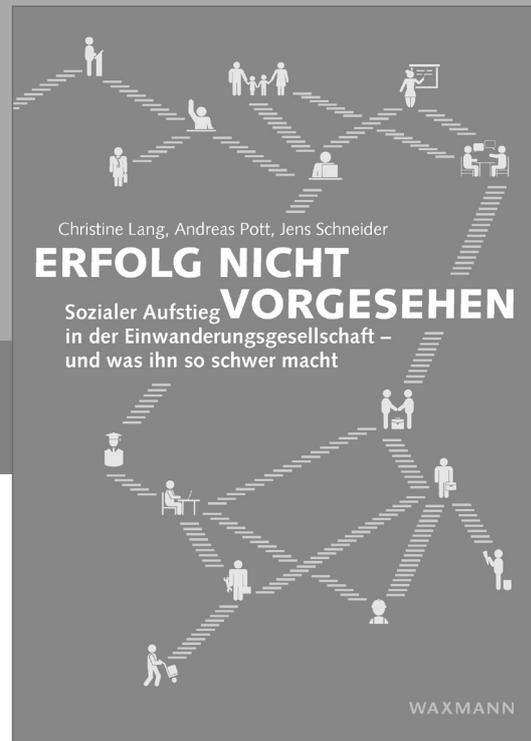
»» Unsere Buchempfehlung

www.waxmann.com | info@waxmann.com | order@waxmann.com

Christine Lang, Andreas Pott, Jens Schneider

Erfolg nicht vorgesehen Sozialer Aufstieg in der Einwanderungsgesellschaft – und was ihn so schwer macht

Erfolgreiche Karrieren werden von Kindern aus Einwandererfamilien nur selten erwartet. Auch für die Kinder der sogenannten Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter waren sie weder wahrscheinlich noch vorgesehen. Trotzdem haben viele von ihnen den sozialen Aufstieg geschafft, einige sogar den Weg bis in Spitzenpositionen in der Wirtschaft und im Öffentlichen Dienst. Sie sind Pioniere einer lange überfälligen Öffnung der Gesellschaft und ihrer Führungsetagen. Auf der Basis von zahlreichen



2018, 180 Seiten, br., 18,90 €, ISBN 978-3-8309-3516-2
E-Book: 17,99 €, ISBN 978-3-8309-8516-7

Interviews zeichnet das Buch die Wege dieser Pioniere nach: Sie führten sie durch ein äußerst selektives Bildungssystem, hinein in Berufe, in denen ihre ethnische, aber auch ihre soziale Herkunft noch immer alles andere als selbstverständlich sind. Welche Hindernisse mussten sie überwinden und was hat ihren Erfolg möglich gemacht? Was können wir aus ihren Werdegängen für zukünftige soziale Aufstiege in der Einwanderungsgesellschaft lernen?

WAXMANN



EPALE – E-Plattform für Erwachsenenbildung in Europa

Vernetzen – Teilen – Austauschen

EPALE ist eine mehrsprachige Online-Plattform und virtueller Treffpunkt für Aktive der Erwachsenen- und Weiterbildung aus ganz Europa.

Jetzt kostenfrei registrieren!

<https://ec.europa.eu/epale/de/blog/willkommen>

ÜBER DEN TELLERRAND SCHAUEN

Entdecken Sie Praxisbeispiele aus anderen europäischen Ländern

RECHERCHIEREN

Finden Sie Ergebnisse aus Forschung und Praxis sowie Informationen zur Erwachsenenbildungspolitik in Europa

EUROPÄISCHE PROJEKTE DURCHFÜHREN

Suchen Sie Projektpartner und planen Sie Ihr Projekt in einem virtuellen Arbeitsraum

MITMISCHEN

Teilen Sie Projektergebnisse, Artikel oder Veranstaltungshinweise und bringen Sie Ihre Meinung in europäische Diskussionen ein

EPALE



DEUTSCHLAND



@EUEB_DE



@EU.Erwachsenenbildung

GEFÖRDERT VOM



Mit finanzieller Unterstützung durch das EU-Programm Erasmus+



Bundesministerium für Bildung und Forschung

Nationale Agentur beim Bundesinstitut für Berufsbildung

NABİBB
BILDUNG FÜR EUROPA